3 1761 07985857 7

Karl Federn

# Die Politik des Dreiverbandes und der Krieg

## Legenden und Tatsachen

ındes

Karl Federn

# Die Politik des Dreiverbandes und der Krieg

Digitized by the Internet Archive
in 2010 with funding from
University of Toronto

http://www.archive.org/details/diepolitikdesdre00fede

# Die Politik des Dreiverbandes und der Krieg

Legenden und Tatsachen von

Karl Federn

München und Berlin bei Georg Müller

Ordensburg Sonthofen
Bibliothek

SEP 13 1971

D
511
F37

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig.

# Inhalt


Seite

Einleitende Worte . . . . . 7
Erstes Kapitel: Vorbereitungen . . . . . 9
Zweites Kapitel: Die Krise. Rußland und die serbische Frage 35
Drittes Kapitel: Die englischen und französischen Akten über den Kriegsausbruch (Blaubuch und Gelbbuch) . . . . . 85
Viertes Kapitel: Die Krise. England und die belgische Frage 127
Anhang: Deutschland und die belgische Neutralität . . . . 160
Fünftes Kapitel: Der Krieg. Legenden und Tatsachen . . . 174

Es muß jedem, der heute über die politiſche Vorgeſchichte des Krieges ſchreibt, klar ſein, daß ſeine Arbeit nur eine Vorarbeit ſein kann: die volle Erkenntnis des Räderwerks, das zu ihm trieb, iſt noch nicht möglich. Aber es iſt auch klar, daß dieſe Vorarbeit ſchon jetzt nötig iſt.

Wir ſehen die Legendenbildung ſich, bewußt und unbewußt, gegen Deutſchland vollziehen; beweisbare Tatſachen ſtehen gleichfalls in großer Zahl feſt: es iſt alſo, ſoweit das Material reicht, möglich und nötig, in das Fabelgewebe ſchon heute zerreißend einzugreifen. „Die Akten liegen ja ſchon vor", ſchrieb ein von mir verehrter Franzoſe, der ſich ſtets bemüht hat gerecht zu ſein, Profeſſor Gabriel Séailles, in einem offenen Brief an Profeſſor Wundt: „Les documents existent, nous les avons sous les yeux: prenez la peine de les consulter!"

Ich habe die Akten befragt: es iſt meine Pflicht, ihm und denen, die ſo denken wie er, zu zeigen, wie dieſe Akten beſchaffen ſind. Wahrlich in guter Abſicht. Aller Haß liegt mir ferne. Ich habe jahrelang in den Ländern gelebt, die jetzt gegen uns kämpfen, ich habe ihren Geiſt, ihre Sprache, ihre Geſchichte zu ergründen geſucht: es ſind die Länder, deren Weſen und Geſchichte die unſre ergänzen und von uns ergänzt werden, trotz dem Krieg und dem Haß, die wieder enden müſſen.

Diese Schrift ist zuerst — im Herbst 1914 — auf eine Anregung hin, die vom Auslande kam, in englischer Sprache geschrieben worden. Die vorliegende deutsche Ausgabe ist mit dem zuströmenden Material dann vertieft und erweitert worden. Besonders im ersten Kapitel mußte, so knapp die Übersicht darin gehalten ist, zumeist Bekanntes gesagt werden; dennoch glaube ich im Verlauf der Schrift manches zu sagen, was auch deutschen Lesern neu sein, zum mindesten in neuer Beleuchtung erscheinen dürfte.

Die meine Arbeiten kennen, wissen, daß ich nicht ohne ernste Prüfung schreibe. Der englische Satz „Right or wrong, my country", ist uns fremd: wir sind eher geneigt, uns selbst und unsere eigenen Einrichtungen streng zu beurteilen; und das ist gut. Aber jetzt ist nicht die Zeit, uns über den Splitter im eigenen Auge gegenüber dem Balken in dem der andern zu ärgern.

Es ist auch klar, daß ein so ungeheuerlicher Krieg aus tieferen Ursachen und aus gewaltigen Schicksalsströmen quillt, die vielleicht gar nicht aufzuhalten waren. Aber wir können nur Menschen, nicht das Schicksal zur Verantwortung ziehen. Ich versuche einige der unmittelbaren Verantwortlichkeiten festzustellen: nochmals: „die Dokumente sind öffentlich, sie sind vor aller Augen"; ich lege meine Prüfung vor: es steht jedem frei, mich zu widerlegen.

## Erſtes Kapitel

# Vorbereitungen

Am letzten Tag, an dem der Poſtverkehr zwiſchen Deutſchland und Frankreich noch möglich ſchien, ſchrieb ich einem Pariſer Freund, der jetzt ſeine Pflicht als Offizier in der franzöſiſchen Armee erfüllt, die Worte: „Dieſe Tage ſind wie ein Alpdruck: die Haltung der Regierung wie des Volkes hier in Berlin iſt bewundernswert, ſehr ruhig und ſehr entſchloſſen; wenn der Krieg ausbricht, werden ſie mit um ſo größerer Wut kämpfen, als ſie ihn ganz gewiß nicht gewollt haben! Glaube nicht, was eure Zeitungen ſagen; weder der Kaiſer noch die Regierung noch das Volk wollen den Krieg; Rußland zwingt ſie dazu, indem es das verbündete Öſterreich bedroht. Und wenn es zum Kriege kommt, ſo ſei gewiß, Deutſchland wird ſiegen; aber mich quält und bedrückt der Gedanke, welche Folgen eine neue Niederlage für Frankreich haben muß... Frankreich wird das Verbrechen ſeiner Staatsmänner büßen, die das ſchmähliche Bündnis mit Rußland geſchloſſen haben, ein Bündnis, das allem widerſpricht, was in der franzöſiſchen Geſchichte wirklich groß und ruhmvoll iſt.“

Ich bin noch heute der Anſicht, daß ich mit dieſen Worten den Finger in die Wunde legte, an der Europa heute blutet.

Das Bündnis, das England und Frankreich mit Rußland geſchloſſen, das Bündnis der beiden vorgeſchrittenſten, der beiden weſtlichſten Staaten Europas

mit dem orientalischen Reich, dessen Geist dem ihren gerade entgegengesetzt ist, scheint der auffälligste Zug und die erstaunlichste geschichtliche Tatsache in diesem Krieg; die ihn einst brandmarken wird, wenn unvoreingenommene Geschichtschreiber ihn beurteilen werden.

Es müssen wohl mächtige politische Beweggründe gewesen sein, die die Staatsmänner des Westens solch einen Gegensatz vergessen ließen; Gründe von außerordentlichem Gewicht müssen den Abgrund überbrückt haben, der die Länder der Freiheit und der Demokratie von dem despotischen Staat trennte, in dem Galgen, Folter und administrative Verbannung die üblichen Methoden der Verwaltung bilden.

Welche Gründe können dies gewesen sein? Waren es sittliche, waren es ernsthafte politische Gründe, das wirkliche Interesse ihres Landes, das die französischen Staatsmänner bewog, die berüchtigte Allianz zu schließen, die so oft von bedeutenden Franzosen als eine „schmähliche" beklagt worden ist? Oder war es doch nur das alte Verlangen nach einer „Revanche" für Sedan, das der Regierung der Republik die Kosakengreuel entschuldbar scheinen ließ? Welcher Grund mochte und konnte Frankreich bewegen? Man bedenke, daß die Republik dem Zarismus beinahe zwanzig Milliarden vorgestreckt und es ihm dadurch erst möglich gemacht hat, seine furchtbare Herrschaft aufrechtzuerhalten; ohne die Hilfe der französischen Regierung wäre das russische System gefallen, zahllose Märtyrer wären erlöst worden und eine ganze Nation hätte die Freiheit erlangt. In der offiziellen Formel heißt es, daß das Bündnis zum Schutz des europäischen

Friedens geſchloſſen wurde. Alſo im Intereſſe des europäiſchen Friedens haben die Republikaner Frankreichs die Befreiung des ruſſiſchen Volkes verhindert. Wir hören's. Im Intereſſe des europäiſchen Friedens erhielt Rußland in den letzten Jahren das Geld zu dem ausdrücklichen Zweck, ſtrategiſche Bahnen an der öſterreichiſchen Grenze zu bauen. Nur aus Friedensliebe und uneigennützigem Patriotismus ſchrieb die franzöſiſche Boulevardpreſſe für Rußland, ſtachelte das franzöſiſche Volk gegen Deutſchland auf, nur deshalb fachte ſie den Durſt nach Rache, der in der neuen Generation zu erlöſchen begann, wieder zu Flammen an. Es iſt ja ein offenes Geheimnis, daß der „Matin", und zwar unmittelbar nach einer Reiſe ſeines Herausgebers nach Rußland, vor etwa zwei Jahren den Feldzug mit beſonderer Heftigkeit eröffnete, und daß der „Temps", erſchreckt durch den wachſenden Einfluß des „Matin", nicht im Hintertreffen bleiben wollte und den gleichen Ton anſchlug.

Die engliſchen Staatsmänner waren vermutlich nicht ganz ſo kriegeriſch geſinnt; ihnen lag mehr an der Erhaltung des ſogenannten europäiſchen Gleichgewichts; und da Deutſchlands Macht in raſchem Anſtieg wuchs, ſo bemühte England ſich erfolgreich darum, Frankreich nach dem „Affront" von Faſchoda zu verſöhnen, und ſo entſtand die „Entente cordiale". Immerhin wird auch der Neutrale zugeben, daß in dieſem Schritt nicht eben ein beſonderes Wohlwollen für Deutſchland zum Ausdruck kam.

Aber Frankreich und England waren auch ſchon vorher Freunde und Verbündete geweſen. Es bedeutete

eine weit größere Veränderung der auswärtigen Politik Englands, als es sich mit seinem alten und gewaltigen Feind in Europa und Asien, mit Rußland versöhnte. Wie oft schien der Krieg zwischen England und Rußland unmittelbar bevorstehend, seit die englische Flotte im Jahre 1878 im Ägäischen Meer erschien, bis 1904, als Englands japanischer Bundesgenosse die Russen in der Mandschurei schlug und russische Kriegsschiffe auf englische Fischerboote an der Doggerbank schossen?

Zweifellos wird jeder englische Staatsmann auf die Frage nach dem Grunde einer so außerordentlichen Veränderung in der englischen Politik die Antwort geben, daß dies nur einen einzigen Zweck hatte: den europäischen Frieden zu erhalten. Also muß der europäische Friede sehr gefährdet gewesen sein; denn weshalb sollten drei Großmächte, Herren der halben Erde und einer Bevölkerung von mehr als 500 Millionen, sich gezwungen fühlen, ein Bündnis zur Erhaltung des Friedens zu schließen, wenn dieser Friede nicht von anderer Seite bedroht war? Und die Macht, die den Frieden störte und bedrohte, konnte in diesem Fall nur Deutschland sein.

König Eduard VII. hatte die Gefahr erkannt und der englischen Politik jene neue Richtung gegeben; indem er die „splendid isolation" aufgab und eine Politik, wenn nicht gerade von Bündnissen, so doch von „Ententen" einleitete und jene Völkerverbindung zustande brachte, die Sir Edward Grey „kein Bündnis, sondern eine diplomatische Gruppierung" zu nennen beliebte, obschon die „Entente" dieser „diploma-

tiſchen Gruppierung", wie heute jeder ſieht, ſich als feſter und wirkſamer erwieſen hat, als manche Bündniſſe.

War es wirklich Deutſchland, das den Weltfrieden bedrohte und dieſe mächtige Liga zu ſeinem Schutze notwendig machte?

Seit ſeiner wundervollen Auferſtehung aus Zerſplitterung und Verfall — einer unvergleichlichen, unglaublichen Auferſtehung, nachdem das Reich durch Jahrhunderte geteilt und ohnmächtig, ein Spielball fremder Gewalten, ein Schlachtfeld für ausländiſchen Ehrgeiz geweſen — ſeit dieſer Auferſtehung und der Neugründung des Reiches im Jahre 1871 iſt Deutſchlands Macht beſtändig gewachſen, ſein Handel und ſeine Induſtrie haben ſich in niegeahnter Weiſe entwickelt; es hat eine ſtarke Flotte gebaut und ein großes Heer geſchaffen. Aber bei all ſeiner Macht, mit einer Armee, die wenn auch bei weitem nicht die größte, ſo doch vielleicht die beſte der Welt ſein dürfte, hat Deutſchland durch dreiundvierzig Jahre, alſo beinahe durch ein halbes Jahrhundert den Frieden gewahrt, obſchon es an Gelegenheiten, einen ſeiner Nachbarn zu bekriegen, nicht gefehlt hätte.

In der Geſchichte Europas gibt es kein Beiſpiel, daß ein Staat mit ſtets wachſender Bevölkerung und einer immer vollkommeneren militäriſchen Organiſation, nach drei ſiegreichen Kriegen dennoch durch volle dreiundvierzig Jahre den Frieden gewahrt hätte. So oft Frankreich mächtig und ſiegreich war, führte es Krieg auf Krieg. Das Land, das den mili-

tärischen Glanz und Erfolg so über alles liebt, hat stets nur dann Frieden gehalten, wenn es nicht anders konnte. Rußland und England haben in unersättlicher Ländergier niemals eingehalten. Wieviel Kriege, Expeditionen, Eroberungen in allen Teilen der Welt haben beide im gleichen Zeitraum unternommen! Selbst die deutschen Kolonien wurden sämtlich durch friedliche Übereinkunft erworben, zum mindesten soweit zivilisierte Völker in Frage kommen, während fast alle Kolonien Englands, Frankreichs und Rußlands durch das Schwert erobert wurden.

An Gelegenheiten, wie ich bereits sagte, fehlte es nicht. Wenn Deutschland in der ungeheuren Macht Rußlands eine Gefahr sehen wollte, welch eine Gelegenheit, es zu vernichten hätte sich im Jahre 1904 während des japanischen Krieges geboten, als England durch sein Bündnis verpflichtet war, Japan beizustehen? Wenn das Reich England für den Nebenbuhler hielt, welch eine Gelegenheit im Burenkrieg, als England in der ganzen Welt verhaßt war und in keinem Lande so heftig, wie in Frankreich!

Und dennoch wagen viele zu behaupten, daß Deutschland, das solch ein Beispiel der Friedensliebe gab — ein Beispiel, das in der Geschichte ohnegleichen ist — die anderen Völker bedrohte.

Ja, aber, sagen sie, Deutschland war eine Drohung durch sein bloßes Dasein! Und damit verraten sie eine geheime Wahrheit, die freilich das Gegenteil von dem ist, was sie sagen wollen: sie sahen in der Tat im Dasein des Deutschen Reiches eine Drohung, weil ihnen seine wachsende Macht, sein Handel, sein Reichtum,

ſein Einfluß auf die Weltpolitik, die erfolgreiche Konkurrenz ſeiner Fabriken, ſeiner Kaufleute, ſeiner Schiffe in der ganzen Welt höchſt unangenehm war; in alledem ſahen ſie in der Tat eine Gefahr... aber was folgt aus dieſem Gefühl, aus den zahlreichen Äußerungen des Unbehagens und der Furcht, anderes als daß ſie gerne Deutſchland bedroht hätten, durch deſſen Erfolge ſie ſich bedroht fühlten; und in Erwartung des günſtigen Augenblicks grollten und murrten ſie und bereiteten für ihre Pläne den Boden, indem ſie der ganzen Welt beſtändig zuriefen: „Seht doch, wie Deutſchland uns bedroht!“

Nein, erwidern ſie, nicht nur durch ſein Daſein, auch durch ſeine Haltung bedrohte uns Deutſchland, da es nicht aufhörte, ſein Heer und ſeine Flotte zu vergrößern. Sie, die anderen Staaten, taten das wohl nicht? Hatte nicht Rußland beinahe von Anfang an eine größere Armee als Deutſchland? Hatte nicht Frankreich, das Land des wirklichen Militarismus, nicht größere Reſerveformationen als Deutſchland? Ging es nicht daran, eine gewaltige Hilfsarmee aus den ſchwarzen und braunen Eingeborenen ſeiner Kolonien zu ſchaffen? Vergrößerte nicht England ſeine ohnedies ungeheure Flotte unaufhörlich? Und die anderen Staaten alle desgleichen? Auf dieſe Frage erfolgt gewöhnlich die Antwort: Ja, das iſt wahr; aber ſie waren alle dazu gezwungen, um den beſtändigen gewaltigen Rüſtungen des Deutſchen Reichs und ſeiner Bundesgenoſſen ein Gegengewicht zu ſchaffen. Eine blendende Antwort für die Gedankenloſen, die dennoch ihre Wirkung in der Welt nicht verfehlt

hat. Denn in der Tat hatten Deutschland, Österreich-Ungarn und Italien zusammengenommen von Anfang an eine weit geringere Menschenzahl, eine viel kleinere Armee und eine sehr viel kleinere Flotte als die Mächte der Triple-Entente.

Im März 1914 betrug die Stärke der europäischen Heere nach Hauptmann Rottmanns „Heere und Flotten aller Staaten der Erde" (XIII. Jahrg.):

| | | | | |
|---|---|---|---|---|
| Deutsche Armee: | Friedensstand | 781 000 Mann, | Kriegsstärke | 4 000 000 |
| österr.-ung. „ | „ | 414 000 „ | „ | |
| | | | mit Landsturm | 3 720 000 |
| | zusammen | 1 195 000 | zusammen | 7 720 000 |
| italien. Armee: | Friedensstand | 250 000, | Kriegsstärke mit Territorialmiliz | 3 400 000 |
| Gesamtstärke der Dreib.-Armee: | Friedensstand | 1 445 000, | Kriegsstärke | 11 120 000 |
| französische Armee: | Friedensstand | 900 000, | Kriegsstärke | 4 000 000 |
| englische „ | „ | 285 000, | „ | 730 000 |
| russische „ | „ | 1 350 000, | „ | 7 400 000 |
| Gesamtstärke der Armeen der Triple-Entente | „ | 3 008 000, | „ | 12 730 000 |

Aus dieser Tabelle geht klar hervor, daß die Armeen der Triple-Entente im März 1914 selbst im Frieden um nicht weniger als 1 553 000 Mann stärker waren als die des Dreibundes, um nahezu 2 Millionen stärker als die des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns, während die Kriegsmacht der Triple-Entente um 1 610 000 Mann stärker war als die des Dreibundes, um nicht weniger als 5 Millionen stärker als die Deutschlands und Österreich-Ungarns allein!

Die auffälligste Tatsache, die sich aus diesen Ziffern ergibt, ist die, daß der Friedensstand der Triple-Entente, also der Teil der Kriegsmacht, der den Kern

jedes stehenden Heeres und den beständigsten und kostspieligsten Teil der Kriegsrüstungen bildet, beinahe dreimal so stark war als der der beiden Zentralmächte, Österreich-Ungarns und Deutschlands — eine Tatsache, die beinahe für sich allein schon schlagend beweist, auf welcher Seite man zum Kriege gegen die andere rüstete!

Daß die beiden Kaiserreiche auf Italien nur in ganz bestimmten Fällen zählen konnten, dies wußten die englischen Staatsmänner sehr genau[1]).

Es ist also vollkommen falsch, daß an diesen furchtbaren Rüstungen, die auf Europa lasteten, und an ihrem beständigen Anwachsen Deutschland die Schuld trägt[2]). Noch viel falscher ist die so weit verbreitete

[1]) In der „Nineteenth Century and After" vom Juli 1911 findet sich ein Artikel des früheren englischen Schiffsbaudirektors Sir William H. White unter dem Titel „The Naval Outlook", in dem der Verfasser „seinen festen Glauben ausspricht, daß die italienische Marine niemals gegen die englische Marine kämpfen werde"; und er bittet den Leser, „im Auge zu behalten, daß, wenn er die italienische Flotte in einer hypothetischen antienglischen Kombination mitgezählt hat, dies bloß aus statistischen Gründen geschehen ist".

[2]) Das ganze System des gegenseitigen Wettrüstens soll damit in keiner Weise gepriesen werden. Im Gegenteil, ich glaube, Europa muß, wenn es seine Kultur erhalten soll, zu einem andern Wege gelangen. Es soll nur gezeigt werden, auf welcher Seite die eigentlichen Rüstungen lagen, wie falsch die neuerdings beliebte Behauptung ist, daß „Deutschland so rüstete, daß es einmal von selbst losgehen mußte", und wie sehr alle Vorschläge für Rüstungsbeschränkungen das Übergewicht zugunsten des Dreiverbandes festlegen sollten! Abgesehen davon, daß niemand etwa Rußland hätte kontrollieren können, wenn es trotzdem weitergerüstet hätte. Rußland, das — es ist die Ironie der Ironien! — die Haager Bestrebungen am meisten zu fördern vorgab, während es am meisten rüstete und sich am meisten ausdehnte. Man kann es auch glänzende Diplomatenlist nennen, daß die Regierungen des Dreiverbandes stets ihre Sympathien für die

Ansicht, daß dieses ganze System des bewaffneten Friedens, daß der „moderne Militarismus" überhaupt eine deutsche Erfindung ist. Nein, der Militarismus ist durchaus und von Anfang an eine Schöpfung französischen Geistes. Die öffentliche Meinung kann man leicht täuschen und des Ursprungs einer Institution vergessen machen; aber die Weltgeschichte kann nicht vergessen, daß es Lazare Carnot, das Mitglied des „Wohlfahrtsausschusses" der französischen Republik, war, der die „levées en masses" erfand, durch die das ganze französische Volk in eine ungeheure Armee verwandelt wurde. Dann kam Napoleon, der das Instrument, das die Republik ihm geboten, zu seinen Eroberungen benutzte, und die ganze Welt bedrohte, indem er Frankreich bis zu den jüngsten Knaben, die noch feldfähig waren, unter Waffen rief. In Erinnerung des Leids und der Schmach, die ihm hierdurch widerfahren, und in Gegenwart der immer neuen Gefahr, die von Frankreich drohte, nahm Preußen, um die Wiederkehr eines französischen Eroberungszuges unmöglich zu machen, das französische System an und vervollkommnete es; und da Frankreich sofort nach dem Frankfurter Frieden im Jahre 1871 mit der künftigen „Revanche" drohte und von nichts anderem träumte, so mußte auch das neugegründete Deutsche Reich sich das gleiche Mittel zu eigen machen; und tat es mit der Gründlichkeit und Energie, die im deutschen Wesen liegt.

Friedensbestrebungen äußerten, während sie dreimal so starke Heere aufstellten als die Zentralmächte und fortwährend Kriege führten.

Es hatte mehr als einen Grund dazu. Man braucht nur einen Blick auf die Karte zu werfen. In der Mitte, eingekeilt zwiſchen mächtigen Reichen, liegt Deutſchland mit einer offenen Grenze nach jeder Seite, ohne alle natürlichen Verteidigungsmittel — einer ſogenannten natürlichen Grenze nur gegenüber Öſterreich — mit einer weiten, zumeiſt flachen Küſte, die jedem Einfall ausgeſetzt iſt, beſonders wenn England ſich auf der gegneriſchen Seite befindet. Die deutſche Grenze iſt lang, offen und flach; die Vogeſen, die das Reich von Frankreich trennen, ſind von franzöſiſcher Seite leicht zugänglich, während ſie gegen Deutſchland ſteil abfallen; ſie bilden alſo für Frankreich ein Bollwerk und bieten, wie es ſich in dem gegenwärtigen Kriege gezeigt hat, ein bequemes Einfallstor ins deutſche Gebiet. Deutſchland ſchützen ſie nicht.

Ein einziger Blick auf die Karte genügt, um zu zeigen, daß Deutſchland, ſobald die angrenzenden Staaten ihm nicht wohlgeſinnt waren, aufs äußerſte rüſten mußte, wenn es ungefährdet weiter exiſtieren wollte. Nun hatte es einen Freund, einen Bundesgenoſſen nur im Süden. Im Oſten war, längs einer ungeſchützten Grenzlinie von über 1500 Kilometern, Rußland ſein Nachbar, Rußland, das beinahe die doppelte Zahl von Einwohnern und eine Armee von vielen Millionen Soldaten hatte, Rußland, deſſen Kaiſer Nikolaus I., der Urgroßvater des gegenwärtigen Zaren, ſchon im Jahre 1849 zu dem franzöſiſchen General Lamoricière geſagt hatte: „Wenn gegen meinen und Ihren Willen es Deutſchland gelingen ſollte, ein geeinter Staat zu

werden, so braucht es, um seiner Einigung froh zu werden, einen Mann, der vermag, was Napoleon selbst nicht zu vollbringen vermochte. Und wenn solch ein Mann käme, wenn die bewaffnete Masse gefährlich werden sollte, dann wird es unsere Sache sein, die Frankreichs und Rußlands, sie zu zerbrechen[1])." Das war das herrschende Gefühl und das Programm in Rußland von Anfang an. Nikolaus II., der gegenwärtige Zar, hat das Bündnis mit Frankreich geschlossen, durch welches das Programm verwirklicht werden sollte. Außerdem war Rußland der Nebenbuhler und unversöhnliche Gegner Österreichs, des einzigen Freundes, auf den Deutschland sicher zählen konnte, aus Gründen der Balkanpolitik.

Daß Frankreich Deutschlands Feind war, daß es jede Gelegenheit, das neue Reich zu demütigen, mit Freuden begrüßt hätte, muß wohl nicht erst bewiesen werden. Es gibt sicherlich keinen Franzosen, der leugnen wird, daß das Bündnis mit Rußland sich gegen Deutschland richtete. Und wenn England nicht nur mit Frankreich Freundschaft schloß, nachdem es unmittelbar vorher beinahe zum Kriege zwischen beiden Mächten gekommen wäre, sondern auch mit seinem alten Hauptfeind Rußland, so konnte solch eine Politik sich nur gegen eine einzige Macht richten, und es hat auch niemals darüber irgendein Zweifel in der Welt bestanden.

Während dieser ganzen Zeit hatte das Deutsche Reich seine politische Haltung gegen die drei Großmächte nicht geändert. Eine alte Freundschaft verband die

[1]) S. den Brief Lamoricières an Alexis de Tocqueville in Tocqueville, „Souvenirs", Paris 1893, S. 383.

Dynastie mit dem russischen Kaiserhause; und Deutschland hatte sein treues Festhalten an dieser Freundschaft im Jahre 1904 bewiesen. Ja, die deutsche Regierung zeigte eigentlich fast zuviel Freundschaft für die russische, für unsern Geschmack.

Mit England hatte Deutschland niemals irgendwelchen Streit gehabt. Die kaiserliche Regierung war fest geblieben, als während des Burenkrieges das Volksempfinden in Deutschland — wie in ganz Europa — eine Intervention zu verlangen schien, weniger aus Haß gegen England als aus Mitgefühl für die zwei kleinen Republiken. Noch am 6. August 1914 stellte Mr. Asquith im englischen Unterhause fest, daß „Deutschland durch viele Jahre, ja durch Generationen eine befreundete Macht gewesen". Die Gefahr, daß Deutschland jemals einen Angriffskrieg gegen England unternommen hätte, ist ein vollkommenes Hirngespinst.

Zwischen Frankreich und Deutschland hatte es Zeiten der Spannung gegeben. Am meisten in Erinnerung ist die durch Marokko verursachte Spannung, da beide Mächte dort Interessen hatten; aber die Schwierigkeiten waren geschlichtet worden und wahrlich nicht zum Schaden Frankreichs: Deutschland hatte Agadir und Marokko überhaupt aufgegeben und nicht sehr wertvolles Gut in Mittelafrika dafür eingeheimst. Es ist auch weltbekannt, wie sehr Deutschland und der Deutsche Kaiser — schon weil sie andere größere Gefahren vorausahen — sich bemühten, Frankreich zu versöhnen.

Im englischen Blaubuch ist unter Nr. 159 ein

höchſt intereſſanter Brief des engliſchen Botſchafters in Berlin, Sir Edward Goſchen, an Sir Edward Grey veröffentlicht: der Botſchafter ſchildert darin ſeine letzte entſcheidende Unterredung mit dem deutſchen Staatsſekretär für Auswärtige Angelegenheiten am 4. Auguſt, in der er zum zweiten Male erklärte, daß „falls Deutſchland nicht die Verſicherung geben könnte, daß es einen Einmarſch in Belgien aufgeben wolle, er ſeine Päſſe verlangen müſſe", und er fährt fort: „In einem kurzen Geſpräch, das ſich daran knüpfte, ſprach Herr von Jagow ſein tiefes Bedauern über das Scheitern ſeiner ganzen Politik und der des Kanzlers aus, deren Ziel geweſen, mit Großbritannien Freundſchaft zu halten und durch Großbritannien eine Annäherung an Frankreich zu erreichen." Hierauf, ſo berichtet Sir Edward Goſchen weiter, beſuchte er den Reichskanzler, den er „in großer Aufregung" fand, und der ihm ſagte: „Großbritannien wolle alſo ein verwandtes Volk bekriegen, das nichts ſo ſehr wünſche, als mit England in Freundſchaft zu leben. All ſeine Bemühungen ſeien durch dieſen letzten furchtbaren Schritt nutzlos geworden, und die Politik, die er, wie ich wohl wüßte, ſeit ſeinem Amtsantritt mit allen Kräften verfolgt hätte, ſei zuſammengeflattert wie ein Kartenhaus." Das ſind Bekenntniſſe, die Staatsmänner im Amt nicht zu machen pflegen und vielleicht auch nicht machen würden, wenn ſie ſich nicht wirklich „in großer Aufregung" befinden, weil die Erkenntnis der Lage ſie für einen Augenblick überwältigt. In der Tat hat das Deutſche Reich, ſeitdem es beſteht, nicht einen einzigen politiſchen Schritt gegen

England getan, wohl aber seit der Zeit des Berliner Kongresses viele zu seinen Gunsten. Es war zufrieden, seinen „Platz an der Sonne" zu haben, zufrieden, das Wachstum seiner Industrie, seines Handels, seiner Macht zu sehen. Aber England war eben damit keineswegs zufrieden!

Deutschland, das im Frieden so gewaltige, so ununterbrochene Fortschritte machte, hatte auch nicht den geringsten Grund, die großen Erfolge, die es erzielt hatte, durch einen gefährlichen Krieg aufs Spiel zu setzen; es hatte weder einen Grund, noch den Wunsch, eines seiner Nachbarreiche anzugreifen. Aber die alten, großen Firmen, die den neuen kräftigen Konkurrenten in ihrer Mitte aufstreben sahen, vermeinten Grund zu haben, ihn niederzuschlagen, bevor es zu spät dazu würde.

Nach diesem Ziele richteten sie ihre Politik und trafen ihre Vorbereitungen [1]). Sie kreisten Deutschland durch die gewaltigste Liga ein, die die Welt je gesehen, und sie gaben sich auch alle Mühe, lange vor dem Ausbruch dieses Krieges, ihm Österreich und Italien, seine einzigen Bundesgenossen, abspenstig zu machen, indem sie die alten freundlichen Beziehungen, die zwischen diesen beiden Staaten und England bestanden, zu diesem Zweck auszunützen suchten. Indessen blieben alle Versuche in dieser Richtung, wenigstens Österreich gegenüber, vollkommen fruchtlos.

[1]) Man findet eine Darstellung der einzelnen Schritte, der stufenweisen Entwicklung dieser Politik bei Helmolt, „Die geheime Vorgeschichte des Weltkrieges", Leipzig 1914, S. 1—104.

Frankreich organisierte seine „force noire“[1]). Rußland brachte im Jahre 1912 den Balkanbund zustande, der die Armee, welche die Mächte der Triple-Entente Deutschland und Österreich hätten gegenüberstellen können, um eine weitere Million Soldaten vermehrt hätte, wenn die Dinge nur so gekommen wären, wie die englische und russische Diplomatie sie gedacht hatte.

Man konnte es wirklich kaum ein Übermaß an Vorsicht nennen, wenn die deutsche Regierung angesichts dieses furchtbaren und stets vermehrten Aufmarsches von Truppen an all seinen Grenzen eine Vermehrung seiner eigenen Streitkräfte durch den Wehrbeitrag für nötig hielt und gleichzeitig Österreich-Ungarn veranlaßte, seine eher vernachlässigten Rüstungen mit größerer Eile zu vollenden. Dennoch wurde durch ein schlaues Pressetreiben und durch immer wiederholte Lügen ganz Europa dahin gebracht, darin eine weitere Bestätigung der drohenden Haltung des Deutschen Reichs gegen seine Nachbarn zu erblicken. Selbst kluge Leute glaubten die Fabel, Frankreich sei zur Einführung der so unbeliebten dreijährigen Dienstpflicht nur durch den deutschen Wehrbeitrag gezwungen worden. Ich war zu jener Zeit in Frankreich, wo mir ein

[1]) Im Jahre 1908 gab ein französischer Offizier, Oberstleutnant Mangin, ein Buch heraus, in dem er auseinandersetzte, daß Frankreich nach Verwirklichung seiner Pläne in der Lage sein würde, 100000 Araber und 40000 Neger in der ersten Schlacht zu verwenden, die vermutlich am Ende der dritten Woche nach der Kriegserklärung stattfinden dürfte. Der Verfasser ist vollkommen überzeugt — bereits im Jahre 1908! — daß Frankreichs „Verbündete“ den Transport dieser Truppen im Atlantischen Ozean decken würden. So lange und sorgfältig sind die anglo-französischen Pläne vorbereitet, so genau sind sie ausgeführt worden.

bekannter Politiker sagte, daß das französische Kriegsministerium das Gesetz über die dreijährige Dienstpflicht bereits zwei Monate, ehe man von dem deutschen Plan die geringste Kunde besaß, ausgearbeitet hatte. Ich verschweige den Namen meines Gewährsmannes nur, weil ich ihm nicht nachträglich in seiner Heimat Ungelegenheiten schaffen will.

Endlich im Jahre 1913 schloß der französische Botschafter in Petersburg, Herr Delcassé, mit der russischen Regierung einen Vertrag über ein weiteres Darlehen von zweieinhalb Milliarden Franken, die Frankreich Rußland in fünf Jahresraten vorstrecken sollte, wesentlich zu dem Zweck, strategische Eisenbahnen an der deutschen und österreichischen Grenze zu bauen. Dieser Zweck wurde ganz offen zugestanden, die projektierten Linien wurden mit allen nötigen Einzelheiten sowohl in dem erwähnten Vertrage erwähnt, der der französischen Kammer vorgelegt wurde, wie in dem Gesetzentwurf, der vor die Duma gebracht wurde; die ganze Angelegenheit wurde in den französischen Zeitungen und Zeitschriften durch Wochen erörtert, — aber da es ein Schritt war, den Rußland und Frankreich gegen Deutschland und Österreich unternahmen, so scheint Europa und die übrige Welt darin nichts Bedrohliches gesehen zu haben. Im Gegenteil, es geschah alles nur im Interesse des Friedens.

Dies waren öffentliche Maßnahmen, andere, noch wichtigere, wurden im geheimen getroffen, wenn sie gleich der deutschen Regierung nicht verborgen blieben. Im November 1912 tauschten der englische Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Sir Edward

Grey, und der französische Botschafter in London, Herr Paul Cambon, fast völlig gleichlautende Briefe aus.

„Foreign Office, Nov. 22. 1912.

Mein lieber Botschafter!

Von Zeit zu Zeit sind in den letzten Jahren die französischen und englischen Militär- und Marinesachverständigen zu Beratungen zusammengetreten. Es war dabei immer wohlverstanden, daß diese Beratungen keine der beiden Regierungen in ihrer Freiheit beschränkten, in irgendeinem künftigen Zeitpunkt die Entscheidung zu treffen, ob sie die andere mit bewaffneter Macht unterstützen sollte oder nicht. Wir sind übereingekommen, daß eine Beratung von Sachverständigen keine bindende Abmachung bedeutet, noch als solche angesehen werden soll, durch welche eine der beiden Regierungen in einem Fall, der bisher nicht vorgekommen und vielleicht nie vorkommen wird, zum Eingreifen verpflichtet würde. So ist zum Beispiel die Stellung und Verteilung der französischen wie der englischen Flotte in diesem Augenblick nicht eine solche, wie sie sich aus einer Verpflichtung zu einem Zusammenwirken im Kriege ergeben müßte.

Sie haben indessen darauf hingewiesen, daß, wenn eine der beiden Regierungen gewichtige Gründe haben sollte, einen unprovozierten Angriff von seiten einer dritten Macht zu erwarten, es für diese Regierung von wesentlicher Wichtigkeit werden könnte, zu wissen, ob sie in diesem Fall auf bewaffneten Beistand von seiten der andern rechnen könnte.

Ich bin nun damit einverſtanden, daß, wenn eine der beiden Regierungen gewichtige Gründe haben ſollte, von ſeiten einer dritten Macht einen unprovozierten Angriff zu erwarten, oder irgendein Vorgehen, das den allgemeinen Frieden bedrohen würde, dieſe Regierung dann ſogleich mit der andern die Frage eines gemeinſamen Vorgehens beider Regierungen zum Zweck der Verhütung eines Angriffs und der Erhaltung des Friedens erörtern ſoll und welche gemeinſamen Maßnahmen in dieſem Fall zu treffen wären. Sollten dieſe Maßnahmen ein militäriſches Vorgehen bedeuten, ſo ſollten die Pläne der beiden Generalſtäbe ſogleich in Erwägung gezogen werden, worauf die Regierungen die Entſcheidung darüber treffen würden, inwieweit dieſe Pläne zur Ausführung zu gelangen hätten. Ihr

E. Grey"

Dieſe wichtigen Aktenſtücke wurden erſt im September 1914 zur allgemeinen Kenntnis gebracht, aber der deutſchen Regierung waren ſie ſchon im März 1913 bekannt. Formell ſollten ſie „keine der beiden Regierungen in ihrer Freiheit beſchränken, in irgendeinem künftigen Zeitpunkt eine Entſcheidung darüber zu treffen, ob ſie die andere mit bewaffneter Macht unterſtützen wollte oder nicht." In dem Brief des engliſchen Staatsſekretärs wird ſogar ausdrücklich geſagt, daß „der Fall bisher nicht vorgekommen und vielleicht nie vorkommen wird"; daß die gleichen Worte in dem Schreiben des franzöſiſchen Botſchafters fehlen, iſt einigermaßen auffallend. Es wäre aber ſicherlich abſurd, zu glauben, daß infolge ſolchen

Vorbehalts der Austausch dieser beiden Briefe nichts weiter als einen Akt internationaler Höflichkeit bedeuten sollte. Die Minister zweier Großmächte schreiben einander nicht solche Briefe und veranstalten keine Beratungen ihrer Militär- und Marinesachverständigen, wenn sie nicht ein künftiges Zusammengehen im Kriege aufs ernstlichste in Betracht ziehen und wünschen. Sie konnten ihrem gemeinsamen Entschluß nur deshalb keine bindendere Form geben, weil sie ihn sonst vor den Augen der ganzen Welt enthüllt hätten. Ein förmlicher Vertrag hätte die Genehmigung durch das englische Parlament erfordert; und die Debatten darüber hätten der ganzen Welt deutlich bewiesen, von welcher Seite der Krieg vorbereitet und der europäische Friede bedroht wurde. Ja, es war zu fürchten, daß sich im englischen Parlament überhaupt keine Majorität für den Vertrag finden würde. Sir Edward Greys Aufgabe war es, die öffentliche Meinung in England bearbeiten zu lassen und sie auf den „Fall, der vielleicht nie eintreten werde", vorzubereiten, mehr noch aber das Parlament von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Vorgehens zu überzeugen, wenn der Fall einmal dennoch eintreten sollte. Er konnte nicht weiter gehen, als er in diesem Schreiben ging. Er blieb vorsichtig bis zuletzt; noch am 31. Juli 1914, als die Gefahr eines Weltbrandes schon nahe sichtbar war, schrieb er an den englischen Botschafter in Paris, Sir F. Bertie: „Ich habe dem französischen Botschafter gesagt, daß wir uns nicht berechtigt fühlen, im gegenwärtigen Augenblick ein endgültiges Versprechen, in einem Krieg einzugreifen, abzugeben, daß wir jedoch

die Situation sicherlich sogleich nochmals erwägen werden, sobald sie eine neue Wendung nimmt." Ein englischer Staatsmann ist ein höchst verantwortliches Wesen, das Haus der Gemeinen und die öffentliche Meinung in England sind seine Herren, er muß beide geschickt und sorgfältig behandeln, wenn er sie dahin bringen will, seinen Willen zu tun. Die „neue Wendung" konnte nicht ausbleiben.

So lagen die Dinge, so weit England und Frankreich in Frage kamen. Einleitende Schritte, um ähnliche Abmachungen über ein künftiges Zusammenwirken der Land- und Seestreitkräfte zwischen Rußland und England vorzubereiten, wurden im Frühling 1914 bei Gelegenheit des Besuchs König Georgs V. in Paris unternommen. Die Anregung dazu scheint von Herrn Iswolski ausgegangen zu sein, und die Sache wurde von Sir Edward Grey im englischen Kabinett warm empfohlen. Am 26. Mai fand in Petersburg eine Sitzung statt; der Chef des russischen Admiralstabes präsidierte, und man kam zu dem Schluß, daß ein Marineabkommen zwischen beiden Reichen höchst wünschenswert sei: die beiden Marinen sollten sich über Signale, Chiffern und drahtlose Telegraphie verständigen, die Stäbe einander alles mitteilen, was für sie von Interesse sein könnte, gemeinsames strategisches Vorgehen im Kriegsfall sollte in die Wege geleitet, und besonders eine Tätigkeit der russischen Flotte im Bosporus, in den Dardanellen und im Mittelländischen Meer ins Auge gefaßt werden. Die für uns wichtigste Stelle in dem Plan, dessen Grundlinien damals gezogen wurden, ist aber die, nach welcher „England

ſo viel deutſche Schiffe als möglich in der Nordſee feſthalten, und die engliſche Regierung, um eine ruſſiſche Landung an der deutſchen Küſte möglich zu machen, ſchon vor dem Beginn der Operationen zur See — alſo noch in Friedenszeiten! — ſo viel Transportſchiffe als möglich nach den ruſſiſchen Häfen ſenden ſollte."

Wenn Sir Edward Greys Politik nicht eine feindſelige gegen Deutſchland und eine für den europäiſchen Frieden bedrohliche war, dann frage ich, was für eine Politik eine feindſelige genannt werden kann, oder eine Bedrohung für den Frieden bedeutet? Und wenn das nicht Krieg gegen Deutſchland vorbereiten hieß, was heißt dann den Krieg gegen ein Land vorbereiten?

Und ſind es nicht höchſt wunderbare und weiſe Inſtitutionen, die es einem Staatsmann möglich machen, die bedeutſamſten, ja verhängnisvolle „Übereinkommen" mit fremden auswärtigen Mächten abzuſchließen und ihm dennoch geſtatten, immer wieder, ſelbſt noch am 3. Auguſt 1914, im Parlament zu ſagen: „Ich habe dem Hauſe die Verſicherung gegeben, daß, wenn je eine Kriſis gleich der gegenwärtigen eintreten ſollte, das Haus der Gemeinen frei ſein würde, zu entſcheiden, welche Haltung England einnehmen ſollte, daß es keine geheimen Abmachungen gäbe, mit der die Regierung das Haus überraſchen und dem Hauſe ſagen könnte, daß, weil die Regierung dieſe Abmachung getroffen, eine Ehrenpflicht für das Land beſtünde."

Nein, wahrlich, es war keine Ehrenfrage, ſondern

nur eine Sache ſchlauer Berechnung und geſchickter Mache.

Darum ſchrieb Mr. Ramſay Macdonald im „Labour Leader“: „Während der letzten acht Jahre iſt Sir Edward Grey eine Bedrohung für den europäiſchen Frieden und ſeine Politik ein Unheil für England geweſen!“, und ein liberales Mitglied des engliſchen Parlaments, Mr. Ponſonby, in der „Nation“, daß „er die Abmachungen Sir Edward Greys weder recht noch vernünftig finden könnte.“

Sir Edward Grey als konſtitutioneller Miniſter war gezwungen, alle Jeſuitenkünſte der Dialektik aufzubieten, um die Wahrheit in Worten zu ſprechen und ſie dennoch zu verbergen. Herr Sſaſónow als ruſſiſcher Miniſter hatte es leichter. Als ein deutſcher Diplomat ihn wegen des Marineabkommens zur Rede ſtellte — denn diesmal war jedes Stadium der Verhandlungen augenblicklich zur Kenntnis der deutſchen Regierung und dank franzöſiſcher Indiskretion auch einiges davon in die Preſſe gekommen —, als er ſo befragt wurde, antwortete Herr Sſaſónow einfach, daß „ſolch ein Abkommen nur in der Einbildung des Berliner Tageblatts oder im Mond exiſtiere.“

Von ähnlichen Abmachungen über ein gemeinſames militäriſches Vorgehen zwiſchen England und Belgien wird ſpäter die Rede ſein. Jedem unvoreingenommenen Leſer muß klar ſein, von welcher Seite der Krieg vorbereitet und gewünſcht worden war. Deutſchland war wohl gezwungen, ihn vorzubereiten, aber es wünſchte ihn nicht und konnte ihn nicht wünſchen, weil es keinen Grund dazu hatte, und weil die un-

geheuere Übermacht und alle Vorteile der Lage, besonders der Seelage, auf der andern Seite waren. Es gab natürlich in Deutschland Leute, die der Ansicht waren, daß, wenn der Krieg nun einmal unvermeidlich war, er je früher, so besser kommen sollte. Insbesondere Offiziere wird niemand tadeln können, wenn sie so sprachen. Die Offiziere aller Länder pflegen einen Krieg zu wünschen: der Krieg ist ihr Beruf; er ist das Feld, auf dem sie ihre Fähigkeiten erst zeigen und unvergleichlichen Ruhm gewinnen können: es ist nur natürlich, wenn sie geneigt sind, die Notwendigkeit des Krieges zu beweisen. Aber im Deutschen Reichstag und im deutschen Volk war die Zahl der Leute, die für einen Krieg waren, äußerst gering; der größte und einflußreichste Teil der Presse war durchaus gegen den Krieg; die Regierung wurde von jenen Leuten immer wieder getadelt, weil sie nicht ihrer Anschauung war, und der Mann, von dem die Entscheidung abhing, hatte seinen Entschluß, den europäischen Frieden nicht zu brechen, wiederholt ausgesprochen und wiederholt bewiesen. Der Deutsche Kaiser hat seinem Willen, den Frieden zu wahren, in einer viel besprochenen Rede in der Guildhall in London Ausdruck gegeben, und insbesondere in einer Rede, die er am 22. März 1905 in Bremen bei der Enthüllung des Denkmals Kaiser Friedrichs III. hielt, die Worte gesprochen: „Ich habe mir gelobt, auf Grund meiner Erfahrungen aus der Geschichte, niemals nach einer öden Weltherrschaft zu streben. Denn was ist aus den großen sogenannten Weltreichen geworden? Alexander der Große, Napoleon der Erste, alle die großen Kriegshelden, im Blute haben

sie geschwommen und unterjochte Völker zurückgelassen, die beim ersten Augenblick wieder aufgestanden sind und die Reiche zum Zerfall gebracht haben. Das Weltreich, das ich mir geträumt habe, soll darin bestehen, daß vor allem das neuerschaffene Deutsche Reich von allen Seiten das absoluteste Vertrauen als eines ruhigen, ehrlichen, friedlichen Nachbarn genießen soll, und daß, wenn man dereinst vielleicht von einem deutschen Weltreich oder einer Hohenzollernweltherrschaft in der Geschichte reden sollte, sie nicht auf Eroberungen begründet sein soll durch das Schwert, sondern durch gegenseitiges Vertrauen der nach gleichen Zielen strebenden Nationen, kurz ausgedrückt, wie ein großer Dichter sagt: „Außenhin begrenzt, im Innern unbegrenzt."

Daß der Kaiser, der von der feindlichen Presse in so ungerechter und törichter Weise geschmäht worden, aufrichtig war, daß er in diesen Worten sein innerstes Denken aussprach, ist bereits durch die Tatsache bewiesen, daß er sein Wort gewahrt und durch volle sechsundzwanzig Jahre an seinem Entschluß festgehalten hat, obschon er den Thron mit der vollen Kraft und dem Ehrgeiz der Jugend bestiegen, obschon es wohl zu begreifen gewesen wäre, wenn er, der Sohn und Enkel von kampfberühmten Fürsten, ihrem Ruhme nachgestrebt hätte. Wenn er dies dennoch nicht tat, so handelte er in voller Übereinstimmung mit dem Geist seines Volkes. Niemand kennt das deutsche Volk, der nicht erkannt hat, wie friedsam es von Natur ist. Eben darum, weil es schwer zu reizen ist, ist es so schrecklich und zähe, wenn es

einmal gereizt ist. Wenn irgendeine Tatsache dem Kaiser die Liebe seiner Untertanen, die Achtung und eine gute Gesinnung selbst der Sozialisten und Republikaner verschafft hat, so ist es die Tatsache, daß er durch so lange Zeit den Frieden gewahrt hat.

Man stelle einmal einen Vergleich an zwischen Wilhelm II. und Napoleon III., der, als er im Jahre 1852 Kaiser der Franzosen geworden, die berühmten Worte sprach: „L'empire c'est la paix!“ und der in den achtzehn Jahren, die seine Regierung währte, im Jahr 1854 den Krimkrieg unternahm, 1859 mit Österreich Krieg führte, 1862 den Zug nach Mexiko, 1867 den nach Italien unternahm und 1870 den deutschen Krieg begann. Und man weiß, daß er dies tat, um seine Untertanen durch den blendenden Glanz, den kriegerische Erfolge stets für das französische Volk haben, mit seiner Herrschaft zu versöhnen.

Wenn der Deutsche Kaiser trotzdem im Jahre 1914 den Krieg gegen Rußland erklärt und dadurch scheinbar den Weltkrieg eröffnet hat, der jetzt wütet, so dürfte man ihm schon aus dem einzigen Grunde, daß er beinahe durch ein Menschenalter Frieden hielt, zutrauen, daß er dies sehr gegen seinen Willen getan hat. Aber diese Frage, die viel verwickelter ist, als sie scheint, muß in einem besonderen Abschnitt behandelt werden.

## Zweites Kapitel

# Die Krise
# Rußland und die serbische Frage

Wenn die Triple-Entente den Krieg erwartete und ihn zweifellos mehr oder minder wünschte, so wünschte sie ihn doch zu dem von ihr gewählten Zeitpunkt zu führen, das heißt, erst dann, wenn die russische Flotte neu geschaffen, das russische Eisenbahnnetz vollendet, das französische Heer durch die dreijährige Dienstzeit besser ausgebildet und vermehrt, der Balkanbund wiederhergestellt und die Türkei, von der man eine Parteinahme für Deutschland erwarten konnte, vollkommen niedergeworfen und wehrlos sein würde.

Wie, wenn nun der deutsche Generalstab und der Kriegsminister all dies der deutschen Regierung vorgehalten und gesagt hätte: Unsere Feinde haben rings um uns einen furchtbaren Bund geschlossen, sie halten fortgesetzt gemeinsame Beratungen ab über die Mittel, uns zu vernichten, sie entwerfen ihre Pläne, sie vollenden ihre Rüstungen: wie ungleich auch bereits jetzt die Aussichten sein mögen, in wenigen Jahren werden sie in überwältigendem Maß gegen uns sein; noch ist unsere Organisation die vollkommenere, das gleiche können wir von unserer Bewaffnung sagen, unser Vorstoß würde rascher und gewaltiger sein: ein Vorwand ist immer leicht zu finden: besser jetzt als später! Wenn deutsche Generale so oder ähnlich gesprochen

hätten, so würden sie zweifellos nur ihre Pflicht getan haben.

Als im Jahre 1761 Karl III. von Spanien einen Geheimvertrag mit Frankreich abschloß, der in der Weltgeschichte der „Familienvertrag" genannt wird, und durch den sich beide Mächte „nicht im ausdrücklichen Wortlaut aber doch dem klaren Sinne nach verpflichteten, England gemeinsam zu bekriegen", — man sieht, der Fall war genau der gleiche — da schlug William Pitt, der eben in England Staatssekretär für den Krieg war und von dem Abschluß des Vertrages erfahren hatte, vor, man sollte Spanien sogleich den Krieg erklären und seine Flotte und seine Kolonien angreifen. Macaulay, den ich eben zitiert und der selbst englischer Kriegsminister war, nennt dies „einen weisen und entschlossenen Rat" und er hat für die Männer den heftigsten Tadel, die „davor zurückschraken, die Verantwortung für eine so kühne und entschlossene Politik zu übernehmen". Wenn im heutigen moralischen England, dessen führende Männer behaupten, Deutschland habe diesen Krieg gewollt und begonnen, jetzt erklärt wird: „Nein, Deutschlands Pflicht war es, geduldig zu warten, bis wir mit all unsern Rüstungen und Vorbereitungen fertig waren; und wenn es früher losschlägt, so hat alle Welt ein Recht, es zu tadeln", so würde Macaulay, der sich nie scheute, seine Meinung zu äußern, dies Heuchelei genannt haben. Und wenn der deutsche Generalstab, nachdem er von dem Bestehen geheimer Abmachungen zwischen England und Frankreich, zwischen England und Belgien, zwischen Frankreich und

Rußland und zwischen England und Rußland Kenntnis erlangt, durch welche sich diese Mächte „nicht dem ausdrücklichen Wortlaut aber doch dem klaren Sinne nach“ verpflichteten, Deutschland gemeinsam zu bekämpfen, wenn er hierauf den obenerwähnten Rat gegeben und die deutsche Regierung danach gehandelt hätte, so würde der englische Historiker dies ein „weises und entschlossenes“ Vorgehen genannt haben.

Aber dem war nicht so, die Dinge haben einen ganz andern Verlauf genommen, und der Krieg, der jetzt die Welt bewegt, nahm seinen Ursprung aus ganz anderen Ereignissen.

Es ist weder möglich noch nötig, die beständigen Wirren auf dem Balkan, die Europa so oft in Spannung und in Furcht vor ungeheuren Kriegen versetzt haben, hier weitläuftig zu schildern. Von den vier christlichen Völkern, die auf der Balkanhalbinsel leben, sind die Serben und Rumänen die Nachbarn Österreichs. Aber die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien sind viel älter und sind auch stets viel engere und bedeutsamere gewesen, als die zwischen Österreich und Rumänien. Die Grenzlinie zwischen Österreich-Ungarn und den beiden Serbenstaaten Serbien und Montenegro ist über 600 km lang. Schon im Mittelalter sind die Serben wiederholt durch ungarische Heere aus drohender Türkengefahr gerettet worden. Als sie im 15. Jahrhundert der Türkenherrschaft verfielen, floh ein großer Teil der Bevölkerung nach Ungarn und ließ sich daselbst in den beiden Provinzen Bacska und Banat nieder. Später wurden auch diejenigen,

die von den Moslims geknechtet wurden, von den Österreichern unter Prinz Eugen wieder befreit. Im 18. Jahrhundert war Serbien durch längere Zeit eine österreichische Provinz gewesen. Als die Türken es wiedererobert hatten, versuchten die Serben wiederholt Aufstände und begehrten wieder unter österreichische Herrschaft zu kommen, obschon die kaiserliche Regierung in jenen Zeiten kaum weniger drückend war. Auch im 19. Jahrhundert sprachen sie wiederholt den gleichen Wunsch aus. Erst jetzt begann auch russischer Einfluß sich im Serbenland geltend zu machen; und seither wurden die Serben bald von der einen und bald von der anderen Macht unterstützt, bis sie endlich im Jahre 1878 durch ihren erfolgreichen Kampf gegen die Türken, nachdem diese von den Russen und Rumänen bei Plewna geschlagen worden, ihre Unabhängigkeit erlangten.

In dem neuen Königreich Serbien war nach kurzer Zeit österreichischer Einfluß wiederum vorherrschend und blieb es durch viele Jahre. Als im Jahr 1885 das serbische Heer bei Slivnitza von den Bulgaren geschlagen wurde, rettete Österreich Serbien durch die Drohung eines bewaffneten Einschreitens, wie es im Jahre 1853 in gleicher Weise Montenegro vor Omer Pascha und den Türken gerettet hatte. Es gab indessen von Anfang an auch eine russenfreundliche Partei im Lande.

Es wird schwer zu entscheiden sein, wie weit russische Agenten an dem Aufkommen jener nationalistischen Bestrebungen in Serbien beteiligt waren, die es sich zum Ziele machten, alles Land, das Männer der

serbischen Rasse bewohnten, in einem Staate zu vereinigen. Denn nur 2350000 Serbo-Kroaten[1]) leben im Königreich Serbien, während nicht weniger als 5000000 in Österreich, Ungarn, in Bosnien und in der Herzegowina wohnen. Daß die Serben des Königreichs den Wunsch hegten, das ganze große von Serbo-Kroaten bewohnte Gebiet zu erobern und hierdurch der mächtigste Staat auf dem Balkan zu werden, mag bis zu einem gewissen Grade natürlich sein. Aber es ist mindestens ebenso natürlich und eigentlich noch viel natürlicher, daß Österreich solche Bestrebungen nicht billigen konnte, daß es ausgeschlossen war, daß Österreich auf 5 Millionen Untertanen verzichtete, die es zum größten Teil seit Jahrhunderten waren und von denen selbst nach langer geheimer Wühlarbeit und viel Bestechung nur ein sehr geringer Teil Lust hatte, die Zusammengehörigkeit mit Österreich aufzugeben und Bürger eines größeren Serbiens zu werden.

Denn die Frage muß von einem anderen Gesichtspunkt als dem der Rasse und des Volkstums beurteilt werden: in jenen halb mittelalterlichen Ländern bedeutet die Religion weit mehr als Rasse oder Nationalität. Die Serben des Königreichs sind fast alle orthodox; von den 3500000 Serben, die in Österreich und Ungarn leben, sind 2500000 Katholiken — diese nennen sich Kroaten —, von den 1500000 Serben in Bosnien und Herzegowina sind beinahe zwei Drittel teils Katholiken, teils Moham-

[1]) Nach der Vergrößerung des Gebiets durch den letzten Balkankrieg etwas über 3 Millionen.

medaner. Beide, Mohammedaner sowie Katholiken, betrachten die orthodoxen Serben mit Abscheu, sie würden ebenso gern zur Hölle gehen als Landsleute der „Serben" werden. Die Kroaten, das heißt die katholischen Serben, sind zu allen Zeiten die verläßlichsten Anhänger und die treuesten Untertanen der österreichischen Dynastie gewesen. Das älteste Infanterieregiment der österreichischen Armee, das 53. Warasdinerregiment ist ein kroatisches Regiment, und kein anderes hat sich im gegenwärtigen Krieg im Kampf gegen die Serben so ausgezeichnet wie dieses Regiment.

Die Verwaltung ist zweifellos besser in den österreichischen Gebieten als im Königreich. Ackerbau, Handel und Industrie haben sich in Kroatien und Bosnien ganz anders entwickelt; die öffentliche Sicherheit, die Integrität der Beamtenschaft und des Gerichtswesens sind in ganz anderem Maße zu finden.

Die beiden Provinzen Bosnien und Herzegowina sind nun gerade sechsunddreißig Jahre unter österreichischer Verwaltung. Da ihre Besetzung durch österreichische Truppen gleichzeitig mit der Gründung des serbischen Königreichs stattfand, so ist es möglich und lehrreich, die auf beiden Gebieten erreichten Resultate zu vergleichen. Die Bevölkerung nahm in beiden etwa gleichmäßig zu. In der Zeit von 1878—1910 wuchs die Bevölkerung der bosnischen Provinzen von 1158164 auf 1898044, in Serbien von 1669337 auf 2911701. Dagegen stieg der Handel — Einfuhr und Ausfuhr zusammen — in Bosnien von 8 Millionen Kronen im Jahre 1879 auf 277 Millionen

im Jahre 1910; in Serbien von 80 Millionen im Jahre 1879 auf 204 Millionen im Jahre 1910. An Pferden wurden in Bosnien 1879 160000 gezählt; 1895 war ihre Zahl auf 237000 gestiegen, während sie in Serbien elf Jahre später, 1906, erst 172000 Köpfe betrug. Ebenso vermehrte sich das Rindvieh in Bosnien während der gleichen Zeitdauer von 762000 auf 1417000 Köpfe; in Serbien zählte man wiederum 1906 erst 932000 Köpfe. Bosnien besitzt die dreifache Zahl an Ziegen, weit mehr Schafe; nur die Schweine sind in Serbien etwas zahlreicher. Wenn bei neueren Zählungen sich, soweit der Viehstand in Frage kommt, in den Provinzen seither keine merkliche Vermehrung gezeigt hat, so ist dies wesentlich auf die immer steigende Viehausfuhr nach der Monarchie zurückzuführen. Obschon Bosnien ein bergigeres und öderes Land als Serbien ist und obschon die Bevölkerung Serbiens die der Provinzen um eine volle Million, ja mehr übersteigt, hatte das bosnische Eisenbahnnetz bereits im Jahre 1902 eine Länge von 963 km erreicht, in Serbien im Jahre 1900 erst eine Länge von 562 km. Bei den Landstraßen ist das Verhältnis das gleiche. In den Landtag der Provinzen, dessen Wählerschaft nach der Religion, als dem entscheidenden Merkmal in der Bevölkerung, eingeteilt ist, wählen die Katholiken 30, die Mohammedaner 42, die Juden 1 und die orthodoxen Serben 54 Vertreter. Man sieht, daß den letzteren durch die Verfassung kein Unrecht geschehen ist[1]).

[1]) Es muß billig zugegeben werden, daß die Agrarverfassung im Königreich Serbien besser zu sein scheint; in dieser Hinsicht bestehen

Erst während der letzten Jahre — nach der Ermordung des letzten Königs aus dem Hause Obrenovic — erlangte die russenfreundliche Partei in Belgrad entschieden die Oberhand. Ich will durchaus nicht behaupten, daß die österreichische Regierung bei der Behandlung Serbiens niemals Fehler begangen hat. Aber wo gibt es eine Regierung, die nie einen Fehler begangen hätte? Die österreichische stand vor einer fast unlöslichen Aufgabe: die verwickeltsten politischen und sozialen Probleme sollten gelöst, widerstreitende Interessen agrarischer und kommerzieller Natur befriedigt, Fragen und Ansprüche des Volkstums wie des Glaubens entschieden werden, während man den Anspruch, den die Gegner nunmehr allen anderen voranstellten, nicht einmal zur Erörterung zulassen konnte.

Im Vergleich zur Aufgabe, vor der die österreichischen Diplomaten standen, war die der russischen ganz unglaublich leicht. Rußland und Serbien sind nicht Nachbarländer; sie sind durch zwei unabhängige Staaten Bulgarien und Rumänien getrennt; Handelsbeziehungen bestehen nicht, die der Rede wert wären[1]), politische Probleme, welche die im eigenen Gebiet irgend berühren würden, hat Rußland in Serbien nicht zu lösen: ja wenn man die Sache genau betrachtet, hatte Rußland in Wirklichkeit überhaupt kein Interesse in

in den Provinzen besondere Schwierigkeiten; doch findet die Ablösung der „Kmeten", ihr Ersatz durch freie Grundbesitzer oder ihre Umwandlung in solche in Bosnien in jährlich steigendem Maße statt.

[1]) Fast die gesamte Ausfuhr Serbiens geht nach Österreich-Ungarn, nur ein kleiner Teil nach Italien und nach Ägypten. 60 % der Einfuhr kommen aus der Monarchie, der Rest in erster Linie aus Deutschland, dann aus Frankreich, endlich aus andern Ländern.

Serbien zu schützen, und die russischen Agenten hatten dort nur eine einzige Aufgabe: zu bestechen, Versprechungen zu machen und der österreichischen Regierung Schwierigkeiten zu bereiten.

Nun ist in unseren Tagen nichts so leicht, so bequem und so dankbar, wie das Nationalgefühl aufzureizen; und wenn auch nur ein kleiner Teil selbst der orthodoxen Serben in Bosnien und in Ungarn sich verführen ließ, so mußte doch die großserbische Propaganda, die von den serbischen Behörden insgeheim und offen ermutigt und unterstützt wurde, auf österreichischem Gebiet notwendigerweise störend und verwirrend wirken.

Die Feindschaft der Serben wuchs, als Österreich im Jahre 1908 die Annexion von Bosnien und der Herzegowina verkündete. Die serbische Regierung protestierte bei den Mächten gegen die Annexion, als gegen „eine tiefe Verletzung der Gefühle, Interessen und Rechte des serbischen Volkes". Nun ist es natürlich immer verletzend für die Gefühle und Interessen einer Person oder eines Volkes, wenn ein anderer das hat oder nimmt, was sie selber gern haben wollen; woher aber Serbien ein Recht auf diese Provinzen herleiten will, ist ganz unerfindlich, es wäre denn, sie beriefen sich auf die Tatsache, daß im Mittelalter — vor ungefähr sieben Jahrhunderten — serbische Könige sie beherrschten und daß ein Teil der Bevölkerung noch heute aus othodoxen Serben besteht. Mit genau dem gleichen Recht könnte Österreich heute einen großen Teil der Schweiz beanspruchen, weil er im Mittelalter österreichisches Besitztum war und ein großer Teil der

Bevölkerung auch heute noch deutsch und katholisch ist. Österreich hatte die beiden Provinzen kraft eines europäischen Mandats besetzt; es hatte sie mit Waffengewalt erobert, und zwar nicht etwa von den Serben, sondern von deren Todfeinden, den Mohammedanern. Es hatte die Provinzen glänzend verwaltet und zu einer Blüte gebracht, wie sie sie vorher nie gekannt; es war der österreichischen Regierung gelungen, selbst die Mohammedaner zu versöhnen, mit denen sie einst um den Boden gekämpft hatten, und sie in treueste Untertanen zu verwandeln; es hatte ungeheure Kapitalien auf die Provinzen verwendet und dort investiert; nur ein Wahnsinniger konnte sich einbilden, daß Österreich jemals die Provinzen wieder aufgeben würde, und nur ein hoffnungsloser Theoretiker kann leugnen, daß die Annexion nur die amtliche und feierliche Bestätigung eines tatsächlichen Zustandes bedeutete, der durch volle dreißig Jahre bestanden. Höchstens die Türkei hatte ein formelles Recht, gegen die Annexion Protest zu erheben, aber niemals Serbien. Und mit der Türkei hat Österreich sich seither darüber geeinigt.

Es mag gut sein, daran zu erinnern, daß der erste, der die Okkupation der beiden Provinzen durch Österreich anregte, der noch regierende König, damals Fürst Nikita von Montenegro war, der im Frühling 1875 den Kaiser Franz Joseph in Dalmatien aufsuchte, um ihm diesen Vorschlag zu machen. Im folgenden Jahr bot Rußland bei der Begegnung des Kaisers mit dem Zaren Alexander II. in Reichstadt am 8. Juli 1876 Österreich nicht nur die Besetzung, sondern die An-

nexion des größten Teils von Bosnien und der Herzegowina an.

Es muß auch darauf hingewiesen werden, was die Erwerbung der beiden Provinzen durch Serbien in der Tat bedeuten würde. Wenn Österreich die großserbische Agitation nicht zuläßt, so gestattet es in allem übrigen den orthodoxen Serben volle Freiheit im Gebrauch ihrer Sprache, ihrer Schrift und Religion; ja sie haben gemäß ihrer Zahl die vorwiegende Macht im Landtag — nur daß den kroatischen und mohammedanischen Minoritäten die gleichen Rechte gewahrt bleiben. Gelänge es den Serben, sich der Provinzen zu bemächtigen, so würden diese Minoritäten mit brutaler Grausamkeit unterdrückt und vergewaltigt werden. Wir sehen ja, wie die Serben die Albanesen in Neu-Serbien, die Bulgaren in Mazedonien behandeln. Daß die Provinzen österreichisch sind, bewahrt zwei Drittel ihrer Bewohner vor dem furchtbaren Schicksal, das die serbischen „Befreier" ihnen bereiten würden.

Dies mußte gesagt werden, weil in der Einleitung zum englischen Blaubuch die Annexion der bosnischen Provinzen im Vorübergehen flüchtig erwähnt wird, aber doch so, daß in jedem Leser das Gefühl entstehen muß, als wäre Serbien damit ein großes Unrecht geschehen, während die wirkliche Bedeutung des Ereignisses sorgfältig verschwiegen wird.

Die Serben im Königreich waren jedenfalls erbittert durch die Annexion, und diese Erbitterung wuchs, als die österreichische Regierung nach den Erfolgen der Serben im Balkankrieg von 1912 ihrem

langgehegten Wunsch, einen Hafen an der Adria zu erwerben, entgegentrat und die Erfüllung verhinderte. Man wird ihre Erbitterung auch vollkommen begreiflich finden, dennoch konnte die österreichische Regierung nicht anders handeln, so lange Serbien ein russischer Vasallenstaat war, dessen Regierung sich nach den Befehlen des russischen Gesandten richtete. Ein serbischer Hafen an der Adria hätte der Flotte jeder feindlichen Macht zur Verfügung gestanden, die mit Rußland im Bunde war; im gegenwärtigen Krieg würde die englisch-französische Flotte dort einen trefflichen Stützpunkt gefunden haben. Darum konnte Österreich eine Gebietserweiterung nicht zugeben, die es einem befreundeten Serbien sicherlich bewilligt hätte. Aber wie die Dinge lagen, konnte es die Besetzung eines adriatischen Hafens durch Serbien so wenig gestatten, als etwa die Vereinigten Staaten zugeben könnten, daß ein Hafen in der Nähe von San Franzisko von einer Macht besetzt würde, die ganz und gar von Japan abhängig wäre.

Die Erbitterung der Serben mag, wie gesagt, entschuldbar sein, nicht aber die Art, in der sie ihr Ausdruck gaben: die Förderung der verräterischen großserbischen Wühlereien in den österreichisch-ungarischen Provinzen. Die serbisch-nationalistische Vereinigung „Narodna Obrana", der u. a. 762 Schützenvereine im Königreich angegliedert waren, unterhielt zwei Schulen, in denen Komitatschis im Bombenwerfen, Minenlegen, im Sprengen von Eisenbahnbrücken und in ähnlichen Künsten unterrichtet wurden. In dem Blatt, das die „Narodna Obrana" herausgab, wurde ein

Vernichtungskrieg gegen Österreich-Ungarn als den ersten und größten Feind des Serbenstammes gepredigt. Geheimgesellschaften wurden auf österreichischem Boden gegründet, darunter eine besondere Organisation der serbischen Studenten in Österreich zum Zweck der „Befreiung der Südslawen". In dem Statut hieß es, daß „die Revolution durch terroristische Handlungen vorbereitet werden müßte". Tatsächlich folgte alsbald eine Reihe von Attentaten auf hohe österreichisch-ungarische Beamte. Am 8. Juni 1912 wurde der königliche Kommissär für Kroatien, Baron Cuvaj, verwundet, während er durch die Straßen von Agram fuhr, der Rat von Herwic, der neben ihm im Wagen saß, erschossen. Der Täter war ein gewisser Jukic, der kurz vorher in Belgrad gewesen war, wo er von einem Offizier der serbischen Armee eine Bombe und einen Browning erhalten hatte. Am 18. August desselben Jahres wurde von Stefan Dejcic ein Attentat auf den Kommissar Baron Skerlecz verübt, und am 20. Mai 1913 versuchte Jakob Schäfer abermals den Baron Skerlecz, der indessen zum Banus von Kroatien ernannt worden war, zu ermorden. Ein gewisser Bogdan Serajicz, der den Statthalter von Bosnien, General von Varesanin, zu töten versuchte, wurde in serbischen Zeitungen als Nationalheld gefeiert. In serbischen Schulbüchern, ja in den Reisebüchern, die in deutscher Sprache geschrieben, an Reisende verkauft werden, wurden die österreichisch-ungarischen Provinzen als „jene Teile Serbiens, die noch nicht vom fremden Joch befreit sind", bezeichnet. Einfache Studenten, die aus Österreich oder Ungarn kommend Belgrad be-

suchten, wurden vom serbischen Kronprinzen, mindestens von serbischen Generalen empfangen. Ein Wandgemälde im serbischen Kriegsministerium zu Belgrad stellt eine allegorische Frauengestalt in Waffen dar, auf deren Schild die Namen der noch „unerlösten" österreichischen Provinzen geschrieben sind. Die Schulen, in denen die Komitatschis für künftige bewaffnete Einfälle in Österreich ausgebildet wurden, hat der Präsident der „Narodna Obrana", der serbische General Boso Jankovic, regelmäßig inspiziert[1]).

Diese Bewegung wurde so zu einer ernsten Gefahr, weil sie auf die Abtrennung der neuerworbenen wie auch älterer Gebiete des Reichs zielte, und da dies in friedlicher Weise unmöglich geschehen konnte, zum Kriege führen mußte.

Nun konnte man schon seit längerer Zeit im Ausland, und je ferner dieses Ausland von den österreichischen Grenzen lag, um so mehr die Ansicht äußern hören, daß die österreichische Monarchie ohnedies ein dem Zerfall geweihter Staat sei, ja daß die Auflösung gar nicht mehr so weit entfernt läge. Eine irrigere Vorstellung konnte es gar nicht geben. Diese Ansicht, durch den Widerschein unserer inneren Streitigkeiten hervorgerufen, auf oberflächliche Wahrnehmungen und falsche Schlüsse gegründet, ist zu einem der großen Fehlposten in den Berechnungen unserer Gegner ge-

[1]) S. die Aussagen im Prozeß von Sarajevo, insbesondere der Angeklagten Misko Jovanovics und Lazar Kranjcsevics vom 17. Oktober, des Zeugen Trifko Krstanovics vom 20. Oktober, ferner die der Zeugen Lazar Stanarincsics und Dragan Bublic, verlesen am 20.—26. Oktober.

worden. Ich habe diese Anschauung schon vor mehr als zehn Jahren in England, in Frankreich, hier und da selbst in Deutschland aussprechen hören und konnte stets antworten, daß die Leute eine Gefahr und ein Gespenst sähen, das nur in ihrer Einbildung existiere. Mit all seinen politischen Kämpfen, seinen nationalen Schwierigkeiten, ist Österreich-Ungarn dennoch eine große feste Einheit, zusammengehalten durch alte historische Bande und neue wirtschaftliche sowie auch sehr starke politische Interessen; Interessen und Traditionen, die viel stärker sind als die zentrifugalen Tendenzen einzelner Toren und geringer Volksteile, zusammengehalten vor allem durch eine größtenteils tüchtige Verwaltung, ein glänzendes Heer, mit sehr starken, sehr alten Traditionen, deren Bedeutung gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann, und durch eine allgemeine Anhänglichkeit der Völker an das Herrscherhaus. Vornehmlich aber ist eines zu erwägen: die zwölf oder mehr Stämme, die die Bevölkerung der Monarchie bilden, sind derart ineinandergesprengt und gemischt in ihren Wohnstätten, daß man das bunte Schachfeld, das diese bilden, gar nicht zertrennen, ja kaum abgrenzen kann. Wenn diese Stämme, deren Kopfzahl von 1½ bis zu 9 Millionen beträgt, plötzlich unabhängig, von dem zusammenhaltenden Band des Reiches gelöst würden, so könnte nur eine Völkeranarchie, ein schauerlicher Vernichtungskampf zwischen ihnen folgen. Die Geschichte hat sie in der österreich-ungarischen Monarchie organisiert, und obschon sie untereinander hadern — mit nicht mehr und nicht weniger Erbitterung, als dies die

politischen Parteien in national völlig einheitlichen Staaten tun, — so kennen sie doch auch ihre gemeinsamen Interessen sehr genau, ja gerade diese werden allen immer deutlicher, und es ist zu hoffen, daß in der langwierigen Entwicklung mancher Jahrzehnte aus der alten Verfassung der „Erbländer", die mehr ein Länderkonglomerat waren, sich allmählich, unter all diesen Kämpfen und Schwierigkeiten, jenes Maß von Einheit und wieder von Föderalismus herauskristallisieren wird, das für diese gemischten Lande nötig ist. Was der Schweiz, was Amerika gelungen ist, was Rußland und England vorläufig mißlingt, muß und wird in Österreich und in Ungarn zuletzt gelingen. Dieser Krieg, in dem die Angehörigen aller Völker ihr Leben tausendfach für dieses Reich zum Opfer bringen, wird zur glücklichen Lösung hoffentlich beitragen.

Österreich-Ungarn ist nicht leicht zu kennen, und Ausländer kennen es fast nie. Die nationalen Kämpfe sehen aus der Ferne viel bitterer und gefährlicher aus als sie wirklich sind. Jedenfalls sind sie seit dem Jahre 1848 noch niemals so bitter ernst, niemals eine so furchtbare Drohung gewesen, wie es der Gegensatz zwischen Engländern und Iren zu allen Zeiten und besonders in den letzten Jahren war. Es ist viel eher möglich und wahrscheinlich, daß das englische Weltreich mit seinen entfernten Gebieten, mit seinen Millionen unwilliger und ausgebeuteter Untertanen zerfalle als Österreich. Der gegenwärtige Krieg bringt den Beweis. Von der österreichisch-ungarischen Monarchie kann man im Gegenteil sagen: wenn sie nicht historisch geworden wäre, so müßte sie erfunden und gebildet

werden, um die Völkerschaften, die um das Donaugebiet wohnen, vor endlosem selbstmörderischem Kampf zu retten: durch den Zusammenhalt in der Monarchie sind diese Kämpfe nicht entstanden, sondern im Gegenteil gemildert worden!

Dies mußte gesagt werden, weil manche Leute im Ausland auch die großserbische Propaganda für ein Symptom dieser angeblichen drohenden Auflösung hielten. Wie falsch dies sein mochte, war die Propaganda dennoch, da sie von einem Nachbarstaate aus unterstützt und geleitet, von einem noch entfernteren Orte aus ermutigt wurde, eine Gefahr, und es mußte ihr entgegengetreten werden. Aber solche mehr oder minder unterirdische Wühlarbeiten, sind nicht so leicht zu fassen; schwerer noch ist es, ausreichende Feststellungen zu machen und Beweismittel zu sammeln. Indessen sind sie auch für die Fernstehenden und Voreingenommensten durch eine düstere und blutige Tat bewiesen worden: den Mord von Sarajevo. Dieses Verbrechen war der Anlaß, der Ausgangspunkt der gegenwärtigen Krisis; nicht durch die große Spannung, die zwischen Deutschland und der Triple-Entente bestand, sondern durch die kleine Spannung zwischen Österreich und Serbien, die in dieser Tat ihren blutigen Ausdruck fand, kam die Lawine ins Rollen und der Weltkrieg brach aus. Eben darum aber hätte es ein Krieg zwischen Österreich und Serbien allein bleiben können, wenn andere Mächte dies zugelassen hätten.

Die Nachricht von der Ermordung des Thronfolgers rief in Serbien Kundgebungen der Freude her-

vor: in Belgrad, in Üsküb, in Nisch umarmten die Leute einander in den Straßen, frohes Geschrei tönte aus den Cafehäusern. Der Vorsitzende der Ortsgruppe der „Narodna Obrana" in Nisch hielt eine Rede, in der er sagte: „Serbien ist durch diese Tat gerettet, und einer derer, die ihm gefährlich waren, ist aus dem Wege geräumt. Jetzt wird Serbien für mehrere Jahre Ruhe haben, denn der neue Thronerbe in Österreich wird sich hüten, in den Spuren seines Vorgängers zu wandeln." (Berichte der Österreichisch-Ungarischen Konsuln und Konsularagenten; Rotbuch Nr. 1, 2, 3, 5, 10 Beil. 10.)

Die österreichische Regierung wartete, bis die Untersuchung ergeben hatte, daß die Mörder des Erzherzogs nicht nur mit Bomben[1]) und Pistolen aus dem serbischen Staatsarsenal zu Kragujewac ausgerüstet, sondern auch im Gebrauch dieser Waffen von serbischen Offizieren, insbesondere vom Major Tankosic ausgebildet worden waren; daß einer von ihnen, Cabrinowic, der die Bombe nach dem Automobil des Erzherzogs geschleudert hatte, kurz vorher vom serbischen Kronprinzen Alexander empfangen worden, daß serbische Polizeibeamte die Mörder über die bosnische Grenze gebracht hatten usw.[2])

[1]) Die Bomben waren Handgranaten von der besonderen Art, wie sie in der serbischen Armee in Gebrauch sind.

[2]) Man kann nicht umhin, mit diesen armen verführten Jungen, die die verhängnisvolle Tat vollbracht, Mitleid und Entrüstung gegen die Verführer zu fühlen, wenn man die letzten Worte liest, die einer von ihnen, Nedelko Cabrinowic, gegen Ende des Prozesses sprach. Er sagte, „der Gedanke, den Erzherzog zu ermorden, sei nicht in ihren eigenen Köpfen entstanden, sie wären in Belgrad gelehrt worden, solch

Erst nachdem all dies festgestellt war, überreichte die österreichische Regierung am 23. Juli das wohlbekannte Ultimatum in Belgrad. Es ist ganz unzweifelhaft, daß mit diesem Schritt eine vollständige Demütigung Serbiens beabsichtigt war, sonst mußte Krieg kommen. Eine unvermeidliche und verdiente Demütigung. Der englische und russische Botschafter in Wien sagen in ihren Telegrammen wiederholt, sie „glaubten" oder „hätten gehört", daß der deutsche Botschafter in Wien, Herr von Tschirschky der österreichischen Regierung geraten hätte, hart zu sein[1]). Es liegt auch nicht der Schatten eines Beweises vor, daß der deutsche Botschafter dies wirklich getan. Die österreichische Regierung hatte, wie das Weißbuch sagt, der deutschen mitgeteilt, daß sie eine Aktion gegen Serbien unternehmen werde, und die deutsche Regierung hatte dies selbstverständlich gebilligt. Österreich hatte nur zu lange geduldet, was kein anderer Staat ge-

eine Tat als edel und schön zu betrachten; sie täte ihnen allen leid, ob Gawrilo Princip gleich eine Heldenpose annähme; sie hätten auch nicht gewußt, daß der Erzherzog Kinder hatte, sie bereuten ihre Tat und bäten diese Kinder um Verzeihung; sie wären keine Verbrecher, sie hätten sich für eine Sache geopfert, die sie für eine gute und schöne hielten."

[1]) Der französische Botschafter, Herr Dumaine, behauptet in einer Note vom 22. Juli (Gelbbuch Nr. 18), daß Herr v. Tschirschky sich für kräftige Maßnahmen gegen Serbien ausgesprochen und gleichzeitig zu verstehen gegeben hätte, daß man in der Reichskanzlei nicht ganz seiner Meinung wäre. Wo oder wann er dies ausgesprochen, ist in der Note nicht gesagt; aber der Vertreter des französischen Ministers des Äußern, Herr Bienvenu-Martin, fügt in einer vom folgenden Tag datierten Note (Gelbbuch Nr. 20) aus eigener Phantasie hinzu, Herr v. Tschirschky hätte diese Äußerung „in diplomatischen Kreisen Wiens getan".

duldet hätte, und dies war geschehen, weil der alte Kaiser seine Regierung in Frieden zu enden wünschte. Nun konnte es nicht länger geduldet werden. Die Empörung war eine so allgemeine, bei Hof, im Adel, in der Kirche, in der Presse, in der gesamten Bevölkerung, daß kein erhitzender Rat nötig war oder wirksam sein konnte. Seit zwei Jahren drohte dieser Krieg; nun war er unvermeidlich geworden, — es wäre denn, Serbien hätte nachgegeben. Es gibt keinen Staat in der Welt, der nicht schon wegen geringeren Anlasses Krieg geführt hätte; keine Monarchie in der Welt, deren Thronfolger unter mindestens passiver Mitschuld einer fremden Regierung ermordet worden, die nicht gegen dieses Land Krieg führen müßte und würde, wenn nicht die vollkommenste, die schnellste Sühne geboten ward; und keine Macht in der Welt, die in solchem Fall die Einmischung einer anderen Macht dulden würde. Man nehme einmal an, der russische Zarewitsch oder der Vizekönig von Indien wären von Afghanen ermordet worden, und der Hof und die Regierung von Afghanistan hätten die Verschwörung geduldet, die hierzu führten: was würde die russische oder englische Regierung getan, welche Sühne, welche Genugtuung würden sie gefordert oder angenommen haben? Wären sie wirklich mit einer Äußerung des „Bedauerns und der Betrübnis" zufrieden gewesen, wie der beinahe scherzhaft klingende Vorschlag Sir Edward Greys lautete?[1]) Es war eine höchst müßige Beschäftigung, der eng-

[1]) In einer Note an den englischen Geschäftsträger in Belgrad vom 24. Juli (Blaubuch Nr. 1).

lische und russische Diplomaten sich hingaben, als sie die am 25. Juli überreichte Antwort der serbischen Regierung erörterten und untersuchten, inwieweit sie als hinreichend oder als Grundlage weiterer Verhandlungen betrachtet werden könnte. Diese Antwort konnte überhaupt nicht in Betracht gezogen werden, weil nur die vollkommene Unterwerfung unter die österreichischen Forderungen annehmbar war und den Krieg verhindern konnte. Überdies war diese Antwort zum großen Teile eine ausweichende; ähnliche serbische Versprechungen waren wiederholt gegeben und niemals gehalten worden[1]). Welche Nation — sei sie monarchisch oder republikanisch — könnte ein paar höfliche Versprechungen, in Zukunft, wenn möglich, besser achtzugeben, als Genugtuung für den Mord ihres höchsten Vertreters annehmen? Wie oft donnerten die Kanonen englischer Kriegsschiffe vor fremden Häfen, bloß weil das Warenlager eines britischen Untertanen geplündert oder seinen Rechnungen die Zahlung verweigert worden war?

In der Tat war die ganze serbische Note, selbst die scheinbaren Konzessionen, die sie enthielt, nicht ernst gemeint, und hatte nur den Zweck, Österreich hinzuhalten, die öffentliche Meinung der andern Län-

[1]) Nur ein kleines Beispiel dafür sei erwähnt: Am 25. Juli telegraphierte der englische Geschäftsträger in Belgrad, Mr. Crackanthorpe, an Sir Edward Grey: „Die serbische Regierung hat den in der österreichischen Note erwähnten Offizier bereits verhaften lassen." Ich zweifle nicht, daß Mr. Crackanthorpe diese Information erhalten hatte; aber die Tatsache war unwahr. Major Tankosić ist nie verhaftet worden. Man ließ ihn entkommen; als der Krieg ausbrach, kehrte er zurück, wurde schwer verwundet und liegt, wie gemeldet wird, jetzt in einem Spital zu Nisch.

der zu täuschen und den russischen Diplomaten und ihren Verbündeten ein Papier in die Hand zu geben, mit dem sie „arbeiten" konnten. Denn als sie dem österreichischen Gesandten Baron Giesl am 25. Juli um 6 Uhr abends überreicht wurde, war bereits drei Stunden vorher, um 3 Uhr nachmittags, die allgemeine Mobilisierung in Serbien befohlen worden (siehe die beiden aufeinanderfolgenden Telegramme des Baron Giesl vom 25. Juli und das des Grafen Berchtold an Graf Mensdorff vom 26. Rotbuch Nr. 22, 23, 29).

Am 25. Juli, nach der Überreichung der serbischen Note, war der Krieg zwischen Österreich und Serbien unvermeidlich geworden. Er hätte „lokalisiert" werden können, das heißt, er wäre ein Krieg zwischen Österreich und Serbien allein geblieben und hätte den Frieden Europas niemals in Gefahr gebracht, wenn nicht Rußland sich eingemischt hätte.

Hier haben wir den innersten Kern und zugleich die Erklärung der Katastrophe, die über so viele friedliche Völker hereingebrochen ist. Hier liegt die Ursache so unendlichen Blutvergießens, und es ist beinahe überflüssig, den diplomatischen Leidensweg in seinen einzelnen Stationen zu verfolgen, der zu dem Ausbruch des größten Krieges führte, den die Welt bisher gesehen hat.

Zunächst hätte Serbien diese unbefriedigende Antwort niemals geben können, wenn sie ihm nicht von derselben Seite geraten worden wäre, die all die Vorgänge in Serbien unterstützt hatte, die zur Katastrophe führten. Am selben Tage, an dem die öster-

reichische Note in Belgrad überreicht worden war, also am 23. Juli, schrieb der Kronprinz-Regent von Serbien einen hilfeflehenden Brief an den Zaren. Dieser Brief ist im russischen Orangebuch unter Nr. 10 veröffentlicht. Wir wissen nicht, ob das Telegramm mit dem kurzen und energischen Wortlaut: „Mobilisiert! Wir mobilisieren auch!" wirklich aus Petersburg nach Belgrad geschickt worden, oder ob wir in ihm nur eine jener glücklichen historischen Legenden zu sehen haben, die sich in solchen Augenblicken bilden und die, wenn sie auch nicht wirklich historisch sind, dennoch, wie die Fabel vom „L'état c'est moi" Ludwigs XIV., die tatsächliche Situation sehr klar kennzeichnen. Es ist indessen bemerkenswert, daß über die Telegramme, die in jenen entscheidenden achtundvierzig Stunden von der Überreichung der österreichischen Note bis zu der serbischen Antwort zwischen der russischen und serbischen Regierung gewechselt wurden, im Orangebuch ein völliges Stillschweigen bewahrt ist. Die amtliche russische Schriftsammlung enthält nur die Antwort, die der Zar dem Kronprinzen gab (Nr. 40) und die erst am 27. abgesendet wurde. Offenbar hat die russische Regierung Gründe, die es ihr unerwünscht erscheinen lassen, daß die Welt erfahre, welchen Rat sie Serbien in jenen kritischen Tagen erteilte, ihr Schweigen ist das lauteste Eingeständnis ihrer Schuld. Wäre die serbische Regierung nicht von Rußland ermutigt worden, so hätte sie nachgeben und Österreich die verlangte Genugtuung gewähren müssen, und selbst der Krieg zwischen Österreich und Serbien hätte vermieden werden können.

Daß die russische Regierung vom ersten Augenblick an an einen Krieg mit Österreich dachte — der, wie sie wohl wußte, auch einen Krieg gegen Deutschland bedeutet —, geht aus einer außerordentlich wichtigen Stelle in einer Note des englischen Botschafters in Petersburg, Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey vom 24. Juli (Blaubuch Nr. 6) hervor: in dieser Note berichtet der Botschafter, daß er Herrn Ssasónow als seine persönliche Meinung erklärt hätte, „eine unbedingte Verpflichtung der englischen Regierung, Rußland und Frankreich mit den Waffen zu unterstützen, sei nicht zu erwarten." Dann hätte er gefragt, ob, „wenn Österreich militärische Maßnahmen gegen Serbien treffen sollte, es die Absicht der russischen Regierung sei, Österreich sogleich den Krieg zu erklären?" Darauf antwortete Herr Ssasónow, daß „die russische Mobilisierung in jedem Falle durchgeführt werden müßte", und daß „eine Entscheidung wahrscheinlich am folgenden Tage in einer Sitzung würde getroffen werden, bei der der Zar selbst den Vorsitz führen würde". In seiner nächsten Note, am 25. Juli (Blaubuch Nr. 8), sagt der Botschafter weiter, daß er die ernsthafte Hoffnung ausgesprochen, „Rußland werde den Krieg nicht durch seine Mobilisierung übereilt heraufbeschwören („would not precipitate war by mobilising"), ehe nicht Sir Edward Grey Zeit gehabt, seinen Einfluß zugunsten des Friedens geltend zu machen", worauf Herr Ssasónow ihm versicherte, daß „Rußland keinen Angriff beabsichtigte und nicht zur Tat schreiten würde, ehe es nicht dazu gezwungen

würde. Das Vorgehen Österreichs sei in der Tat gegen Rußland gerichtet. Österreich habe das Ziel, den gegenwärtigen status quo auf dem Balkan zu verkehren und seine eigene Hegemonie dort aufzurichten. Er glaube nicht, daß Deutschland den Krieg wünsche, aber die Haltung Deutschlands würde durch die unsere (die englische) bestimmt werden..." Sir G. Buchanan schließt mit den Worten: „Ich sagte alles, was in meiner Macht stand, um den Minister des Äußern zur Vorsicht zu bewegen, und ich warnte ihn, daß, wenn Rußland mobilisieren würde, Deutschland sich nicht mit bloßer Mobilisierung begnügen, noch Rußland Zeit geben würde, seine Mobilisierung durchzuführen, sondern vermutlich sogleich den Krieg erklären würde. Seine Exzellenz erwiderte, Rußland könne nicht zugeben, daß Österreich Serbien erdrücke und die herrschende Macht auf dem Balkan werde, wenn es der Unterstützung Frankreichs sicher sei, würde es den Krieg auf alle Gefahr hin wagen (she will face all the risks of war). Er versicherte mir nochmals, daß es nicht sein Wunsch sei, einen Konflikt übereilt heraufzubeschwören, aber, wenn nicht etwa Deutschland Österreich im Zaum halten könnte, so könnte ich die Lage als verzweifelt ansehen."

Klarer kann man seine Absichten kaum aussprechen. Aus dieser Note lassen sich mehrere wichtige Tatsachen erkennen. Erstens, daß die englischen Staatsmänner im Beginn der Krise vor den möglichen Folgen erschraken und einen allgemeinen Krieg keineswegs wünschten, während Rußland im Gegenteil bereits

ganz entschlossen war, „einen Krieg auf alle Gefahr hin zu wagen". Das Gespräch, das in der Note mitgeteilt wird, beweist ferner, daß selbst der russische Minister nach seinen eigenen Worten nicht glaubte, daß Deutschland den Krieg wolle, und daß selbst der englische Botschafter die Notwendigkeit für Deutschland, den Krieg zu erklären, sobald Rußland mobilisierte, klar erkannte.

Als Sir Edward Grey am 23. Juli dem österreichischen Botschafter in London, Graf Mensdorff, vorhielt, zu welchen schrecklichen Folgen das Ultimatum führen könnte, da hatte Graf Mensdorff geantwortet, „das hinge ganz von Rußland ab". Das war so klar und unwidersprechlich, daß selbst Sir Edward Grey nur eine nichtssagende Antwort darauf zu geben wußte. Sir G. Buchanan hatte Herrn Ssasónow erklärt, daß „die direkten britischen Interessen in Serbien Null wären"; das gleiche konnte man von Frankreich sagen; und Deutschland hatte wiederholt erklärt, daß es auf dem Balkan keine Interessen hätte. Es bestand ein unzweifelhafter Konflikt zwischen Österreich und Serbien, weil von Serbien aus eine aufrührerische Bewegung auf österreichisch-ungarischem Gebiet angestiftet und unterstützt worden war, weil zum mindesten aus dem Lande Serbien, mit Hilfe serbischer Behörden und Offiziere, wenn nicht der Regierung, Mörder ausgesandt worden, die den österreichischen Thronfolger und seine Gattin getötet hatten. Rußland war kein Nachbarstaat Serbiens und hatte, wie bereits festgestellt, dort keine direkten Interessen zu vertreten, man wollte es denn ein

Interesse nennen, daß die russische Regierung, nachdem sie der serbischen bereits manchen schlechten Rat gegeben, sich verpflichtet fühlte, ihr noch verderblichere Schritte anzuraten. Serbien war, wie Graf Mensdorff zu Sir Edward Grey sagte, bis zum Balkankrieg stets als in der österreichischen Interessensphäre liegend betrachtet worden. Die österreichische Regierung hatte in förmlichster Weise erklärt, daß sie keine Gebietsvergrößerung auf Kosten Serbiens beabsichtigte. Selbst wenn das Vorgehen Österreichs dazu geführt hätte, daß Serbien wieder von der Monarchie abhängig geworden wäre, so würde damit nur ein Zustand wiederhergestellt worden sein, der durch lange Zeit und noch bis vor wenigen Jahren bestanden hatte. All dies war so vollkommen klar, daß Sir Edward Grey dem Grafen Mensdorff nichts zu antworten gewußt hatte und daß russische Diplomaten nur die „eisige Gleichgültigkeit" feststellen konnten, der die Klagen Serbiens in den englischen offiziellen Kreisen begegneten. In der Tat sagte der englische Botschafter in Wien Sir Maurice de Bunsen noch am 28. Juli zum Grafen Berchtold, „die englische Regierung habe mit lebhaftem Interesse den bisherigen Verlauf der Krise verfolgt und lege Wert darauf, die österreichische Regierung zu versichern, daß sie Sympathien für ihren Standpunkt hege und ihre Beschwerden („griefs") gegen Serbien vollkommen verstehe." (Rotbuch Nr. 41.) Es gab in jenen Tagen in der gesamten diplomatischen Welt, ja man könnte sagen in der Welt überhaupt niemanden, der nicht klar erkannt und empfunden hätte, daß die Entscheidung von Rußland abhing.

Als indessen im Verlauf der nächsten Tage oder vielmehr Stunden — so rasch spitzte sich die Lage zur Krisis zu — es klar wurde, daß Rußland zu einer Einmischung entschlossen war, da änderten Frankreich und England sogleich die Ansicht: mit einem Male hörte die Entscheidung auf, von Rußland abzuhängen, und die Verantwortung wurde schnell und so gewandt als möglich Deutschland aufgebürdet. In Paris wie in London fand man plötzlich, daß Deutschland verpflichtet wäre, seinen Einfluß in Österreich dahin geltend zu machen, daß die österreich-ungarische Regierung ihre Haltung, soweit sie Rußland mißfiel, ändern sollte.

Am 24. Juli teilte der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, dem Reichskanzler mit, daß Herr Ssasónow „sich in maßlosen Anklagen gegen Österreich ergangen und in der bestimmtesten Weise erklärt hätte, Rußland könne unter keinen Umständen zugeben, daß der österreich-serbische Zwist nur zwischen den beiden nächstbeteiligten Parteien ausgetragen würde". (Deutsches Weißbuch Nr. 4.)[1]) Darauf änderte auch die französische Regierung sofort ihren Ton[2]).

[1]) Man vergleiche die herausfordernde Sprache, die Herr Ssasónow gegenüber dem österreichischen Botschafter in Petersburg führte (in dessen Depesche vom 24. Juli, Rotbuch Nr. 14) mit der ruhigen Klarheit, mit der Graf Berchtold in seiner Note an den Botschafter (vom folgenden Tage, Rotbuch Nr. 20) den österreichischen Standpunkt vertrat und die Lage erwog und beleuchtete.

[2]) Herr Denys Cochin, der bekannte Abgeordnete der Rechten der französischen Deputiertenkammer, behauptete in einem Artikel des „Figaro" unter der Überschrift „Un Faux Allemand", daß das im Weißbuch mitgeteilte Datum des Telegramms eine Fälschung sein

**Diese Veränderung in der Haltung der englischen und der französischen Regierung ist höchst bemerkenswert und wichtig. Es war ein diplomatisches Trapezstück; so unsinnig es an sich war, doch listig erdacht: — unhaltbar und doch so wirksam: — „wär' der**

müßte, da die russischen Drohungen erst ausgesprochen worden, als eine von russischer Seite gestellte Bitte um Verlängerung der im österreichischen Ultimatum gesetzten Frist von der österreichischen Regierung abgelehnt worden war. Er schließt dies daraus, daß dieses Verlangen der russischen Regierung nach dem russischen Orangebuch (Nr. 15) am 24. Juli gestellt worden sei. Tatsächlich ist das Datum im russischen Orangebuch gefälscht, — wenn überhaupt eine Fälschung vorliegt und der Irrtum nicht auf russische Ungenauigkeit oder auch auf russische Unpünktlichkeit zurückzuführen ist — und Herr Denys Cochin ist, wie in andern Behauptungen des gleichen Artikels, auch in dieser vollkommen im Irrtum. Die Bitte um eine Fristverlängerung hatte der russische Geschäftsträger in Wien, Fürst Rudascheff, am 25. Juli an den Grafen Berchtold telegraphiert, der eben nach Ischl zum Kaiser gefahren war, so daß die abschlägige Antwort unmöglich eher als in später Stunde desselben Tages, also des 25. Juli, in der Russischen Botschaft in Wien, noch weniger aber im Ministerium des Äußern in Petersburg eingetroffen sein konnte. Die russischen Drohungen hingegen waren bereits am frühen Morgen des 25. von den Wiener Blättern veröffentlicht worden. Daraus geht klar hervor, daß die drohenden Äußerungen des russischen Ministers schon vor und nicht erst nach dem Ansuchen um eine Fristverlängerung gefallen waren, und der Versuch, der jetzt in Rußland und Frankreich gemacht wird, die drohende Haltung Rußlands auf die Verweigerung dieser Bitte durch die österreichische Regierung zurückzuführen, ist vollkommen verfehlt. Dieser Versuch ist um so unglücklicher, als der französische Botschafter in Wien, Herr Dumaine, in einer Note an das französische Ministerium des Äußern vom 25. Juli, die im Gelbbuch unter Nr. 45 veröffentlicht ist, nicht nur ausdrücklich den 25. Juli als den Tag der Telegramme angibt — es waren zwei Telegramme an den Grafen Berchtold gesandt worden, eins für unterwegs, das ihn in Lambach, also nahe dem Ende der Fahrt, erreichte, und eins nach Ischl —, sondern auch das Eingeständnis hinzufügt, daß Fürst Rudascheff sich von seinen Telegrammen nicht den geringsten Erfolg versprach; wörtlich: „Il n'en attend aucun effet."

Gedank' nicht so verflucht gescheit, man wär' versucht, ihn herzlich dumm zu nennen".

Die Sachlage war vollkommen klar. Wenn Frankreich und England, die in Serbien kein Interesse auf dem Spiele hatten, sich der russischen Anschauung anschlossen, nur weil Rußland ihr Freund und Verbündeter war, warum sollte Deutschland nicht das Recht haben, sich auf die Seite Österreichs, seines Freundes und Verbündeten, zu stellen, der überdies vollkommen im Recht war? Warum sollte auch Deutschland verhalten sein, blind Rußland zu folgen, das ihm weder befreundet noch verbündet und vollkommen im Unrecht war? Österreich hatte das größte Interesse an einer endgültigen Lösung der serbischen Frage. Österreich war schreckliches Unrecht getan worden; wenn die österreichische Regierung jetzt zurückwich und auf die notwendige Genugtuung verzichtete, so wäre Spott und Verachtung auf dem Balkan wie bei der eigenen Bevölkerung ihr Los gewesen — warum also sollte Deutschland verpflichtet sein, ihr einen Rat zu geben, von dem es wußte, daß es ein schlechter Rat gewesen wäre und daß die österreichische Regierung ihn niemals annehmen würde, wenn die deutsche nicht einen solchen Druck ausübte, daß sie sich dadurch die einzige sicher befreundete und verbündete Macht in Europa entfremdet hätte! Wir lassen es dahingestellt, ob solch eine Entfremdung zwischen den beiden Zentralmächten nicht vielleicht ein ganz erwünschter und nicht ganz unbeabsichtigter Erfolg dieser Schritte gewesen wäre; aber soviel ist jedenfalls klar: niemand hatte dem russischen

Reich irgendein Unrecht getan, niemand eine aufrührerische Propaganda in seinen Provinzen unterstützt, kein Großfürst war ermordet worden, es wurde von Rußland überhaupt nichts verlangt, als daß es sich ruhig verhalten sollte; und nur weil es das nicht wollte, sondern vorzog, kriegerische Drohungen auszusprechen, sollte Deutschland verpflichtet sein, sich der russischen Anschauung ohne weiteres anzuschließen, und weil es dies nicht konnte und nicht wollte, sollte „seine Haltung eine höchst bedrohliche sein!"

Warum und inwiefern? Eine verkehrtere, eine grundlosere Forderung konnte gar nicht gestellt werden. In der Einleitung des englischen Blaubuchs steht wörtlich zu lesen: „Alles hing in diesem kritischen Augenblick von Deutschland ab." Aber es wird auch nicht der leiseste Versuch gemacht, einen Grund für diese Behauptung anzuführen. Oder sollten etwa die unmittelbar darauffolgenden Worte die Begründung sein: „Wie der russische Minister des Auswärtigen ein wenig später sagte, der Schlüssel zur Lage mußte in Berlin gesucht werden." Dies ist eine Wiederholung der gleichen Phrase, aber kein Beweis. Daß irgendeine Tatsache von einem russischen Minister behauptet wird, dürfte wohl allgemein als ein nicht sehr geeignetes Mittel betrachtet werden, die Wahrheit dieser Tatsache zu erhärten[1]). Ich glaube, seit der Zeit des alten Potemkin würden die Herren selber über solch eine Annahme lächeln.

[1]) Im französischen Gelbbuch wird die gleiche Behauptung wiederholt, aber auch hier wird nicht die leiseste Begründung dafür geboten, oder auch nur versucht.

Warum also sollte die Entscheidung bei Deutschland liegen, warum „alles von Deutschland abhängen?" Hatte die deutsche Regierung gegen irgend jemanden Drohungen ausgesprochen? Weigerte sie sich, ruhig zu bleiben, wie die russische es tat? Sie weigerte sich nur, der österreichischen einen schlechten Rat zu geben oder einen Druck auf sie auszuüben, einzig und allein, weil Rußland dies wünschte. Sir Edward Grey sagt, er müsse gestehen, daß er nicht wüßte, was er tun sollte („that he felt helpless"). In der Einleitung zum Blaubuch sagt er — oder derjenige seiner Beamten, der diese Einleitung verfaßt —: „es sei keine Zeit gewesen, Rußland einen Rat zu geben." In dieser platten Ausflucht offenbart sich bereits die tiefe Unwahrhaftigkeit der amtlichen englischen Darstellung, die mit sehr gedankenlosen Lesern rechnet. Warum war keine Zeit, Rußland einen Rat zu geben? Braucht ein Telegramm von London nach Petersburg länger als nach Wien? Und wenn die englische Regierung nicht mehr Zeit hatte, der russischen, die noch keine Frist gestellt hatte, noch ihre letzte Entscheidung getroffen hatte, einen Rat zu geben, wie sollte da für die deutsche Regierung Zeit sein, der österreichischen zu raten, die ihre Entscheidung in der endgültigsten Form getroffen und ihre Forderungen befristet hatte, und die weder von ihrer Entscheidung noch von der Frist abstehen konnte, ohne sich lächerlich zu machen? Sir Edward Grey wird auf diese Fragen wohl auch nur die Antwort Falstaffs geben können: „Und wenn Gründe so billig wie Brombeeren wären, ich sage

keinem Menschen meine Gründe, der mich dazu drängen will!"

Es wird gut sein, bereits hier festzustellen, daß Deutschland, wenn es sich gleich weigerte, „auf die österreichischen maßgebenden Stellen in Wien einen Druck auszuüben" — dies hatte Sir Edward Grey wörtlich von ihm begehrt (Blaubuch Nr. 112) —, sich dennoch sehr bemühte, Österreich in der gewünschten Richtung zu beeinflussen. Die deutsche Regierung übermittelte nicht nur die englischen Vorschläge dem österreichischen Ministerium des Äußern, sondern sie tat auch alles, was sie konnte, um eine direkte Aussprache zwischen der russischen und der österreichischen Regierung zu erleichtern; schließlich wendete sich der Deutsche Kaiser an den Zaren. Das deutsche Weißbuch enthält als Nr. 16 ein Telegramm des deutschen Botschafters in Wien an den Reichskanzler vom 28. Juli, in dem es heißt: „Graf Berchtold bittet mich, Euer Exzellenz seinen verbindlichen Dank für die Mitteilung des englischen Vermittlungsvorschlages zu sagen." Das österreichische Rotbuch veröffentlicht als Nr. 44a eine Note des Grafen Berchtold an die Botschafter in London, Petersburg, Paris und Rom vom 29. Juli, in der er sie davon in Kenntnis setzt, daß die österreichische Regierung sich zu ihrem großen Bedauern genötigt sehe, die ihr durch den deutschen Botschafter Herrn von Tschirschky übermittelten englischen Vorschläge abzulehnen. Eigene Vermittlungsvorschläge des Reichskanzlers, die nach dieser Ablehnung der österreichischen Regierung eine weitere Einschränkung des Kriegsziels in Serbien auf die

Sicherung von Bürgschaften und eine Erklärung über diese Einschränkung anrieten, sind in einer Note Sir E. Goschens an Grey im englischen Blaubuch Nr. 75 mitgeteilt. Das österreichische Rotbuch enthält als Nr. 47 eine Note des österreichischen Botschafters in Petersburg, Grafen Szápáry, in der er dem Grafen Berchtold mitteilt, daß der deutsche Botschafter Graf Pourtalès versöhnliche Schritte bei der russischen Regierung getan habe. All dies geht nicht nur aus den veröffentlichten Akten hervor, wir können sogar das unanfechtbare Zeugnis des belgischen Geschäftsträgers in Petersburg, Herrn de l'Escaille anführen, der am 30. Juli an seine Regierung schrieb: „Es ist unbestreitbar, daß Deutschland hier sowohl wie in Wien versucht hat, einen Ausweg zu finden und den allgemeinen Krieg vermeidlich zu machen." „Ce qui est incontestable c'est que l'Allemagne s'est efforcée de trouver un moyen quelconque d'éviter un conflit général mais qu'elle a rencontré d'un côté l'obstination du cabinet de Vienne à ne pas faire un pas en arrière et de l'autre la méfiance du cabinet du St. Pétersbourg devant les assurances de l'Autriche-Hongrie."[1])

Die Einleitung zum englischen Blaubuch ist selbstverständlich erst nachträglich verfaßt worden. Aber in den Noten selbst, die im Blaubuch gesammelt und

[1]) Die Stelle findet sich in einem Brief, der mit der Post an die Deckadresse „Madame Costermans, 107 rue Froissard, Bruxelles, Belgique" gesandt war und nach dem Beginn der Feindseligkeiten in Deutschland konfisziert und geöffnet wurde; es zeigte sich, daß er ein Schreiben an Herrn Davignon, den belgischen Minister des Äußern, enthielt.

veröffentlicht sind, tritt diese künstliche Verschiebung der Verantwortlichkeit von Rußland auf Deutschland klar hervor, und alle Mühe, sie durch die Anordnung und Auswahl der Noten zu verbergen, ist vergeblich. Irgendein Vorwand mußte natürlich gefunden, irgendein Interesse Rußlands konstruiert werden, das es zur Intervention zwang. Und da ein solches Interesse in der Tat nicht vorhanden war, so mußte eine Fiktion herhalten. Diese Fiktion lag auch schon bereit. Schon am 24. Juli hatte Sir Edward Grey an den englischen Botschafter in Paris Sir F. Bertie geschrieben; daß „Rußland durch die öffentliche Meinung gezwungen sein würde, einzugreifen, falls Österreich Serbien angreifen sollte". Das gleiche Argument wird auch an den folgenden Tagen in mehreren englischen Noten wiederholt, es wurde auch, wenn ich nicht irre, im englischen Parlament vorgebracht.

Also die öffentliche Meinung in Rußland ist schuld! Als ob die öffentliche Meinung in Rußland irgend etwas zu sagen hätte! Oder vielmehr als ob, wenn die öffentliche Meinung in Rußland irgendwelche Macht hätte, die gegenwärtige Regierung, das ganze gegenwärtige Regierungssystem auch nur einen Tag länger Bestand haben könnte! Und wenn es eine öffentliche Meinung in diesem Sinne in Rußland gäbe, die das Drängen der russischen Regierung zum Kriege entschuldigen könnte, wieviel mehr müßte dann die öffentliche Meinung in Österreich — die wirklich bestand und den Krieg gegen Serbien forderte — die österreichische Regierung rechtfertigen! Diese Beru-

fung auf die russische öffentliche Meinung ist grotesk. Die russische öffentliche Meinung ist nichts weiter als eine Gliederpuppe, die hervorgeholt und künstlich bewegt wird, wenn die russische Regierung die Verantwortung für irgendeinen Schritt nicht selbst nach außen hin übernehmen will, die aber ganz unfähig ist, von selber irgend etwas zu verlangen oder gar zu erreichen. So oft die wirkliche öffentliche Meinung in Rußland einen Wunsch zu äußern versucht, mit dem die Regierung nicht einverstanden ist, wird die betreffende Zeitung bestraft oder unterdrückt; wenn sie ihre Stimme in einer Versammlung zu erheben wagt, wird sie von Kosaken niedergetreten. Die „öffentliche Meinung" in Rußland, auf die Herr Ssasónow und Sir Edward Grey sich berufen, bedeutet nichts weiter, als Zeitungsartikel, die die russische Regierung bestellt oder doch zu drucken gestattet hat; die russische öffentliche Meinung ist von der russischen Regierung abhängig, nicht aber die russische Regierung von ihr. Sir Edward Grey weiß dies natürlich sehr genau, aber der englische Zeitungsleser weiß es nicht. Die Mehrzahl der englischen Zeitungsleser ist über die Zustände fremder Länder so wenig unterrichtet, daß man ihm solche Märchen leicht aufbinden kann, und da er weiß, daß in seinem Lande die öffentliche Meinung eine Macht ist, so ist er gerne zu glauben bereit, daß dies auch in Rußland der Fall sei, und daß die russische Regierung dadurch sehr gegen ihren Willen gezwungen wurde, einzugreifen, wie ungern sie auch den Weltfrieden stören mochte. So wird die Fiktion einer

„öffentlichen Meinung in Rußland" als ein Mittel verwendet, die öffentliche Meinung in England irrezuführen.

Hinter dieser Fiktion verbirgt sich indessen eine Idee, eine weltbekannte und in gewissen Schichten der russischen Gesellschaft weit verbreitete Idee, die selbst wieder eine ungeheuerliche politische Fiktion ist. Jeder weiß, daß Fiktionen, ja völlig inhaltlose Wahnvorstellungen in der Geschichte eine Macht sein können; und da ihre Macht darauf beruht, daß man sie für Wahrheiten hält, so ist es wahrhaftig an der Zeit, darzulegen, daß diese Fiktion, die in der europäischen Geschichte des letzten Jahrhunderts eine Rolle gespielt hat, nur eine künstliche und verderbliche Wahnvorstellung ist. Es ist die Fiktion, das Wahngebilde des Panslawismus, die Fiktion, daß Rußland die „göttliche Sendung" habe, alle slawischen Völker unter seiner väterlichen und wohltätigen Herrschaft zu vereinigen. Im Namen der panslawistischen Idee, im Namen dieser Fiktion, erklärte Rußland sich für verpflichtet, für Serbien einzutreten. Wenn die panslawistische Idee wirklich eine solche der Gemeinsamkeit der Brüderschaft aller Slawen wäre, so dürfte niemand etwas dawider einzuwenden haben. Da aber unter diesem Namen und Deckmantel nichts anderes gemeint und nichts anderes beabsichtigt ist, als die Ausbreitung der russischen Gewaltherrschaft, so kann und muß man das Wort Panslawismus, wenigstens so wie es bisher gebraucht wurde, als eine gefährliche Lüge derjenigen, die es verbreiten, als eine verderbliche Wahnvorstellung derjenigen, die es aufnehmen,

bezeichnen. Die slawischen Völker, die bereits die Opfer der göttlichen Sendung Rußlands geworden sind, die Polen, die Ukrainer, wissen davon zu erzählen. Folter und Galgen, Verbannung, der Raub aller politischen Rechte, grausamste Unterdrückung, selbst ihrer Sprache, ihres Glaubens, das Auspeitschen der Männer und die Vergewaltigung der Frauen zu Hunderten, weil sie nicht orthodox werden wollten, ist bisher das Los derer gewesen, die die Segnungen des Panslawismus erfahren haben. Man braucht nur die veröffentlichten Berichte der englischen Konsuln in Polen zu lesen. Man braucht nur die Polen, die Ukrainer, ja die Russen selbst zu fragen, was sie von ihrer Regierung denken. Polen, Kaukasier, Armenier, Finnländer, und welche Nation immer das schreckliche Schicksal erfahren, dem russischen Reich einverleibt zu werden, können Antwort auf die Frage geben, was der Panslawismus wirklich bedeutet. Es ist eine unerlaubte Groteske, wenn Rußland sich als den Beschützer anderer slawischer Völker und ihrer Unabhängigkeit aufspielt; es ist ungefähr so, wie wenn Medea ein Inserat aufgeben wollte, daß sie fremde Kinder zu adoptieren wünscht und sich darauf berufen würde, wie gut sie ihre eigenen behandelt und versorgt hat.

Sollte es nicht billig sein, von der russischen Regierung zu verlangen, daß sie zunächst ihre eigenen Untertanen von schwerer Bedrückung und unsäglichem Leid befreie, bevor sie an die Befreiung anderer Völker denkt? Daß der Zar zunächst seinen Eid halte, die Verfassung und Unabhängigkeit Finnlands zu ach-

ten, bevor er für die Unabhängigkeit Serbiens eintritt? Daß er zunächst Tausende seiner eigenen Untertanen befreie, die unschuldig in den schauerlichen Gefängnissen am Ladogasee oder in den sibirischen Schneewüsten eines langsamen Todes sterben, bevor er sich zum Schützer der Anstifter des Mordes von Sarajevo aufwirft?

Man könnte es einen glücklichen Zufall nennen, daß die ungeheuerliche Lüge, die unter dem Namen der „göttlichen Sendung" Rußlands in die Welt posaunt wird, während des zweiten Balkankrieges einigen der auserſehenen Opfer, und, soweit sie Augen hatte, zu sehen, auch der ganzen Welt enthüllt wurde. Russische Staatskunst hatte den Balkanbund ersonnen und den Balkankrieg hervorgerufen. Aber als die russische Regierung sah, daß die Bulgaren — eines der glücklichen von ihm befreiten Völker — allzu siegreich waren, daß sie im Begriffe standen, sich früher oder später in Besitz der türkischen Hauptstadt zu setzen, die Rußland für sich selbst begehrte, alsobald änderten auch die russischen Beschützer ihre Haltung, und die ganze Welt konnte mit Staunen sehen, wie die „russischen Beschützer" die Bulgaren ihren „Brüdern" und alten Feinden, den Serben, und selbst denjenigen Stämmen, die die natürlichen Feinde der Slawenrasse auf dem Balkan sind, den Rumänen und den Griechen preisgaben. Rußland blieb passiver Zuschauer des Krieges, in dem die geliebten Brüder sich untereinander abschlachteten und schwächten und durch den insbesondere Bulgarien gedemütigt und des besten Teiles seiner Eroberungen beraubt wurde. Hier zeigte

der russische Panslawismus sein wahres Gesicht. Das Verbrechen war wie so oft zugleich ein Fehler: der Balkanbund zerfiel, und eine Million Soldaten zählte nicht mehr in den Berechnungen der Triple-Entente für den gegenwärtigen Krieg. Die Bulgaren vergaßen den Verrat nie: sie näherten sich Österreich und der Türkei.

Von den 48 Millionen, die Österreich-Ungarn bewohnen, gehören 23 Millionen der slawischen Rasse an. Sie ist die zahlreichste in der Monarchie. Im österreichischen Parlament ist die Zahl der slawischen Abgeordneten die größte; sie sind stets durch mehrere Minister slawischer Nationalität im Kabinett vertreten. Der ermordete Erzherzog hatte eine Frau aus einem alten slawischen Geschlecht geheiratet. Generale von slawischem Blut führen die österreich-ungarischen Armeen in die Schlacht gegen die Russen. Selbst in Ungarn, wo die Slawen einen geringeren Prozentsatz der Bevölkerung bilden und nicht die gleiche Stellung wie in Österreich einnehmen, haben sie Rechte, wie sie die Untertanen Rußlands nicht in ihren kühnsten Träumen hoffen können. Beinahe jeder Slawenstamm in Österreich-Ungarn besitzt eine eigene Universität; eine tschechische Universität in Prag, eine polnische in Krakau, eine polnisch-ruthenische in Lemberg, eine kroatische in Agram usw.; alle besitzen Gymnasien und andere höhere Schulen in ihrer eigenen Sprache, von Volksschulen nicht zu reden. Aber nicht ein slawisches Volk unter russischer Herrschaft besitzt eine eigene Universität. In Warschau, der Hauptstadt Polens, werden alle Vorlesungen in russischer Sprache gehalten; die polnische Unterrichtssprache

ist, wie in allen niederen Schulen, streng verboten. Mit weit größerem Recht als Rußland darf die österreich-ungarische Monarchie sich die Freundin und Schutzherrin der slawischen Völker nennen. Die serbische Sprache würde sogleich aus allen Universitäten und aus allen Hochschulen und anderen Anstalten verschwinden, wenn Serbien durch Rußland mit seinen slawischen Brüdervölkern vereint würde.

Der russische Panslawismus ist nur ein Deckmantel, eine lächelnde Maske für die Ausdehnungsgelüste des Russenreiches, für die Raubgier, die alle Völker an seinen Grenzen früher oder später verschlingen und unterjochen möchte, wobei es der russischen Regierung völlig gleichgültig ist, ob diese Völker Slawen, Deutsche, Schweden oder Mongolen oder welcher Rasse immer sonst sein mögen.

Diese ständige Tendenz des russischen Reiches, sich zu erweitern, ist eine Art politischen Axioms geworden. Man kann Schriftsteller, Historiker wiederholen hören, daß es für Rußland eine Notwendigkeit sei, sein Gebiet beständig auszudehnen. Es braucht eben nur irgend jemand den Mut zu haben, den haltlosesten Satz mit einem gewissen Nachdruck auszusprechen, so sind andere sofort bereit, ihn nachzusprechen, und sehr bald wird er als eine Wahrheit hingenommen, die eines Beweises nicht weiter bedarf. Aus welchem Grunde sollte Rußland genötigt sein, sein Gebiet noch zu erweitern? Etwa, weil sein Gebiet ohnedies schon das weiteste und zugleich am dünnsten bevölkerte ist? [1]) Oder etwa,

[1]) 19 Einwohner auf den Quadratkilometer (in den asiatischen Besitzungen 1,3) gegen 72 in Frankreich, 87 in Österreich, 120 in Deutschland.

weil auf diesem ungeheuren Gebiet die weitesten Bodenstrecken noch nicht bebaut und auf den urbar gemachten Ländereien[1]) die Bebauung die mindest intensive ist? Oder sollte es nötig scheinen, das der russischen Verwaltung unterstehende Gebiet zu erweitern, weil diese Verwaltung die verdorbenste, die drückendste, die unfähigste in Europa ist? Ist es nicht Wahnsinn, immer neue fürchterliche Fragen der äußeren Politik aufzurollen, wo noch keine innere Frage gelöst, keine Organisation vollendet ist? Oder ist es ein Grund, die Ausdehnung fortzusetzen, weil bereits so viele Völker dadurch zu den unglücklichsten der Erde geworden sind? Man sollte glauben, es wäre Zeit, daß eine Regierung, eine Verwaltung gleich der russischen sich zurückziehe, daß sie aus der Welt verschwinde, nicht, daß sie ihren Wirkungskreis noch erweitere!

Rußland hat keinerlei wirkliche Interessen auf dem Balkan. Der russische Handel auf dem Balkan, Einfuhr wie Ausfuhr, ist bedeutungslos. Rußlands moralisches oder ideales Interesse an den Balkanvölkern ist Lüge. Rußland hat auf dem Balkan nur ein Interesse, gegen Österreich und die Türkei Ränke zu spinnen. Sein Interesse ist rein destruktiv. Man kann es natürlich ein Interesse am Hause seines Nachbarn nennen, wenn man die Absicht hat, darin einzubrechen.

In diesem Sinn hat Rußland ein altes Interesse an Konstantinopel und an den Dardanellen; aber wieviel

[1]) 20% des ganzen Reichsgebiets gegen 35% in Österreich, 40% in Deutschland, 48% in Frankreich.

klarer, um wie vieles berechtigter ist dann das Interesse Italiens an Malta oder das Spaniens an Gibraltar?

Die Staatsmänner der Triple-Entente wußten wohl, daß der russische Standpunkt uneinnehmbar war. Der englische Botschafter in Wien schrieb am 26. Juli an Sir Edward Grey: „Der französische und der russische Botschafter waren heute beide bei mir ... Sie bezweifelten, daß das Prinzip, daß Rußland ein interessierter Teil sei und ein Recht habe bei der Erledigung einer rein österreichisch-serbischen Streitfrage mitzusprechen, von der österreichisch-ungarischen wie von der deutschen Regierung anerkannt werden würde." (Engl. Blaubuch Nr. 40.)

So war es auch und konnte unmöglich anders sein.

Erst am 28. Juli erklärte Österreich Serbien den Krieg. Die österreichische Regierung hatte, obwohl sie formell die Forderung nach einer Fristverlängerung abgelehnt hatte, Serbien tatsächlich noch drei Tage Zeit gegeben. Aber Serbien hatte, wie wir sahen, bereits am 25. Juli um 3 Uhr nachmittags, noch ehe dem österreichischen Gesandten die serbische Antwortnote überreicht worden war, die allgemeine Mobilisierung angeordnet. (Österreich. Rotbuch Nr. 23 und 24.)

Es scheint, daß während der nächsten achtundvierzig Stunden, mit Ausnahme der russischen Regierung, alle beteiligten Staatsmänner den ernsthaften Wunsch hatten, den Konflikt zu lokalisieren. Eine Konferenz der Großmächte wurde angeregt, aber auch dieser Vorschlag wurde in einer sonderbar unlogischen und unannehmbaren Form gemacht. Der italienische Minister des

Äußern, der verstorbene Marchese di San Giuliano hatte einen, wie es scheinen sollte, vortrefflichen Ausweg gefunden: er sagte, „er sehe keine Möglichkeit für Österreich, von irgendeinem Punkt in seiner Note an Serbien abzugehen, aber er glaube wohl, daß Österreich sich auch jetzt noch damit zufrieden geben würde, wenn Serbien sie annehme; und wenn Österreich erwarten dürfte, daß die Mächte hierzu raten würden, dann würde Österreich wohl auch ein schärferes Vorgehen verschieben. Serbien aber könnte auf den Rat der vier an der Konferenz beteiligten Mächte bewogen werden, die Note in ihrer Gänze anzunehmen, und könnte dann sagen, es hätte sich dem Wunsche Europas gefügt, nicht den Forderungen Österreich-Ungarns allein." (Note des englischen Botschafters Gesandten in Rom, Sir Renell Rodd, an Sir Edward Grey vom 27. Juli 1914; Blaubuch Nr. 57.) Es ist klar, daß der italienische Staatsmann diesen Vorschlag nicht gemacht hätte, wenn er sich nicht vorher der Zustimmung der österreichischen Regierung versichert hätte. Es scheint aber, daß die andern Großmächte ihre Zustimmung nicht gaben. Rußland wünschte keine Konferenz, die Serbien zur Nachgiebigkeit bewegen sollte: es wünschte eine Konferenz nur, um Österreich zu demütigen. Wieder wurde die unlogische und verkehrte Forderung aufgestellt, daß der Großstaat, dem Unrecht geschehen war, gezwungen werden sollte, sich einer Konferenz zu fügen, während dem kleinen Staat, der das Unrecht begangen und überdies durch seine Nachgiebigkeit kein Prestige zu verlieren hatte, dies erspart werden sollte. Die unvermeidliche Folge war,

daß Österreich eine Konferenz ablehnen mußte, die es als zu dem einzigen Zweck berufen erkannte, die Entscheidung gegen Österreich zu fällen. Wie konnte man verlangen, daß Österreich für sich selbst akzeptiere, was Rußland nicht einmal für das kleine Serbien akzeptieren wollte?

Es ist bereits gesagt worden, daß allem Anschein nach die englischen Staatsmänner sich in diesem Augenblick sehr ernstlich um die Erhaltung des Friedens bemühten. Sie mußten dies schon deshalb tun, weil sie vor dem englischen Parlament einen schlechten Stand gehabt hätten, wenn sie nicht nachweisen konnten, daß sie in dieser Richtung ihr Äußerstes getan. Sie hatten den Krieg durch Jahre vorbereitet; ihre Flotte war bei Spithead versammelt; aber sie hatten auch Grund zu glauben, daß der gegenwärtige Zeitpunkt für einen allgemeinen Krieg gegen Deutschland nicht so günstig war, wie es ein späterer sein konnte. Daß es der deutschen Regierung mit der Erhaltung des Friedens ernst war, geht selbst aus Äußerungen englischer Staatsmänner hervor, die im englischen Blaubuch veröffentlicht sind (Nr. 76 und 159).

Aber alle Versuche, den Frieden zu erhalten, ob sie nun aufrichtig gemeint waren oder nicht, mußten vergeblich bleiben, weil Rußland seine Mobilisierung fortsetzte. Es geschah genau das, was der englische Botschafter in Petersburg, Sir G. Buchanan, vorausgesagt hatte, als er am 25. Juli „den russischen Minister des Auswärtigen warnte, daß, falls Rußland mobilisierte, Deutschland nicht bloß mobilisieren, noch Rußland Zeit geben würde, seine Mobilisierung durchzu-

führen, sondern sogleich den Krieg erklären würde". (Engl. Blaubuch Nr. 17.) Deutschland war durch die ausdrücklichen Bestimmungen des Bündnisvertrages verpflichtet, Österreich im Falle eines russischen Angriffes beizustehen; außerdem mußte es daran denken, die weitgestreckte, durch keine Festung geschützte Grenze Ostpreußens gegen einen plötzlichen Angriff von seiten Rußlands zu sichern. Es war ganz unmöglich, Rußland seine ungeheuren Heeresmassen in Frieden aufstellen zu lassen und geduldig zu warten, bis es ihm beliebte, den Krieg zu erklären. Die englische Regierung war hiervon verständigt worden. Am 31. Juli telegraphierte Sir Edward Goschen an Sir Edward Grey: „Der Kanzler teilt mir mit, daß seine Bemühungen, in Wien Frieden und Mäßigung zu predigen, durch die russische Mobilisierung gegen Österreich ernstlich behindert sind. Er hat sein möglichstes getan, um diesen Zweck in Wien zu erreichen, vielleicht sogar mehr, als auf dem Ballplatz angenehm war. Aber unmöglich könne er sein Vaterland ungeschützt lassen, während die andern Mächte die Zeit benutzten; und wenn, wie er eben hört, Rußland bereits auch militärische Maßnahmen gegen Deutschland trifft, so würde er nicht untätig bleiben können. Er wünsche, mich darauf aufmerksam zu machen, daß die deutsche Regierung in kürzester Zeit, vielleicht noch heute, sehr ernste Schritte tun würde; er begebe sich in der Tat eben zu einer Audienz beim Kaiser." (Blaubuch Nr. 108.)

Die russische Regierung, die von Anfang an erklärt hatte, daß „wenn sie der Unterstützung Frank-

reichs sicher sei, sie den Krieg auf alle Gefahr wagen würde", arbeitete jetzt rasch auf einen Ausbruch hin. Am 28. Juli, also zwei Tage bevor die eben zitierte Unterredung Goschens mit dem deutschen Kanzler stattfand, hatte Herr Ssasónow an Herrn Iswolski geschrieben: „Da wir die Wünsche der deutschen Regierung nicht erfüllen können, so bleibt uns nichts übrig, als uns zu bewaffnen und mit dem Krieg zu rechnen, der nun unvermeidlich ist. Informieren Sie die französische Regierung hiervon." (Russ. Orangebuch Nr. 58.) Die deutschen Wünsche waren lediglich die gewesen, daß Rußland nicht weiter mobilisieren und Österreich und Serbien ihren Streitfall allein austragen sollten. Daß die russische Regierung, während sie selbst zum Kriege drängte, den Versuch machte, die Verantwortung Deutschland zuzuschieben, wobei sie von den Regierungen und der Presse der verbündeten Staaten unterstützt wurde, mag als ein Verfahren erscheinen, das im gleichen Fall zu allen Zeiten und von allen Staaten versucht worden ist. Aber die Art und Weise, in der die russische Regierung die deutsche über ihre wirkliche Haltung und ihre Absichten zu täuschen versuchte, war merkwürdig asiatisch.

Der Deutsche Kaiser, der erst am 26. Juli aus Norwegen zurückgekehrt war, sandte am 28. eine Depesche an den Zaren, in der er seine Meinung über den serbischen Mord aussprach und dem Zaren vorstellte, daß es ihr gemeinsames Interesse als Monarchen, als Herrscher sei, die für den Mord verantwortlichen Personen nicht ungestraft zu lassen. Er versicherte dem Zaren, daß er seinen ganzen Einfluß in Wien

aufböte, um eine friedliche Verständigung mit Rußland zu ermöglichen, und sprach die Hoffnung aus, daß der Zar selbst ihn hierbei unterstützen werde. Der Zar antwortete am folgenden Tag mit einem Telegramm, in dem er den Deutschen Kaiser beschwor, ihm zu helfen: „Ein schmählicher Krieg sei gegen ein kleines Land erklärt worden; er würde dem Druck, den man auf ihn ausübe, nicht widerstehen können und gezwungen sein, Maßregeln zu ergreifen, die zum Kriege führen könnten. Um solches Unheil zu verhüten, beschwöre ich dich im Namen alter Freundschaft, alles zu tun, was in deinen Kräften steht, um deinen Bundesgenossen zu verhindern, daß er zu weit gehe." Der Kaiser antwortete noch am gleichen Tag, daß er Österreichs Vorgehen nicht schmählich finden könne; serbische Versprechungen auf dem Papier hätten sich jederzeit als wertlos erwiesen; und nachdem das österreichische Kabinett feierlich erklärte, daß es nicht nach Gebietserweiterung auf Kosten Serbiens strebe, könnte Rußland sehr wohl ein Zuschauer bleiben, ohne Europa in den schrecklichsten Krieg zu stürzen, der je gewesen. Seine Regierung tue ihr Äußerstes, um eine direkte Verständigung zwischen Österreich und Rußland herbeizuführen, aber ihre Vermittlung würde durch die militärischen Vorkehrungen Rußlands unmöglich gemacht. Diese Vorkehrungen seien geeignet, die Katastrophe zu beschleunigen, die beide Monarchen zu verhindern wünschten.

Am nächsten Tage sandte der Kaiser eine zweite Depesche, die folgenden Wortlaut hatte: „Mein Botschafter ist angewiesen, deine Regierung auf die Ge-

fahren und schweren Konsequenzen einer Mobilisation hinzuweisen, das gleiche habe ich dir in meinem letzten Telegramm gesagt. Österreich-Ungarn hat nur gegen Serbien mobilisiert, und zwar nur einen Teil seiner Armee. Wenn Rußland, wie es jetzt nach deiner und deiner Regierung Mitteilung der Fall ist, gegen Österreich-Ungarn mobil macht, so wird die Vermittlerrolle, mit der du mich in freundschaftlicher Weise betrautest, und die ich auf deine ausdrückliche Bitte angenommen habe, gefährdet, wenn nicht unmöglich gemacht. Die ganze Schwere der Entscheidung ruht jetzt auf deinen Schultern, sie haben die Verantwortung für Krieg oder Frieden zu tragen.

Wilhelm."

Bereits zwanzig Minuten später traf die Antwort des Zaren ein: „Ich danke dir von ganzem Herzen für deine rasche Antwort. Ich schicke Tatitscheff heute abend mit Instruktionen. Die militärischen Vorkehrungen, die jetzt getroffen werden, wurden bereits vor fünf Tagen, jedoch nur als eine Verteidigungsmaßregel gegen die österreichischen Rüstungen beschlossen. Ich hoffe von ganzem Herzen, daß diese Maßregeln deine Vermittlung nicht beeinflussen werden, auf die ich den größten Wert lege. Wir brauchen deinen starken Druck auf Österreich, um es zu einer Verständigung mit uns zu bewegen. Nikolaus."

Diese fünf Telegramme sind im deutschen Weißbuch unter Nr. 20, 21, 22, 23, 23a veröffentlicht. Im russischen Orangebuch sind sie sorgfältig weggelassen[1]).

[1]) Auch im deutschen Weißbuche wurde ein Telegramm des Zaren ausgelassen, in dem dieser dem Kaiser nicht etwa vorschlug, sondern nur

**Man kann es nicht anders als schmählichen Trug von seiten derer nennen, die den Zaren zur Sendung dieses Telegramms veranlaßten, während Rußland bereits an allen Grenzen und in seinem ganzen Gebiet mobilisierte. Und wenn diese Mobilisierung als eine Verteidigungsmaßregel gegen Österreich bezeichnet wird, das nur einige wenige Armeekorps gegen Serbien mobilisiert hatte, so war dies gleichfalls Trug. Besonders beachtenswert in diesen Telegrammen erscheint, daß man den Zaren am 30. Juli sagen ließ, diese Maßregeln wären bereits vor fünf Tagen, also am 25. Juli beschlossen worden, während am 27. der deutsche Botschafter in Petersburg dem Kanzler telegraphiert: „Der Kriegsminister (Suchomlinow) hat dem deutschen Militärattaché sein Ehrenwort gegeben, daß kein Mobilisierungsbefehl ergangen, kein Reservemann einberufen, kein Pferd ausgehoben worden sei!" (Deutsches Weißbuch Nr. 11.)[1]**

---

andeutungsweise erwähnte, daß der österreichisch-serbische Streitfall ja auch durch das Haager Schiedsgericht geschlichtet werden könnte; und von russischer Seite ist diese Auslassung — deren sie sich ja selbst in gleicher Weise schuldig gemacht — gegen das deutsche Weißbuch angeführt worden. Die Hindeutung konnte angesichts der Sachlage nicht ernst gemeint sein und ist dem Zaren wohl nur geraten worden, um ihn seines Haager Spielzeuges froh zu machen. Oder gibt es einen Vernünftigen in der Welt, der zweifelt, daß niemand die Haager Ideen insgeheim mehr verhöhnt hat, als die schlauen und gewalttätigen Verächter aller Rechte, die die Petersburger Politik leiteten?!

[1]) Mit welcher Stirn russische Staatsbeamte das Gegenteil selbst der offenbaren Wahrheit aussprechen, ist bekannt; eine Tatsache, die sich vor kurzem zutrug, hat sie neuerlich erhärtet: der russische Gesandte in der Schweiz erklärte in einem Brief an das „Berner Tageblatt", es wäre kein österreichischer noch deutscher Kriegsgefangener nach Sibirien gebracht worden; das zu einer Zeit, als die russische

Am nächsten Tag, dem 31. Juli, wurde in Deutschland der Zustand der Kriegsgefahr verkündet und an die russische Regierung ein Ultimatum geschickt, mit der Forderung, daß sie die Mobilisierung innerhalb zwölf Stunden einstellen sollte, desgleichen eine an Frankreich, das, mit einer achtzehnstündigen Frist für die Antwort, anfragte, ob Frankreich im Falle eines deutsch-russischen Kriegs neutral bleiben würde.

Da von Rußland keine Antwort erfolgte, Frankreich aber erwiderte, es werde tun, was seinem Interesse entspräche, erklärte das Deutsche Reich am folgenden Tage, dem 1. August 1914, Rußland den Krieg.

## Drittes Kapitel

# Die englischen und französischen Akten über den Kriegsausbruch

### Das englische Blaubuch

Es ist im vorhergehenden Abschnitt gezeigt worden, daß die friedliche Lösung oder mindestens die Lokalisierung der serbischen Frage ganz in Rußlands Händen lag, während die englischen und russischen Vertreter plötzlich und ohne jeden haltbaren Grund behaupteten, daß alles von Deutschland abhinge.

Es ist weiterhin gezeigt worden, daß die Dinge genau so eintrafen, wie der englische Botschafter in Petersburg sie zu Beginn der Krise vorausgesagt hatte,

---

Presse bereits offen die Schilderung der Transporte brachte und wir schon Briefe von Freunden, österreichischen Offizieren, erhalten hatten, die sich dort befanden.

als er den russischen Minister warnte, „den Krieg nicht durch Mobilisierung heraufzubeschwören", denn „wenn Rußland mobilisierte, würde Deutschland nicht nur mobilisieren, noch Rußland Zeit geben, seine Mobilisierung durchzuführen, sondern vermutlich sogleich den Krieg erklären". (Blaubuch Nr. 8 u. 17.) Die deutsche Regierung handelte nicht nur genau so, wie es der englische Staatsmann, sondern auch wie sie selber voraus erklärt hatte. Denn obschon Herr von Jagow noch am 25. Juli sagen konnte, er „habe der russischen Regierung zu verstehen gegeben, ein allgemeiner Krieg sei wahrhaftig das letzte, was Deutschland wünsche" (Note Sir H. Rumbolds, Blaubuch Nr. 18), und der Kanzler am 28. Juli: „Ein Krieg zwischen den Großmächten muß vermieden werden" (Note Sir E. Goschens, Blaub. Nr. 71), war der Botschafter dennoch am 27. Juli durch den Staatssekretär ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht und gewarnt worden, daß „wenn Rußland im Norden mobilisiere, Deutschland das gleiche tun müßte, da es sich sorgfältig davor hüten müßte, überfallen zu werden" (Note Sir E. Goschens, Blaub. Nr. 43), und am 30. Juli hatte der Staatssekretär hinzugefügt, „bis auf die Rückberufung beurlaubter Offiziere habe die kaiserliche Regierung bis jetzt keinerlei besondere militärische Vorbereitungen getroffen. Es würde indessen bald etwas geschehen müssen, sonst könnte es zu spät werden, und wenn Deutschland mobilisiere, müßte es an drei Seiten mobilisieren. Er bedauere dies, da Frankreich, wie er wohl wisse, den Krieg nicht wünschte, es wäre indessen eine militärische Notwendigkeit" (Note Sir E. Goschens, Blaub. Nr. 98).

Aus alledem ergibt sich, daß die Handlungsweise der deutschen Regierung während der Krise gar nicht aufrichtiger und konsequenter hätte sein können, als sie es war. Ihre Schritte entsprachen vollkommen dem, was Sir G. Buchanan als die notwendige Folge der Schritte Rußlands vorausgesagt hatte. Da er seine Meinung seiner Regierung nicht vorenthalten, und die britischen Vertreter in Berlin sie von den eben erwähnten Äußerungen gleichfalls unterrichtet hatten, konnte Sir E. Grey von den Ereignissen nicht überrascht sein.

Es müssen hier zwei anscheinend kleine aber sehr wichtige psychologische Indizien erwähnt werden: Sir E. Goschen berichtet, daß er am 29. Juli, als die Aussichten sich immer mehr verdüsterten, den deutschen Staatssekretär Herrn v. Jagow „sehr niedergeschlagen" fand (Blaubuch Nr. 76); und am nächsten Tag berichtet Sir G. Buchanan, daß der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès „vollkommen zusammenbrach, als er sah, daß der Krieg unvermeidlich wurde". (Blaubuch Nr. 97.)

Wenn die Männer der deutschen Regierung den Krieg gewünscht hätten, wären sie so unglücklich gewesen, als sie ihn unvermeidlich sahen? Sie hätten über den Erfolg ihrer Staatskunst jubeln müssen, wie Herr Ssasónow, der lässig sagte, „er sei der beständigen Mühe, die er sich gäbe, den Krieg zu vermeiden, vollkommen müde" (Note G. Buchanans vom 1. August 1914, Blaubuch Nr. 139) oder Herr Iswolski, von dem der freudige Ausruf berichtet ward: „Das ist mein Krieg!"

Und diese Zeichen von Niedergeschlagenheit bei den

deutschen Staatsmännern fallen in eine Zeit, als sie noch glaubten, England würde neutral bleiben!

Aber der Verfasser der Einleitung zum englischen Blaubuch wagt es mit den Worten zu schließen: „Es ist nur billig, zu sagen, daß die Regierung Seiner Majestät dies" — die Erklärung des Zaren, daß er alles getan, was in seiner Macht stand, um den Krieg abzuwenden — „für eine wahrheitsgetreue Kennzeichnung der Haltung Rußlands wie Frankreichs während dieser Krise hält. Auf der andern Seite wird man, bei aller Neigung, gerecht und billig zu sein, zugeben müssen, daß die Antworten Deutschlands und Österreichs nicht den aufrichtigen Wunsch bewiesen, den europäischen Frieden zu erhalten."

Da die Tatsachen allzu klar für Deutschland sprachen, so mußte einiges und sogar viel getan werden, um diesen Worten durch geschickte Zusammenstellung der Depeschen und gewandte Entstellung der Tatsachen einen gewissen Anschein von Wahrheit zu geben.

Zu diesem Zweck wird in der Einleitung zum Blaubuch (auf S. 8 § 6) gesagt, daß „Rußland in der Lage war, die Regierung Seiner Majestät am 31. Juli davon zu verständigen, daß Österreich auf einen russischen Antrag hin sich zuletzt bereit erklärt hatte, eben das zu tun, was es in den ersten Tagen der Krise geweigert hatte, nämlich die ganze Frage seines Ultimatums an Serbien zu erörtern. Rußland bat die englische Regierung, die Leitung dieser Erörterungen in die Hand zu nehmen". Um diese Mitteilung noch wichtiger erscheinen zu lassen, um den Eindruck auf den Leser zu erhöhen, folgen hier die Worte: „Für

wenige Stunden leuchtete uns die Hoffnung auf Frieden." Damit endet der Paragraph; ein Raum von zwei Zeilen ist freigelassen: und dann beginnt § 7 mit dem „Furioso": „In diesem Augenblick, Freitag, den 31. Juli, richtete Deutschland plötzlich ein Ultimatum an Rußland, in dem es die Forderung stellte, daß Rußland seine Mobilisierung einstellen möge usw."

In diesen Worten und in ihrer auf den Effekt berechneten Anordnung liegt ein Versuch, unkundige Leser zu täuschen und die Tatsachen zu fälschen. Was in ihnen gesagt wird, ist vollkommen unwahr. Aus dem Blaubuch selbst ergibt sich folgendes: Am 30. Juli teilte der deutsche Staatssekretär dem englischen Botschafter mit, er habe „bei der österreichisch-ungarischen Regierung angefragt, ob sie gewillt sei, eine Vermittlung auf der Basis anzunehmen, daß die österreichischen Truppen Belgrad oder einen andern Platz besetzen und von dort ihre Bedingungen stellen sollen?"[1]) „Wenn Sir E. Grey Rußland dazu bewegen könnte, diese Vermittlungsbasis gleichfalls anzunehmen, und in der Zwischenzeit keine Schritte zu tun, die als ein Angriff gegen Österreich ausgelegt werden könnten, so sähe er noch eine gewisse Möglichkeit, den europäischen Frieden zu erhalten." (Note Sir E. Goschens, Blaubuch Nr. 98.) Sir E. Grey verständigte die russische Regierung sogleich von diesem Vorschlag, „in dem er eine mögliche Erleichterung der Situation sähe"; und in einer Note an Sir G. Buchanan, den

[1]) Aus einem von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 20. August veröffentlichten Telegramm geht hervor, daß König Georg V. dem Prinzen Heinrich von Preußen diesen Vorschlag gemacht hatte.

englischen Botschafter in Petersburg, fügte er hinzu, der russische Botschafter habe allerdings gesagt, er fürchte, die Bedingung, die Herr Ssasónow am selben Tage aufgestellt, könnte nicht geändert werden, aber er selbst, Sir Edward Grey, glaube, daß eine befriedigende Formel gefunden werden könnte (Blaubuch Nr. 103). Am folgenden Tage, dem 31. Juli, teilte Sir E. Grey seinem Botschafter in Petersburg mit, er hätte mit großer Befriedigung davon gehört, daß „auf Vorschlag der deutschen Regierung" die Erörterungen zwischen Österreich und Rußland wieder aufgenommen worden seien, nur „wüßte er nicht, wie man Rußland drängen könnte, seine militärischen Vorbereitungen zu verschieben, wenn nicht auch Österreich dem Einmarsch seiner Truppen in Serbien eine Grenze setze" (Blaubuch Nr. 106).

Die Bedingung, die Herr Ssasónow am 30. aufgestellt und am 31. auf den Rat des englischen Ministers leicht geändert hatte, war nichts anderes als die alte russische Forderung, Österreich sollte die Entscheidung seines Streitfalles mit Serbien einer Konferenz der Großmächte überlassen[1]). Aber obschon

[1]) Diese sogenannte Ssasónowsche Formel lautete in ihrer ersten Fassung (Tel. Sir G. Buchanans an Sir Edward Grey vom 30. Juli 1914, Blaubuch Nr. 97): „Wenn Österreich anerkennt, daß sein Zwist mit Serbien den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat, und sich bereit erklärt, aus seinem Ultimatum all jene Punkte zu streichen, die das Prinzip der Souveränität Serbiens verletzen, so verpflichtet Rußland sich, alle militärischen Vorbereitungen einzustellen", und in ihrer zweiten Fassung vom 31. Juli (Tel. Sir Edward Greys an Sir E. Goschen vom 1. August, Blaubuch Nr. 132): „Wenn Österreich sich bereit erklärt, den Vormarsch seiner Truppen auf serbischem Gebiet einzustellen, und wenn es — anerkennend, daß

Österreich sich auf den Vorschlag der deutschen Regierung bereit erklärt hatte, die direkten Besprechungen mit der russischen Regierung wieder aufzunehmen, weigerte es sich gleichzeitig auf das Bestimmteste, den Vormarsch seiner Truppen anzuhalten oder eine Intervention der Großmächte zuzulassen, und das hatte die russische Regierung zur Bedingung gemacht, wenn sie ihre eigenen Vorbereitungen einstellen sollte (Blaubuch Nr. 97 und 113). In dem in der Einleitung zum Blaubuch erwähnten Telegramm — es kann nur das Telegramm Nr. 120 sein, da es das einzige russische Telegramm vom 31. ist, in dem jenes großherzige Anerbieten erwähnt wird — steht nicht ein Wort davon, daß Österreich den Vorschlag angenommen hätte.

Die österreichische Regierung konnte keine andere Haltung einnehmen. Sie konnte und mußte wissen, daß die Konferenz gegen Österreich entscheiden würde. Rußland, Frankreich und England standen ihm entgegen. Die Haltung Italiens, das den Absichten Österreichs schon ein Jahr vorher die Zustimmung verweigert hatte, war mehr als zweifelhaft. Die Annahme der Konferenz bedeutete die Niederlage Österreichs. Wenn es daran noch zweifelte, so mußte es durch den Mißerfolg des an sich freundlichen Vor-

---

der österreichisch-serbische Zwist den Charakter einer Frage von europäischem Interesse angenommen hat — zugibt, daß die Großmächte prüfen, welche Genugtuung Serbien der österreichisch-ungarischen Regierung unbeschadet seiner souveränen Rechte als Staat und seiner Unabhängigkeit gewähren kann, dann verpflichtet sich Rußland, in seiner abwartenden Haltung zu verharren."

schlags des Marchese di San Giuliano aufgeklärt sein (s. S. 78).

Die Darstellung im Blaubuch ist absichtlich so gehalten, daß, während Österreich nur zu einer direkten Aussprache bereit war — und Rußland diese Aussprache wieder für hoffnungslos erklärte, wenn Österreich nicht den Vormarsch einstellte, — der Leser glauben muß, Österreich hätte sich in der Tat endlich bereit erklärt, die russische Formel anzunehmen, die es bis dahin schroff abgelehnt hatte.

Im Blaubuch findet sich, unter Nr. 133, allerdings noch ein Telegramm, das sich auf die gleiche Sache bezieht. Es ist von Sir Edward Grey an Sir J. Goschen gerichtet und lautet:

„Foreign Office, 1. August 1914.

Herr von Etter, Rat an der russischen Botschaft in London, hat mir heute den Inhalt eines Telegramms Herrn Ssasónows vom 31. Juli mitgeteilt; es ist das folgende:

‚Der österreichisch-ungarische Botschafter erklärte, seine Regierung sei bereit, den wesentlichen Inhalt des österreichischen Ultimatums an Serbien zu erörtern. Herr Ssasónow sprach in seiner Antwort seine Befriedigung darüber aus und erklärte es für wünschenswert, daß die Erörterungen in London unter Teilnahme der Großmächte stattfinde.

Herr Ssasónow hoffte, die englische Regierung würde die Leitung der Diskussion übernehmen. Ganz Europa würde ihr dankbar sein. Sehr wichtig wäre, daß Österreich seine militärische Aktion auf serbischem Gebiet indessen provisorisch einstelle‘.“

Wenn etwa dieses Telegramm in der Einleitung gemeint sein sollte, so müssen wir feststellen, daß es nach Sir Edward Greys eigenen Worten ihm erst am 1. August mitgeteilt wurde, und daher am 31. Juli, dem Tag, an dem Deutschland sein Ultimatum an Rußland stellte, keinerlei Hoffnungen in ihm erregen konnte.

Übrigens war es auch nach dieser Note nicht der österreichische Botschafter, sondern Herr Ssasónow, der es für wünschenswert erklärte, daß die Großmächte an der Erörterung teilnehmen und daß diese in London stattfinden sollte.

Also Österreich war nur zur direkten Rücksprache und Diskussion mit Rußland bereit, während Rußland eine Konferenz wünschte. Und es ist ganz klar, daß Österreich nur zu einer Diskussion im allgemeinen bereit, aber durchaus nicht seine an Serbien gestellten Forderungen zur Diskussion zu stellen gewillt war. In einem Telegramm aus Petersburg vom gleichen Tag teilte Sir G. Buchanan mit, der österreichische Botschafter hätte keine „bestimmten Instruktionen" von seiner Regierung erhalten, und die Unterredung auf eine allgemeine Erörterung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Rußland abzulenken gesucht, während der russische Minister seinerseits über Serbien zu sprechen versuchte.

Endlich finden wir im Blaubuch als Nr. 161 einen Brief Sir Maurice de Bunsens, des früheren englischen Botschafters in Wien, an Sir Edward Grey, der am 1. September 1914 in London, vier Wochen nach dem Ausbruch des Krieges, also auf Bestellung,

geschrieben wurde. In diesem Brief erklärt der Botschafter, er hätte am 1. August von Herrn Schebeko, dem russischen Botschafter in Wien, erfahren, daß der österreichische Botschafter in Petersburg Graf Szápáry „endlich im Hauptstreitpunkt nachgegeben hätte, indem er Herrn Ssasónow mitgeteilt, Österreich sei bereit, jene Punkte in der Note an Serbien, die mit der Erhaltung der serbischen Unabhängigkeit unvereinbar wären, einer Vermittlung zu unterwerfen. Herr Schebeko fügte hinzu, daß Herr Ssasónow den Vorschlag unter der Bedingung angenommen, daß Österreich von einem tatsächlichen Einmarsch in Serbien abstünde. Österreich hätte also tatsächlich zuletzt nachgegeben..."

Diese scheinbare Bestätigung dessen, was in der Einleitung zum Blaubuch gesagt wurde, wäre schon deshalb hinfällig, weil die von Herrn Ssasónow gestellte Bedingung ja nicht angenommen wurde. Herr v. Bunsen selbst bemerkt: „Es war wohl sicherlich zu viel, wenn Rußland erwartete, daß Österreich seine Armeen zurückhalten würde, aber diese Frage hätte sich vermutlich durch weitere Unterhandlungen schlichten lassen, und Herr Schebeko sagte mir wiederholt, er wäre bereit, jedes vernünftige Kompromiß anzunehmen."

In diesen Mitteilungen Herrn v. Bunsens liegt eine so komplizierte Unwahrhaftigkeit, daß man sie vorsichtig entwirren muß, um sie völlig klarzustellen.

Zunächst war, wie schon bemerkt, die Bedingung, die Rußland gestellt hatte, von Österreich nicht an-

genommen worden, das heißt, es war überhaupt keine Verständigung erreicht worden. Daß diese größte aller Schwierigkeiten, die des Einmarsches in Serbien, „sich vermutlich leicht hätte schlichten lassen", ist natürlich müßiges und unaufrichtiges Gerede, um so müßiger und unwahrhaftiger, als es am 1. August gesprochen wurde, nachdem die deutsche Kriegserklärung erfolgt war und alle vier Reiche mobilisiert hatten! Und es ist höchst unglaublich, daß der russische Botschafter an diesem Tag Zeit und Laune gehabt haben sollte, sich in so leeren Allgemeinheiten zu ergehen, wenn er dies nicht zu einem bestimmten Zweck und auf Wunsch oder Auftrag tat.

Aber nicht nur die Bedingung wurde nicht angenommen, sondern es ist bereits unwahr, daß Österreich irgendwelche Punkte in seiner Note an Serbien zur Diskussion zu stellen, noch unwahrer, daß es sie einer Vermittlung der Mächte zu unterbreiten bereit war. Der österreichische Vorschlag und die Instruktionen, die Graf Szápáry von seiner Regierung erhalten hatte, enthielten das gerade Gegenteil von dem, was Sir Edward Grey und Sir Maurice de Bunsen oder, wie dieser sagt, Herr Schebeko behaupten.

In der Tat hatte Graf Berchtold am 30. Juli 1914 an den Grafen Szápáry folgendes Telegramm geschickt (öst. Rotbuch Nr. 49):

„Antwort auf Euer Exzellenz' Telegramm vom 29. Juli: Ich bin selbstverständlich nach wie vor bereit, die einzelnen Punkte unserer — durch die Ereignisse übrigens bereits überholten — an Serbien gerichteten Note durch Euer Exzellenz Herrn Ssasónow erläutern zu

lassen. Auch würde ich besonderen Wert darauflegen, bei dieser Gelegenheit — der mir durch Herrn Schebeko verdolmetschten Anregung entsprechend — auch die unsere Beziehungen zu Rußland direkt betreffenden Fragen einer vertrauensvollen und freundschaftlichen Aussprache zu unterziehen, wovon sich eine Behebung der in diesem Belange bedauerlicherweise bestehenden Unklarheiten und Sicherstellung der so wünschenswerten friedlichen Entwicklung unserer Nachbarverhältnisse erhoffen ließen."

Um jedes Mißverständnis auszuschließen, richtete Graf Berchtold noch am selben Tage ein zweites Telegramm an den Botschafter (Rotbuch Nr. 50), in dem er ihm sagte:

„Zu Euer Exzellenz' Orientierung und Regelung Ihrer Sprache: Ich habe heute Herrn Schebeko auseinandergesetzt, es sei mir gemeldet worden, daß Herr Ssasónow über meine glatte Ablehnung seiner Propositionen bezüglich Aussprache mit Euer Exzellenz peinlich berührt sei, wie nicht minder darüber, daß kein Gedankenaustausch zwischen mir und Herrn Schebeko stattgefunden habe.

Bezüglich des ersteren Punktes hatte ich Euer Exzellenz bereits telegraphisch freigestellt, auch weiterhin seitens Herrn Ssasónows etwa gewünschte Erläuterungen bezüglich der Note — welche übrigens durch den Kriegsausbruch überholt erscheint — zu geben. Es könne sich dies allerdings nur im Rahmen nachträglicher Aufklärungen bewegen, da es niemals in unserer Absicht gelegen war, von den Punkten der Note etwas abhandeln zu lassen. Auch hätte

ich Euer Exzellenz ermächtigt, unsere speziellen Beziehungen zu Rußland mit Herrn Ssasónow freundschaftlich zu besprechen."

Graf Szápáry antwortete in einem Telegramm vom 1. August 1914 (Rotbuch Nr. 56): „... Ich sagte Herrn Ssasónow, daß die beiden Weisungen Euer Exzellenz' von dem Mißverständnis handeln, als ob wir weitere Verhandlungen mit Rußland abgelehnt hätten. Dies sei, wie ich ihm schon anfangs versichert hätte, ein Irrtum. Euer Exzellenz seien nicht nur gerne bereit, mit Rußland auf breitester Basis zu verhandeln, sondern auch speziell geneigt, unseren Notentext einer Besprechung zu unterziehen, sofern es sich um dessen Interpretation handle... ... Herr Ssasónow erwiderte, er nehme von diesem Beweise guten Willens mit Befriedigung Akt; doch möchte er mich aufmerksam machen, daß ihm Unterhandlungen in St. Petersburg aus naheliegenden Gründen weniger Erfolg versprechend erschienen als solche auf dem neutralen Londoner Terrain. Ich erwiderte, Euer Exzellenz gingen, wie ich schon dargelegt hätte, vom Gesichtspunkte einer direkten Fühlungnahme in St. Petersburg aus, so daß ich nicht in der Lage sei, zu seiner Anregung bezüglich Londons Stellung zu nehmen, doch würde ich Euer Exzellenz hievon Meldung erstatten."

Die österreichische Regierung war also lediglich bereit, ihre Note, die sie bereits als gar nicht mehr aktuell betrachtete, weil sie ja Serbien schon den Krieg erklärt hatte, der russischen Regierung nochmals freundschaftlich zu erklären, nicht aber sie zu dis-

kutieren, was ja die Möglichkeit einer Änderung bedeutet hätte — diese Möglichkeit wurde ausdrücklich ausgeschlossen. Über eine Vermittlung der Großmächte, wie Herr Ssasónow sie wünschte, hatte die österreichische Regierung nicht nur nichts erklärt, sondern ihr Botschafter hatte ausdrücklich abgelehnt, zu diesem Vorschlag Stellung zu nehmen.

Allerdings wäre nach Sir Maurice de Bunsens Angaben nicht er für die in seinem Brief mitgeteilten Unwahrheiten verantwortlich, sondern Herr Schebeko. Aber wie kommt es, daß er sich über einen so wichtigen Punkt in Wien vom russischen Botschafter und nicht von der österreichischen Regierung unterrichten ließ? Eine telephonische Anfrage am Ballplatz hätte genügt, um ihn aufzuklären. Dieser Brief, der einen Monat nach den Ereignissen geschrieben wurde, bedeutet nur einen weiteren Versuch, „das Klare zu trüben", und den Anschein zu erwecken, als wären die guten Absichten des friedlichen Rußland und des nachgiebigen Österreich durch das kriegslüsterne Deutschland böswillig gestört worden. Es scheint, daß der österreichische Vorschlag von Herrn Ssasónow mit voller Absicht falsch dargestellt und von den englischen Staatsmännern ebenso absichtlich mißverstanden worden. Wir werden im Verlauf dieser Darstellung noch weitere unzweifelhafte Gründe für diese Annahme finden.

Es ist nicht nur unwahr und vollkommen freie Erfindung, daß die beiden östlichen Mächte solche guten Absichten hegten — denn weder dachte Österreich daran, nachzugeben, noch wollte Rußland den

Frieden —, sondern es ist auch unwahr, daß die deutsche Regierung ihr Ultimatum so unvermutet und plötzlich an diesem Tage nach Petersburg gesendet hätte, etwa „aus Nervosität", wie in der englischen Einleitung spöttisch vermutet wird. Dem englischen Botschafter war vielmehr am Tage vorher bedeutet worden, daß „etwas würde geschehen müssen", wenn Rußland seine kriegerischen Vorkehrungen nicht einstellte, und es wurde ihm am nächsten Tage abermals mitgeteilt, daß „die deutsche Regierung in kürzester Zeit, vielleicht noch am selben Tage, einen sehr ernsten Schritt tun würde" (Blaubuch Nr. 108). Und dieser Schritt wurde getan, weil Rußland in bedrohlicher Weise mit seiner Mobilisierung fortfuhr. Die russische Mobilisierung war eine Tatsache, die russischen Formeln waren Worte. Rußland würde noch viel verbindlichere und annehmbarere Formeln angeboten und Herr Schebeko so viel freundliche und hoffnungsvoll klingende Worte hinzugefügt haben, als man nur immer wünschen konnte, wenn man dafür Rußland gestattet hätte, seine ungeheuren Heere ungestört an der deutschen Grenze zusammenzuziehen. Aber Deutschland konnte diese Grenze nicht um einer Formel und um einer Lüge willen ungeschützt lassen.

Sowohl die Einleitung des Blaubuchs als der Brief Sir Maurice de Bunsens bedeuten einen vergeblichen Versuch, die Tatsachen in ihr Gegenteil zu verkehren, und die dabei eingeschlagene Methode ist wohl schlauer aber ebenso unglücklich wie die der „Times", die am 29. Juli schrieb: „Deutschland hat sich sehr gut gehalten, aber es wird leider, an den österreichischen

Kriegswagen gefesselt, mitgerissen", und am 27. Oktober: „Die unglückliche Doppelmonarchie wird leider, an den preußischen Kriegswagen gefesselt, mitgerissen!"

Die im Blaubuch zusammengestellten Belege widerlegen die Darstellung der englischen Regierung, während eben diese Belege und die des österreichischen Rotbuchs einander vollinhaltlich bestätigen. Ein derart ungeschicktes Vorgehen von seiten so geschickter Leute könnte Staunen erregen.

Aber man rechnete wohl damit, daß kaum ein Leser von Hunderttausenden sich die Mühe nimmt, diese Belege in ihren Einzelheiten nachzuprüfen, wie es hier geschehen ist, und daß die österreichischen Veröffentlichungen den englischen Lesern nie oder erst lange nachher zu Gesicht kommen würden.

Wir haben noch peinlichere Beweise eines unehrlichen Vorgehens in der Zusammenstellung der amtlichen englischen Papiere.

Ein Krieg mit Rußland bedeutete auch Krieg mit Frankreich; darauf war die deutsche Regierung vorbereitet, obwohl sie selbstverständlich an Frankreich die Frage stellte, ob es neutral bleiben würde. Um nun zu beweisen, daß Deutschland auch Frankreich gegenüber der angreifende Teil war, werden merkwürdige Aktenstücke vorgelegt.

Das Blaubuch bringt unter Nr. 105 ein Telegramm Sir Edward Greys an den englischen Botschafter in Paris, Sir F. Bertie, vom 30. Juli mit drei Beilagen: Nr. 1 und 2 sind die beiden Briefe aus dem November des Jahres 1912, die das berühmte „Ab-

kommen" über ein militärisches Zusammengehen Frankreichs und Englands enthielten; Nr. 3 ist eine Note des französischen Ministers des Auswärtigen an seinen Botschafter in London, Herr Paul Cambon, in dem der Minister sich über deutsche Angriffsvorbereitungen und tatsächliche Angriffe an der französischen Grenze beklagt. Dieses Telegramm des französischen Ministers ist datiert von Paris 31. Juli. Wie also konnte Sir Edward Grey es als Beilage in einem Telegramm vom 30. Juli von London nach Paris schicken, wenn das Original erst am 31. Juli von Paris nach London abging?

Dieser Widerspruch im Datum ist aber keineswegs alles. Der Text der französischen Note beginnt mit den Worten: „L'armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes frontières; Vendredi hier, par deux fois des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire." „Die Vorposten der deutschen Armee stehen an unseren Grenzpfählen; gestern, Freitag, haben deutsche Patrouillen zweimal die Grenze überschritten und unser Gebiet betreten." Vendredi, Freitag, war der 31. Juli; dann konnte das Telegramm, in dem Freitag als gestern bezeichnet wird, erst am 1. August abgesendet worden sein und das Datum wäre — in denkbar ungeschickter Weise — geändert und dafür 31. Juli gesetzt worden!

Solcher Widerspruch konnte natürlich nicht unbemerkt bleiben, und so wurde in der zweiten Auflage des Blaubuchs das Datum des französischen Telegramms ganz weggelassen — aber ein Wort der Erklärung der sonderbaren Tatsache finden wir nicht.

Auch der Text ist in der zweiten Auflage verändert: Das Wort ‚Vendredi' ist im französischen Text ausgelassen und ebenso das Wort ‚Friday' in der gegenüberstehenden englischen Übersetzung!

Wir sind noch nicht zu Ende. In der französischen Note wird auch gesagt: „J'ajoute que toutes nos informations concordent pour montrer que les préparatifs allemands ont commencé samedi, le jour même de la remise de la note autrichienne". „Ich füge hinzu, daß alle unsere Informationen übereinstimmend beweisen, daß die deutschen Kriegsvorbereitungen bereits am Sonnabend, dem Tag, an dem die österreichische Note überreicht wurde, begonnen haben."

Aber die österreichische Note wurde gar nicht Sonnabend, sondern Donnerstag den 23. überreicht, Sonnabend den 25. erfolgte die serbische Antwort. Auch hier finden wir in der zweiten Auflage des Blaubuchs die Daten in einer Anmerkung richtiggestellt, und es wird auch hinzugefügt, daß die serbische Antwort im Text gemeint sei. In der Tat stellt der ganze Satz nichts weiter als eine möglichst ungeschickte Erfindung dar, durch die der Leser zu dem Glauben verleitet werden soll, daß die deutsche Regierung das österreichische Ultimatum an Serbien mit der österreichischen zusammengebraut hätte, um den Weltkrieg herbeizuführen und daher auch sogleich ihre militärischen Maßnahmen begonnen hätte.

Soviel war bekannt[1]). Seither ist das franzö-

[1]) Die Tatsachen wurden, soviel ich weiß, zum erstenmal in der Zeitschrift „Die Eiche" kurz nach dem Erscheinen der zweiten Auflage des Blaubuchs festgestellt.

sische Gelbbuch erschienen, und nun finden wir zu unserm Staunen, daß nicht nur im Blaubuch das Datum der französischen Note wiederholt geändert worden ist, sondern daß Beilage 3 zu Nr. 105 überhaupt nie dem französischen Originaltelegramm entsprochen hat! Der Text ist vollkommen verändert worden, und selbst die Sätze, die sich sowohl im französischen Original als im englischen Blaubuch finden, sind im letzteren in einer veränderten Reihenfolge wiedergegeben. Wir stellen die beiden Texte in folgendem einander gegenüber. Die in beiden Noten enthaltenen Stellen sind gesperrt gedruckt, die Stelle über die österreichische Note, die sich nur im Blaubuch, nicht aber im französischen Original findet, ist durch Anführungszeichen kenntlich gemacht:

M. René Viviani, Président du Conseil, Ministre des Affaires étrangères, à M. Paul Cambon, Ambassadeur de France à Londres.

Paris, le 30 juillet 1914.

Je vous prie de porter à la connaissance de Sir Edward Grey les renseignements suivants touchant les préparatifs militaires français et allemands. L'Angleterre y verra que si la France est résolue,

Paris 31. Juli.

French Minister for Foreign Affairs to M. Cambon, French Ambassador in London.

L'armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes-frontières, Vendredi hier; par deux fois des patrouilles allemands ont pénétré sur notre territoire. Nos avant-postes sont en retraite à 10 kilom. en arrière

ce n'est pas elle qui prend des mesures d'agression.

Vous attirerez l'attention de Sir Edward Grey sur la décision prise par le Conseil des Ministres de ce matin: bien que l'Allemagne ait pris ses dispositifs de couverture à quelques centaines de mètres de la frontière, sur tout le front du Luxembourg aux Vosges, et porté ses troupes de couverture sur leurs positions le combat, nous avons retenu nos troupes à 10 kilomètres de la frontière, en leur interdisant de s'en rapprocher d'avantage.

Notre plan, conçu dans un esprit d'offensive, prévoyait pourtant que les positions de combat de nos troupes de couverture seraient aussi rapprochées que possible de la frontière. En livrant ainsi une bande du territoire sans défense à l'agression soudaine de l'ennemi, le Gouvernement de la frontière. Les populations ainsi abandonnées à l'attaque de l'armée adverse protestent; mais le Gouvernement tient à montrer à l'opinion publique et au Gouvernement britannique que l'agresseur ne sera en aucun cas la France. Tout le 16e Corps de Metz renforcé par une partie du 8e venu de Trèves et de Cologne occupe la frontière de Metz au Luxembourg. Le 15e Corps d'Armée de Straßbourg a serré sur la frontière. Sous menace d'être fusillés les Alsaciens-Lorrains des pays annexés ne peuvent pas passer la frontière; des reservistes par dizaines de milliers sont rappelés en Allemagne; c'est le dernier stade avant la mobilisation; or nous n'avons rappelé aucun reserviste.

de la République tient à montrer que la France pas plus que la Russie, n'a la responsabilité de l'attaque.

Pour s'en assurer, il suffit de comparer les mesures prises de deux côtés de notre frontière: en France, les permissionnaires n'ont été rappelés qu'après que nous avons acquis la certitude que l'Allemagne l'avait fait depuis cinq jours.

En Allemagne, non seulement les troupes en garnison à Metz ont été poussées jusqu'à la frontière, mais encore elles ont été renforcées par des éléments transportés en chemin de fer des garnisons de l'intérieur, telles que celles de Trèves ou de Cologne. Rien d'analogue n'a été fait en France.

L'armement des places de la frontière (deboisements, mise en place de l'armement, construction de batteries, renforcement

Comme vous le voyez, l'Allemagne l'a fait. „J'ajoute que toutes nos „informations concordent „pour montrer que les „préparatifs allemands „ont commencé samedi, „le jour même de la re„mise de la note autri„chienne."

Ces éléments, ajoutés à ceux contenus dans mon télégramme d'hier vous permettent de faire la preuve au Gouvernement britannique de la volonté pacifique de l'un, et des intentions agressives de l'autre.

de réseaux de fil de fer) a été commencé en Allemagne dès samedi 25; chez nous, il va l'être, la France ne pouvant plus se dispenser de prendre les mêmes mesures.

Les gares ont été occupées militairement en Allemagne le samedi 25, en France le mardi 28.

Enfin, en Allemagne, les reservistes, par dizaine de milliers, ont été rappelés par convocations individuelles, ceux résidant à l'étranger (classes de 1903 à 1911) rappelés, les officiers de réserve convoqués; à l'intérieur, les routes sont barrées, les automobiles ne circulent qu'avec un permis. C'est le dernier stade avant la mobilisation. Aucune de ces mesures n'a été prise en France.

L'armée allemande a ses avant-postes sur nos bornes frontières;

par deux fois, hier, des patrouilles allemandes ont pénétré sur notre territoire. Tout le XVI^e Corps de Metz, renforcé par une partie du VIII^e venu de Trèves et de Cologne, occupe la frontière de Metz au Luxemburg; le XV^e Corps d'armée de Straßbourg a serré sur la frontière.

Sous menace d'être fusillés, les Alsaciens-Lorrains des pays annexés ont défense de passer la frontière.

René Viviani.

Es läßt sich natürlich nicht entscheiden, wo die Änderungen begonnen, wo sie geendet haben, ob die französische Botschaft die ersten Veränderungen willkürlich oder auf Verlangen des englischen Foreign Office vorgenommen hat, oder ob sie etwa erst im Foreign Office erfolgten, noch läßt sich erklären, wie es möglich war, daß selbst ein nervöser Diplomat beim Fälschen so viel unsinnige und einander widersprechende Fehler auf einmal machte. Dagegen sieht man ganz deutlich, aus welcher Stelle der Originalnote („L'armement des places etc.") dem Bearbeiter der

übereilte Gedanke kam, auf die Überreichung des österreichischen Ultimatums zu verweisen. Der Gedanke, die Schuld Deutschlands festzustellen war so verlockend, daß der betreffende Herr ganz übersah, daß das Datum gar nicht stimmte. Wir können nur feststellen, daß die Daten im Blaubuch zweimal geändert wurden, daß der Text geändert wurde, und daß der im Blaubuch abgedruckte Text, in der ersten wie in der zweiten Auflage, dem Originaltext in der französischen Note überhaupt nicht entspricht; und diese Tatsache ist schwerlich geeignet, das Vertrauen in die amtlichen englischen Veröffentlichungen zu erhöhen.

Wir können wohl sagen, daß in der nicht gerade ehrenvollen Geschichte der englischen Politik während dieser Krise und während des Kriegs, die Einleitung und die Zusammenstellung des englischen Blaubuchs eines der mindest ehrenvollen Kapitel bilden, und einen klaren Versuch darstellen, die öffentliche Meinung in England und in der ganzen Welt zu hintergehen.

## Das französische Gelbbuch

Das französische Gelbbuch wurde erst im Dezember 1914 ausgegeben. Im Vergleich zum englischen Blaubuch erscheint die amtliche Veröffentlichung der französischen Regierung eine schwache Leistung. Das Blaubuch teilt zum mindesten Tatsachen mit, wenngleich mit täuschender List angeordnet und öfters entstellt; das Gelbbuch arbeitet zumeist mit Ansichten und Vermutungen. An Versuchen zur Entstellung der Wahrheit fehlt es nicht, aber sie sind so ungeschickt,

daß jeder Leser, der die Tatsachen kennt, sie sofort durchschauen muß. Man wäre versucht, von französischer Oberflächlichkeit zu sprechen, wären solche Verallgemeinerungen nicht so ungerecht. Dennoch kann man ein Staunen darüber nicht unterdrücken, daß französische Staatsmänner, die in Deutschland gelebt haben und zweifellos begabte Leute sind, sich so vollkommen unfähig erweisen, die Ereignisse, die Menschen, die öffentliche Meinung in unserem Lande zu verstehen und richtig zu beurteilen. Konnten sie sich von einer vorgefaßten Meinung keinen Augenblick befreien, oder entstellten sie die Tatsachen bewußt, weil ihnen freundliche Beziehungen zwischen den beiden Nationen nicht erwünscht waren? Wollten sie ihre Landsleute täuschen, oder waren sie selbst die Getäuschten? Es erscheint fast unmöglich, daß gewissenlose Unterbeamte ihre Leichtgläubigkeit so gröblich zu mißbrauchen vermochten, wie es aus den veröffentlichten Dokumenten hervorgeht.

Es genügt zu erwähnen, daß als Nummer 5 eine Note an Herrn Stephan Pichon, den französischen Minister des Äußern, vom 30. Juli 1913 „über die öffentliche Meinung in Deutschland, nach den Berichten der diplomatischen und Konsularagenten" abgedruckt ist, in der wörtlich geschrieben steht: „Über die Persönlichkeit des Kaisers wird gesprochen, der Kanzler ist unbeliebt, aber Herr von Kiderlen-Wächter war der bestgehaßte Mann in Deutschland im letzten Winter. Obschon noch in Mißkredit, wird er doch jetzt nicht mehr so gehaßt, denn er gibt zu verstehen, daß er bald seine Rache nehmen wird." Im Juli 1913

war Herr von Kiderlen-Wächter, der frühere Staatssekretär des Auswärtigen, seit einem halben Jahr tot und begraben!

Man fragt sich, welchen Gehalt Frankreich seinem Botschafter und seinen „diplomatischen und Konsularagenten" für die Lieferung so glänzender Nachrichten über die politischen Verhältnisse in Deutschland bezahlt[1]).

Dieses wichtige Aktenstück, das, wie bereits aus seinem Datum hervorgeht, mit der gegenwärtigen Krise nichts zu tun hat, findet sich in einer Art Vorspiel vereint mit anderen Blättern, die man etwa „Eindrücke aus Deutschland" nennen könnte, Blätter, die offenbar in der Absicht zusammengestellt sind, um ihrerseits auf ahnungslose Leser den gewünschten Eindruck zu machen und sie davon zu überzeugen, daß die deutsche Regierung und das deutsche Volk längst nach Krieg dürsteten, ehe die serbische Frage Europa beschäftigte.

Diesem Aktenstück geht ein anderes voraus, das als Nummer 2 eingereiht und vom 2. April 1913 datiert ist, ein „offizieller amtlicher und geheimer Bericht über die Verstärkung des deutschen Heeres", den der

[1]) Es gibt natürlich eine andere Erklärung für so ungeheuerliche Fehler: das ganze „Dokument" ist vermutlich ad hoc aus Berichten, die aus verschiedenen Zeiten stammten, zusammengestellt, und der Beamte, den man mit dieser Zusammenstellung beauftragte, hat offenbar den Widerspruch zwischen dem von ihm ausgewählten Inhalt und dem Datum, das er willkürlich darüber setzte, übersehen. Wenn dem aber so ist, welchen Wert haben Beweisstücke, die derart zusammengestellt und datiert sind? Und welches Vertrauen verdient das ganze Gelbbuch?

damalige französische Kriegsminister Herr Etienne dem Minister des Auswärtigen, Herrn Jonnart, übersandte. Über die nicht ganz unwichtige Frage, für welches deutsche Amt dieser Geheimbericht bestimmt oder in welchem deutschen Amt er verfaßt worden war, wird kein Wort verloren. Mit dem ruhigen Gewissen der Unschuld wird er als „amtlich" bezeichnet[1]).

Jeder, der den trockenen Tatsachenstil amtlicher deutscher Dokumente kennt, erkennt auch auf den ersten Blick, daß der ganze Artikel, in dem von den „zähneknirschenden französischen Chauvinisten", von der Notwendigkeit, „die deutsche Macht über die ganze Welt auszubreiten" und ähnlichem die Rede ist, bestenfalls aus der Redaktionsstube irgendeiner kleinen alldeutschen Zeitschrift gestohlen sein kann, wie sie gelegentlich im Simplizissimus verhöhnt werden. Der Artikel gipfelt in dem Satz, daß Deutschland die alte Grafschaft Burgund wieder erobern müßte, weil sie vor etwa fünfhundert Jahren ein Lehen des Heiligen Römischen Reiches gewesen! Es fehlte nur noch die Mitteilung, daß Österreich unbedingt das Königreich Jerusalem wiederzuerobern beabsichtige, weil der Kaiser von Österreich den Titel eines Königs von Jerusalem führt.

Man fragt sich wieder nur, ob der Herr, der dieses großartige Dokument erwarb, der Aufgesessene war,

[1]) In einer französischen Zeitung war zu lesen, daß der Bericht „irgendwo" in Deutschland in einem Eisenbahnabteil I. Klasse gefunden worden, wo ein hoher deutscher Offizier ihn vergessen hätte(!); andere Blätter versicherten, daß er für niemand Geringeren als den Kaiser selbst bestimmt gewesen; es könnte aber auch der erste Entwurf einer Rede sein, die der deutsche Reichskanzler halten wollte!

oder die französischen Leser es sein sollten, die bereit sind, solchen Blödsinn in Deutschland für amtlich möglich zu halten.

Leider sind der Botschafter und sein Personal gleichfalls unfähig, zwischen Tatsachen und bloßen Gerüchten zu unterscheiden, oder die wirkliche Bedeutung eines Ereignisses als Symptom der Zustände oder der öffentlichen Meinung in Deutschland zu beurteilen. Der Franzose kennt, wie immer, nur Frankreich und beurteilt alles nach den Verhältnissen und Möglichkeiten des eigenen Landes.

In einer Note, die der Marineattaché, Herr von Faramond, am 15. März 1913 an den Marineminister, Herrn Baudin, richtete (Gelbbuch Nr. 1, Beilage II), wird ein Gespräch zwischen einem Herrn der französischen Botschaft und dem Fürsten von Henckel-Donnersmarck berichtet, in welchem dieser unter anderem auch sagte: „Die Franzosen sind vollständig im Irrtum, wenn sie uns finstere Pläne zutrauen und glauben, daß wir einen Krieg wünschen. Aber wir können nicht vergessen, daß im Jahre 1870 die öffentliche Meinung in Frankreich die französische Regierung nötigte, uns in törichter Weise anzugreifen, ohne dafür gerüstet zu sein. Wer kann uns verbürgen, daß die öffentliche Meinung Frankreichs, die so erregbar ist und so leicht auflodert, nicht eines Tages die Regierung der Republik zwingen wird, uns zu bekriegen? Vor dieser Gefahr wollen wir geschützt sein, das ist alles."

In Nummer 3 des Gelbbuches berichtet Herr Jules Cambon am 6. Mai 1913 an Herrn Pichon, er habe

gehört, daß der deutsche Generalstabschef von Moltke in militärischen Kreisen gesagt haben sollte: „Wir müssen all die trivialen Phrasen von der Verantwortlichkeit des Angreifers beiseite schieben... am Tage, an dem man neun zu eins annehmen kann, daß der Krieg ausbrechen werde, müssen wir unserm Hauptgegner zuvorkommen und ohne Zögern jeden Widerstand brutal niedertreten." Selbst wenn er so gedacht haben sollte, würde der General dies niemals in dieser Weise geäußert haben, der man die zweckbewußte Entstellung im Worte „brutal" anmerkt: denn der mittlere Teil des Satzes ist etwas militärisch Selbstverständliches, während Anfang und Ende etwas ganz anderes sagen und deutlich in gehässiger Weise zurecht gemacht sind. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die vernünftigen und authentischen Worte des Fürsten Donnersmarck dem französischen Staatsmann gar keinen Eindruck machen, während ein Ausspruch, den er eingestandenermaßen nur vom Hörensagen kennt, der ihm vielleicht aus vierter, fünfter Hand zugetragen worden, für ihn entscheidend ist.

Fürst Henckel-Donnersmarck war nur darin im Irrtum, als diesmal nicht die öffentliche Meinung Frankreichs die Regierung, sondern die französische Regierung die öffentliche Meinung vergewaltigte und sie weiterhin durch solche Publikationen zu täuschen sucht.

Nr. 6 enthält ähnliche Äußerungen, die dem General von Moltke und dem Kaiser zugeschrieben werden, welche sie in einer Unterredung mit dem König von Belgien im November 1913 getan haben sollen. Herrn

Cambons Quelle ſcheint der belgiſche König ſelbſt, oder was wahrſcheinlicher iſt, irgendeine Perſon zu ſein, der der König ſeine Eindrücke mitteilte. Herr Cambon ſagt nur, daß ſeine Informationen aus „abſolut ſicherer Quelle“ ſtammen. Die deutſche Regierung hat ſeither in der „Norddeutſchen Allgemeinen Zeitung“ feſtgeſtellt, daß ſolch eine Unterredung zu dreien niemals ſtattgefunden, ſondern daß der König von Belgien, der natürlich mit dem Deutſchen Kaiſer geſprochen hatte, auch eine Unterredung mit Herrn von Moltke hatte, bei der niemand ſonſt anweſend war. Dies wäre an ſich nicht wichtig; es zeigt nur, wie ungenau die Berichte ſind. Wir können nur ſchließen, daß auf dem Wege durch mehrere Köpfe und über ebenſoviele Zungen alles, die redenden Perſonen wie ihre Worte ſich unvermeidlich mehr und mehr veränderten, bis jener Text erreicht wurde, der zu Herrn Cambons Anſichten am beſten paßte.

Wir können das Buch aufs Geratewohl öffnen; überall finden wir für die Berichte dieſelben Quellen benutzt: Klatſch, Gerüchte, Vermutungen, Annahmen, Glauben und Verdacht.

In Nr. 14 (Konſularbericht aus Wien vom 20. Juli 1914) werden die Abſichten der amtlichen öſterreichiſchen Agentur *vermutet*. In Nr. 16 hat Herr Jules Cambon „jeden Grund zu *glauben*, daß Deutſchland beim Wiener Hof nicht vermittelnd eingreifen wird“. In Nr. 29 telegraphiert derſelbe Staatsmann, daß der ruſſiſche Geſchäftsträger „dahin neige, *anzunehmen*“, daß die öffentliche Meinung in Deutſchland zum großen Teil den Krieg wünſche. In

Nr. 30 glaubt er das Gegenteil von dem, was Herr von Jagow ihm sagt. In Nr. 55 teilt Herr Dumaine mit, was seinen Eindrücken nach die österreichische Regierung in Zukunft „glauben" werde. In Nr. 57 wird eine Note Sir Maurice de Bunsens (die im englischen Blaubuch unter Nr. 95 veröffentlicht ist), in der er sagt, er könne eine bestimmte Vermutung nicht nachprüfen, als Beweis dieser Vermutung angeführt. In Nr. 102 hegt Herr Dumaine den „Verdacht", daß Deutschland Österreich zum Angriff auf Serbien bewogen hätte, um selbst gegen Rußland und Frankreich Krieg führen zu können!

Mißtrauen gegen alles, was in Deutschland geschieht, und Unglaube gegen alles, was von Deutschen gesprochen wird, scheint das leitende Motiv im Denken der französischen Diplomaten zu sein. Wenn man dies selbst bis zu einem gewissen Grade psychologisch begreiflich finden könnte, so wird doch sogleich klar, wie unendlich schwierig die Herstellung aufrichtiger und friedlicher Beziehungen zwischen beiden Völkern dadurch gemacht werden mußte. Und beides, Mißtrauen und Unglaube, gehen bis zu einem Maß, das einfach unvernünftig ist. Kein logischer Grund, kein Beweis kann vor französischem Vorurteil bestehen.

Umsonst wiederholen Herr von Jagow und Herr von Schoen wieder und wieder (Gelbbuch Nr. 30, 41, 57), daß sie von dem Inhalt des österreichischen Ultimatums nicht vorher verständigt worden seien. Die französischen Staatsmänner glauben es nicht. Sie sind jedoch vollkommen bereit, zu glauben, daß die italienischen Staatsmänner nicht davon unterrichtet

waren. Da nun Deutschland unter allen Umständen verpflichtet war, Österreich gegen Rußland beizustehen, während Italien nur in dem Fall dazu verbunden war, wenn vorher eine Übereinstimmung über die zu treffenden Maßnahmen erreicht wird, so wäre es für die österreichische Regierung viel wichtiger gewesen, das italienische Kabinett von ihren Absichten zu verständigen, als das deutsche. Ein Staatsmann wie Herr Cambon müßte erkannt haben, daß die österreichische Regierung trotz dem engen Bündnis mit Deutschland stets eifersüchtig darauf geachtet hatte, in allem, was sie als ihre eigenen Angelegenheiten betrachtete, von Deutschland unabhängig zu bleiben.

Ich kann nur wiederholen, was im zweiten Kapitel über die Frage gesagt wurde. Die österreichischen Staatsmänner bedurften keines Antriebes. Sie, nicht die deutsche Regierung, waren durch die beständigen Reibungen mit Serbien gereizt und erbittert; ihr Thronfolger war ermordet worden, nicht der deutsche. Die österreichischen Staatsmänner fürchteten offenbar, die deutsche wie die italienische Regierung könnten, da beide am Ausgang ein hohes Interesse hatten, einen zurückhaltenden Einfluß auf ihre Entschlüsse zu nehmen versuchen, der ihnen unerwünscht gewesen wäre. Dies wird durch die ablehnende Haltung Italiens im Jahre vorher wie durch eine Unterredung wahrscheinlich gemacht, die am 25. Juli zwischen Herrn von Jagow und Sir Horace Rumbold stattfand. (S. engl. Blaubuch Nr. 18.)

Wollte man das ganze Werk in seinen Einzelheiten analysieren, so könnte man mit der bloßen Zusammen-

stellung aller Ungenauigkeiten, unrichtiger Angaben und grundloser Vermutungen ein Kapitel füllen.

Aber ein Punkt erscheint wesentlich: die Behandlung der Frage, wie der Krieg ausbrach, wie sich die Mächte in den entscheidenden Tagen verhielten. Es ist gezeigt worden, wie im englischen Blaubuch die Tatsachen um so mehr entstellt sind, je weiter die Krise fortschreitet, bis sie zuletzt in ihr Gegenteil verzerrt werden. Wie sind die gleichen Momente im Gelbbuch in der amtlichen Darstellung der verbündeten französischen Regierung behandelt? Auf die Politik des Dreiverbands und die von ihm angewendeten Mittel muß durch die Bestätigung wie durch den Widerspruch ein besonderes Licht fallen. Soviel wird wohl jeder Unbefangene zugeben müssen: die Regierung, die sich genötigt sieht, die Tatsachen zu fälschen, die Haltung des Gegners anders zu schildern, als sie wirklich war, macht nicht nur ihre Anklagen gegen den Gegner, sondern auch die eigene Haltung verdächtig.

Wir finden das Folgende:

Am 29. Juli teilt der französische Botschafter in Petersburg, Herr Paléologue, mit, daß die österreichisch-ungarische Regierung die russische Aufforderung zu direkten Unterhandlungen abgelehnt habe (Gelbbuch Nr. 91); Herr Dumaine telegraphiert aus Wien, daß Graf Berchtold sich durchaus geweigert, den Wunsch Herrn Schebekos, Graf Szápáry möchte zu diesem Zweck besondere Vollmachten erhalten, zu erfüllen (Gelbbuch Nr. 94), und Herr Paul Cambon in London hat erfahren, daß Sir Edward Grey den

Fürsten Lichnowski von der österreichischen Weigerung in Kenntnis gesetzt hat (Gelbbuch Nr. 96). Herr Ssasónow selbst telegraphiert an seinen Botschafter in Paris, daß die österreichische Kriegserklärung an Serbien eine Fortsetzung seiner Besprechungen mit dem österreichisch-ungarischen Botschafter unmöglich mache (Gelbbuch Nr. 95).

Inzwischen hat der französische Botschafter in Berlin, Herr Jules Cambon, aus Berlin telegraphiert, daß der deutsche Reichskanzler die Fortsetzung dieser Besprechungen zu vermitteln suche (Gelbbuch Nr. 92), und Herr Bienvenu-Martin, als Vertreter des französischen Ministers des Äußern, hat von Herrn von Schoen, dem deutschen Botschafter in Paris, die gleiche Mitteilung erhalten (Gelbbuch Nr. 94). Infolgedessen kann Herr Dumaine am nächsten Tag, dem 30. Juli, aus Wien telegraphieren, die Konferenzen zwischen der österreichischen und russischen Regierung würden fortgesetzt, die Unterbrechung sei nur durch ein Mißverständnis erfolgt, da Graf Berchtold glaubte, das österreichische Ultimatum selbst, das heißt Österreichs Forderungen, sollten erörtert werden, was er unter keinen Umständen zugeben könnte (Gelbbuch Nr. 104). Am folgenden Tag, dem 31. Juli, setzt Herr Viviani, der französische Ministerpräsident als Minister des Äußern, seine Botschafter von der „Formel" Herrn Ssasónows in Kenntnis, die die französische Regierung annehme, und Herr Paléologue teilt ihm seinerseits die Abänderung der Formel mit (Gelbbuch Nr. 112 und 113).

Soweit ist alles in Ordnung; nun aber beginnt die

gleiche Gaukelei, die wir in der Einleitung des englischen Blaubuchs und in dem Brief Sir Maurice de Bunsens festgestellt haben. In einer Note vom 1. August, also — dies ist äußerst wichtig — einen Tag nach der Absendung des deutschen Ultimatums, sagt Herr Viviani, der österreichische Botschafter in Paris, Graf Szécsen, hätte ihn am Abend zuvor davon verständigt, daß seine Regierung keine Gebietsvergrößerung in Serbien beabsichtige, unter der Bedingung, daß der Konflikt auf Österreich und Serbien lokalisiert bleibe; die russische Regierung sei gleichfalls hiervon verständigt worden. In der gleichen Note behauptet Herr Viviani jedoch: in Petersburg hätte Graf Szápáry Herrn Ssasónow gesagt, Österreich sei bereit, das Ultimatum selbst zu erörtern. Man sieht, der russische Minister war in seiner Auslegung der österreichischen Mitteilungen gerade um den einen Schritt weiter gegangen, auf den es ankam, und den Österreich nicht gehen wollte. Wären die Verhandlungen fortgesetzt worden, so würde er vermutlich, wie Sir Edward Grey bei einer anderen denkwürdigen Gelegenheit, gesagt haben, er hätte den Grafen Szápáry „mißverstanden" oder er sei selbst mißverstanden worden. Seine Behauptung war eben ein „ballon d'essay". Da der Krieg alle weiteren Verhandlungen abbrach, so fingen Herr Viviani und Sir Maurice de Bunsen den Ball auf, weil sie dadurch die Schuld auf Deutschland legen konnten. Die Art, wie dies von seiten des französischen Ministers geschah, ist so merkwürdig, daß sie in allen Einzelheiten angeführt werden muß.

In der Einleitung der Note (Gelbbuch Nr. 120) sagt Herr Viviani, die österreichischen Botschafter hätten am Tag zuvor zwei versöhnliche Schritte getan, einen ziemlich unbestimmten in Paris und einen höchst bestimmten in Petersburg. Liest man aber Herrn Vivianis Note weiter, so sieht man, daß gerade das Gegenteil geschehen war. Graf Szécsen hatte in Paris die genauesten Mitteilungen gemacht; er hatte gemäß Herrn Vivianis eigenen Worten gesagt, „die österreichisch-ungarische Regierung habe keinen territorialen Ehrgeiz und würde die Unabhängigkeit des serbischen Staates nicht antasten; sie hätte auch nicht die Absicht, das Sandschak zu besetzen; doch sollten diese Erklärungen ihrer Uninteressiertheit nur für den Fall gelten, daß der Konflikt lokalisiert bliebe, da ein europäischer Krieg Eventualitäten mit sich bringen könnte, die kein Mensch vorauszusehen imstande sei." Herr Viviani fügt hinzu, daß Graf Szécsen zu dieser Erklärung noch Erläuterungen fügte und ihm zu verstehen gab, daß „wenn seine Regierung auch Fragen, die die Mächte in ihrem eigenen Namen an sie stellen würden, nicht beantworten könnte, sie doch Fragen, die von Serbien selbst oder von einer andern Macht in Serbiens Namen gestellt würden, sehr wohl beantworten könnte und daß hierin vielleicht einige Hoffnung läge". Dagegen soll Graf Szápáry, immer nach Herrn Viviani, Herrn Ssasónow lediglich von „der Bereitwilligkeit seiner Regierung, den Inhalt des Ultimatums zu erörtern", verständigt haben, und nichts weiter!

Wie merkwürdig, daß Herr Viviani diese Erklä-

rung, die nicht unbestimmter sein konnte, eine bestimmte, und die Erklärung des Graf Szécsen, die nicht bestimmter sein konnte, eine unbestimmte nennt.

In der Tat hatten Graf Szécsen und Graf Szápáry beide die gleiche Information von ihrer Regierung erhalten und hatten beide das gleiche gesagt, der eine zu Herrn Viviani, der andere zu Herrn Ssasónow; aber da Herr Ssasónow es für gut befunden hatte, den Grafen Szápáry mißzuverstehen und zu glauben, Österreich wäre bereit, sich einer Konferenz der Großmächte zu unterwerfen, so fand Herr Viviani es für gut, Herrn Ssasónow zu glauben und die ausführliche amtliche Mitteilung nicht zu glauben, die der österreichische Botschafter im Namen seiner Regierung ihm gemacht hatte, und in der eine Unterwerfung unter die Entscheidung durch die Großmächte ausdrücklich ausgeschlossen war!

All dies ist merkwürdig, aber noch merkwürdiger ist, daß Herr Viviani in seiner nächsten Note gleichfalls einen Schritt weiter macht und sagt, er habe den deutschen Botschafter davon verständigt, daß er von der österreichischen Regierung die Mitteilung erhalten, sie habe nicht den Wunsch nach einer Gebietserweiterung in Serbien und würde nicht ins Sandschak eindringen und sei bereit, die ganze Frage in London mit den Großmächten zu erörtern.

Hier geht die Entstellung bereits in Fälschung über, denn niemals hatte Herr Viviani von der österreichischen Regierung solch eine Mitteilung erhalten. Graf Szécsen hatte nur von den ersten beiden Punkten gesprochen, und Herr Viviani hatte nicht von der

österreichischen, sondern von der russischen Regierung gehört, Österreich sei bereit, das serbische Ultimatum an Serbien zu diskutieren. Dies macht einen um so größeren Unterschied, als es sich ja eben um diese Diskussion des Ultimatums handelte und Österreich gerade dies nicht gewollt hatte. Und selbst Herr Ssasónow hatte nicht zu behaupten gewagt, daß Österreich tatsächlich bereit wäre, die Sache in London mit den Großmächten zu erörtern; er hatte nur gesagt, daß dies sein Wunsch wäre.

Der genaue Text der in Frage kommenden österreichischen Noten ist bereits auf S. 95—97 mitgeteilt worden. Graf Berchtold hatte darin lediglich eine Erläuterung des Ultimatums angeboten, unter ausdrücklicher Betonung, daß von keinem Punkte der Note irgend abgewichen werden könnte. Er hatte überdies bemerkt, daß das Ultimatum infolge der Kriegserklärung an Serbien ja auch gar nicht mehr aktuell sei; und Graf Szápáry hatte ausdrücklich abgelehnt, sich zu dem Vorschlag einer Erörterung in London auch nur zu äußern.

Die mildeste Erklärung des ganzen Vorganges wäre die folgende: alle Mächte wünschten direkte Besprechungen zwischen der österreichischen und der russischen Regierung, die von der österreichischen abgelehnt wurden, weil man in Rußland begehrte, daß diese Besprechungen weitergehen sollten, als man in Österreich gestatten konnte. Infolge der Vermittlung der deutschen Regierung erklärte die österreichische sich endlich dazu bereit unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die in ihrem Ultimatum aufgestellten Forderungen

nicht berührt würden. Herr Ssasónow machte jedoch sogleich den Versuch, die österreichische Bedingung beiseite zu schieben, indem er seine Formel durchzusetzen suchte; er tat dies vermutlich, weil er aus der Tatsache, daß Deutschland vermittelt hatte und aus den unzweideutigen Bemühungen des Grafen Pourtalès um den Frieden (Blaubuch Nr. 97) auf ein Zurückweichen Deutschlands schließen zu können glaubte. Als er erkannte, daß er sich getäuscht hatte, befahl er seinen Vertretern einfach der Wahrheit entgegen zu erklären, Österreich hätte sich am 31. vollkommen bereit erklärt, zu tun, was es so lange hartnäckig geweigert hatte, und die englischen und französischen Staatsmänner unterstützten ihn darin, nicht nur weil sie Rußlands Triumph begehrten, sondern weil ihnen noch mehr darum zu tun war, die Welt über die Tatsache zu täuschen, daß die deutsche Regierung tatsächlich in Wien im Interesse einer friedlichen Lösung vermittelt hatte; mehr noch, weil dieser russische Trug ihnen eine weitere Handhabe bot, die Schuld auf Deutschland zu schieben.

Wir möchten noch glauben, daß in der Eile und Aufregung der Stunde solch ein Mißverständnis möglich gewesen, wenn nur das Vorgehen bei all diesen Mißverständnissen, in dem Brief Sir Maurice de Bunsens vom 1. September wie in der Note Herrn Vivianis vom 1. August, die erst im Dezember 1914 veröffentlicht wurde, nicht so merkwürdig und so vollkommen das gleiche wäre.

Im Gelbbuch ist indessen eine noch merkwürdigere Mitteilung zu finden:

Auf Seite 127 unter Nr. 150 ist eine Note Herrn Dumaines an Herrn Viviani aus Wien vom 31. Juli abgedruckt, in der der Botschafter dem Minister mitteilt, „die österreichisch-ungarische Regierung hätte an diesem Tage um 1 Uhr nach Mitternacht die allgemeine Mobilisierung beschlossen". Auf Seite 129 folgt unter Nr. 118 eine Note Herrn Paléologues aus Petersburg vom gleichen Tage, in der gesagt wird, „infolge der allgemeinen Mobilisierung in Österreich und der geheimen Maßnahmen, die in Deutschland getroffen würden, sei der Befehl zur allgemeinen Mobilisierung der russischen Armee erlassen worden."

Diese beiden Noten sowie ihre Anordnung bedeuten eine weitere Fälschung der tatsächlichen Vorgänge. Österreichische Staatsmänner hegten lange die Hoffnung und sprachen sie noch am 29. Juli aus, daß Rußland nicht eingreifen würde (engl. Blaubuch Nr. 32 und 71). Man weiß, das Österreich nur gegen Serbien mobil machte, bis es endlich, als Rußland schon mehrere Tage mobilisiert hatte, sich gezwungen sah, selbst am 31. Juli gleichfalls in Galizien zu mobilisieren (Rotbuch Nr. 55). Diese Tatsache ist durch den englischen Botschafter in Petersburg, G. Buchanan, in seiner Note vom 25. Juli (Blaubuch Nr. 6) bestätigt, in der er berichtet, daß Herr Ssasónow erklärt hätte, „wenn Österreich zu militärischen Maßnahmen gegen Serbien schritte, müßte die russische Mobilisierung durchgeführt werden". Sie ist vom Zaren selbst bestätigt, der in seinem Telegramm an den Deutschen Kaiser vom 30. Juli — es ist auch im Gelbbuch auf Seite 211 abgedruckt — ausdrücklich

sagt, die russischen militärischen Maßnahmen wären bereits fünf Tage vorher, also am 25. Juli, beschlossen worden, und zwar als Verteidigungsmaßregeln gegen die österreichischen Vorbereitungen (gegen Serbien). Im Telegramm, in dem Sir G. Buchanan seiner Regierung den russischen Mobilisierungsbefehl mitteilt, wird mit keinem Wort erwähnt, daß in Österreich eine allgemeine Mobilisierung stattgefunden. Der englische Gesandte sagt nur: „diese Entscheidung ist infolge eines Berichtes des russischen Botschafters in Wien getroffen worden, der besagt, daß Österreich entschlossen sei, einer Intervention der Großmächte nicht zuzustimmen und daß es Truppen gegen Rußland sowohl als gegen Serbien in Bewegung setze". Es scheint also, daß der Text der Note des Herrn Paléologue vor der Veröffentlichung zurecht gemacht wurde. Und es erscheint als eine ziemlich klägliche List, daß das Telegramm, in dem die österreichische allgemeine Mobilisierung mitgeteilt wurde, im Gelbbuch vor jenem abgedruckt ist, das den russischen Erlaß mitteilte, während, da die beiden Erlasse in umgekehrter Reihe erfolgt sind, notwendigerweise auch die Telegramme in der umgekehrten Folge abgesendet wurden. Es ist weiter falsch, wenn Herr Viviani in seiner Note vom 1. August sagt oder gesagt haben will, daß „Österreich zuerst unter den Mächten zu einer allgemeinen Mobilisierung schritt" (Gelbbuch Nr. 127). All dies geschieht sichtlich in der Absicht, Rußland von Schuld zu reinigen und die Verantwortung, den Weltfrieden gebrochen zu haben, auf die österreichische Regierung zu wälzen.

Herr Viviani hätte bei der Redaktion des Gelbbuchs eines bedenken müssen: daß es nicht gut ist, ein allzu eifriger Freund zu sein. Um England gefällig zu sein, stellt er amtlich fest, daß Österreich am 31. Juli bereit war, Rußland nachzugeben und all seine Forderungen auf einer Konferenz der Großmächte erwägen zu lassen und daß nur der Donnerschlag des deutschen Ultimatums, das am gleichen Tage um 12 Uhr mittags nach Rußland gesendet wurde, die Hoffnungen vernichtet habe, die man aus der Friedensbereitschaft Österreichs geschöpft hatte. Um Rußland gefällig zu sein, stellt er in einem Atem fest, daß, während Rußland unbestreitbaren guten Willen zeigte („montrait une bonne volonté incontestable"), Österreich bereits in der ersten Stunde desselben Tages, an dem es nachgegeben haben soll, als erste der Großmächte, elf Stunden vor dem deutschen Ultimatum zur allgemeinen Mobilisierung geschritten sei! Denn Herr Dumaine, der französische Botschafter in Wien, erwähnt in seinem Telegramm ausdrücklich, daß der österreichische Befehl zur allgemeinen Mobilisierung am 31. Juli um 1 Uhr morgens beschlossen worden sei.

Es ist ein alter Satz: wer zuviel beweist, beweist gar nichts.

Denn wenn Herr Dumaine in seinem Telegramm, Sir Maurice de Bunsen in seinem Brief, Sir Edward Grey in seiner Einleitung, Herr Viviani in seinem Gelbbuch und Herr Ssasónow in seinen Noten die Wahrheit sagten, so wäre Österreich am Abend des Tages, an dem es den Befehl zur allgemeinen Mobi-

liſierung gegen Rußland erlaſſen, bereit geweſen, alle ruſſiſchen Wünſche zu erfüllen.

Die Lehre, die daraus folgt, ſcheint die zu ſein: wenn man ſchon falſche Angaben macht, ſollte man nicht ſolche machen, die im vollkommenen Widerſpruch zueinander ſtehen. Denn entweder ſchritt Öſterreich tatſächlich am Morgen des 31. Juli als erſte Großmacht zur allgemeinen Mobiliſierung, und dann waren ſeine Abſichten an dieſem Tage keine friedlichen und Deutſchland konnte ſie nicht durchkreuzen; oder Öſterreich war am 31. Juli friedlich geſinnt, und dann kann es unmöglich als erſte Großmacht die allgemeine Mobiliſierung an dieſem Tage beſchloſſen haben.

Im engliſchen Blaubuch wie im franzöſiſchen Gelbbuch werden die Vorgänge an den beiden entſcheidenden Tagen, dem 31. Juli und 1. Auguſt, gefälſcht, um auf dieſe doppelten, ſich durch ihren inneren Widerſpruch ſelbſt vernichtenden Fälſchungen hin in die ganze Welt die Legende ſchleudern zu können: die Zentralmächte haben den Krieg gewollt und eröffnet.

Hätten die Zentralmächte dies wirklich getan, ſo wären keine Fälſchungen nötig geweſen, um es zu beweiſen!

## Viertes Kapitel

# Die Kriſe
# England und die belgiſche Frage

Der Krieg war zwiſchen Deutſchland und Rußland erklärt. Krieg zwiſchen Öſterreich und Rußland auf der einen Seite, zwiſchen Frankreich und Deutſchland auf der andern ſchien unvermeidlich.

Seltsamerweise standen und stehen selbst vernünftige Leute in vielen Ländern in dem Wahn, die deutsche Kriegserklärung beweise, daß Deutschland den Krieg auch gewünscht hatte, und es sei darum auch für seinen Ausbruch verantwortlich. Wenn jemand einen Trupp bewaffneter Leute, die er als seine Todfeinde kennt, mit drohenden Gebärden auf sein Haus zukommen sieht, und nach wiederholter vergeblicher Warnung auf sie feuert, ehe sie ganz nahe sind, wer ist in diesem Falle der Angreifer? So lag die Sache zwischen Deutschland und Rußland. Deutschland konnte nicht warten, bis die an Zahl unendlich überlegenen russischen Heeresmassen an seiner Grenze versammelt waren. Rußland war darauf aufmerksam gemacht, war wiederholt — im Anfang auch von England — gewarnt worden; wenn es den Krieg zu vermeiden wünschte, brauchte es nur die Mobilisierung einzustellen. Deutschland würde niemals mobilisiert haben, wenn Rußland nicht damit begonnen hätte.

Die Erklärung ist eine Formalität, und wenn Deutschland wie Japan im Jahre 1904 eine Erklärung ganz unterlassen hätte, so würde das an seiner Verantwortlichkeit oder Nichtverantwortlichkeit wenig ändern. Nicht wer den Krieg erklärt, sondern wer ihn verschuldet und unvermeidlich gemacht hat, ist die Frage. Im Jahre 1870 erklärte Frankreich den Krieg, dennoch haben Franzosen und Engländer bis zu diesem Tage behauptet — erst jüngst wieder Sir Edward Grey — Deutschland hätte den Krieg gewollt und gemacht. Wenn also Deutschland den Krieg erklärt, so hat es ihn gewollt, weil es ihn erklärt hat, wenn

Deutschland den Krieg nicht erklärt, so hat es ihn gewollt, obgleich es ihn nicht erklärt hat! Man würde auf so äußerliche Argumente gar nicht eingehen, wenn nicht die ganze Welt sie wiederholen würde.

An dem Tage der Kriegserklärung, dem 1. August, ereignete sich noch ein merkwürdiger Zwischenfall. Der deutsche Reichskanzler erhielt durch ein Telegramm des deutschen Botschafters in London, Fürsten Lichnowski, die Nachricht, Sir Edward Grey hätte ihn soeben durchs Telephon gefragt, ob Deutschland von einem Angriff auf Frankreich absehen würde, falls Frankreich neutral bliebe. Darauf telegraphierte der Kaiser selbst sogleich an den englischen König — und ebenso der Kanzler an den Fürsten Lichnowski —, daß aus technischen Gründen das deutsche Heer an beiden Grenzen mobilisiert werden müßte; dennoch würde der Vorschlag angenommen, und wenn die Neutralität Frankreichs von England gewährleistet würde, werde Deutschland Frankreich bestimmt nicht angreifen; der Befehl, die Grenze nicht zu überschreiten, würde gleichzeitig den Truppen übermittelt, und eine endgültige Antwort binnen 48 Stunden erwartet.

Die Antwort kam indessen sogleich in Gestalt eines Telegramms des Königs von England, in dem das Ganze für ein „Mißverständnis" erklärt wurde. Ob es sich nun tatsächlich um ein Mißverständnis handelte oder nicht, auch dieser Vorfall beweist, wie weit Deutschland vom Wunsch nach einem Krieg mit Frankreich oder gar von der Absicht, es anzugreifen, entfernt war[1]).

[1]) Diese Telegramme wurden von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" am 20. August 1914 veröffentlicht.

Angeſichts des ruſſiſch-franzöſiſchen Bündnisvertrages war es höchſt unwahrſcheinlich, daß Frankreich neutral bleiben würde, da die Franzoſen ſchon ſo lange den Wunſch hegten, mit Hilfe Rußlands an Deutſchland Rache zu nehmen und die ruſſiſchen Dienſte durch viele Jahre vorausbezahlt hatten. Herr Cambon hatte dies am 29. Juli klar ausgeſprochen (Blaubuch Nr. 87).

Jedenfalls iſt der franzöſiſchen Regierung zweimal die Neutralität angeboten worden. Nach ihrer Ablehnung war der Krieg zwiſchen Öſterreich und Rußland wie zwiſchen Frankreich und Deutſchland unvermeidlich. Nur die Haltung Englands war noch ungewiß.

Wiederholt hatten im Verlauf der Kriſe die ruſſiſchen und franzöſiſchen Staatsmänner die engliſche Regierung gedrängt, deutlich zu erklären, daß England ihnen in jedem Falle beiſtehen werde: „dann würde es nicht zum Kriege kommen". Noch am 30. Juli ſprach der Präſident der franzöſiſchen Republik ſeine Überzeugung aus, daß „der Friede zwiſchen den Mächten in den Händen Großbritanniens liege. Wenn die Regierung Sr. Majeſtät erklären würde, daß England Frankreich zu Hilfe kommen werde, falls aus dem gegenwärtigen Streitfall zwiſchen Öſterreich und Serbien ein deutſch-franzöſiſcher Krieg entſtünde, dann würde es zum Kriege gar nicht kommen, weil Deutſchland ſeine Haltung ſogleich ändern würde". (Sir George Buchanan an Sir Edward Grey am 25. und 27. Juli, Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan am 27. Juli, Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

am 30. Juli, Blaubuch Nr. 17, 44, 47, 99; M. Jules Cambon an M. Bienvenu-Martin am 25. Juli, Gelbbuch Nr. 47.)[1])

Es ist erstaunlich, in welchem Maß die Mächte des Dreiverbands jede ihre eigene Macht wie die ihrer Bundesgenossen überschätzte, sowie die Furcht, die die beiden Zentralmächte vor ihnen haben müßten.

Es wäre uns natürlich lieber gewesen, wenn England neutral geblieben wäre; viele erwarteten es. Die deutsche Regierung ließ denn auch nichts unversucht, um die englische zu einer neutralen Haltung zu bewegen; da indessen die geheimen Abmachungen zwischen England und den Staaten, die uns erklärtermaßen feindlich gesinnt waren, ihr nicht unbekannt geblieben war, so waren die Vorbereitungen für jeden Fall getroffen worden. Der Wahn, daß Deutschland oder Österreich sich von ihnen würde einschüchtern lassen, ist nur ein Beweis russischer und französischer Unkenntnis; aber auch ein Beweis, welche Seite von Anfang an eine drohende Haltung einnahm. Denn Österreich bedrohte nur Serbien, während Deutschland, das keinerlei Interessen im Spiele hatte, außer dem einen großen Interesse, durch den österreichisch-russischen Zwist zwischen Österreich und Rußland nicht in einen Krieg gezogen zu werden, überhaupt niemandem drohte. Aber andererseits hätten

[1]) Herr Cambon, der als Franzose die lebhaftere Phantasie besaß, glaubte sogar, aus Furcht davor, daß England am Krieg teilnehmen könnte, hätte Deutschland seine Mobilisierung verschoben, die, wie er „sehr argwöhnt", bereits am 29. Juli in Potsdam beschlossen worden (Note vom 30. Juli, Gelbbuch Nr. 105).

beide Mächte sich nicht von ihrem Standpunkt abschrecken lassen, wenn sechs Staaten sich gegen sie vereinigt hätten, wie es sich ja gezeigt hat.

Die englischen Staatsmänner, die wenigstens in dieser Hinsicht klüger waren, wußten dies wohl, und sie antworteten denn ihren Freunden auch, „solche Drohungen würden der deutschen Regierung nur den Nacken steifen, ihre eigene Rolle als Vermittler dagegen schwieriger machen"; aber sie gaben ihnen doch gleichzeitig zu verstehen, daß „England, wenn seine Ratschläge unbeachtet bleiben sollten, sich in einen Bundesgenossen verwandeln könnte", sowie daß „der Eindruck, England würde im Kriegsfall beiseite stehen, schon dadurch unmöglich wäre, weil die erste Flotte, die zufällig bei Portland versammelt sei, Befehl erhalten, sich nach dem Manöver nicht zu zerstreuen" (Blaubuch Nr. 17, 44 und 47).

Die Erklärung für die Haltung der britischen Regierung ist bereits im ersten Kapitel gegeben worden (s. S. 28 und 29).

Es waren aber nicht nur mit Frankreich und Rußland, sondern — dies war noch geheim — auch mit dem neutralen Belgien Abmachungen über ein gemeinsames militärisches Vorgehen getroffen worden. Und wenn zur Zeit, da das englisch-französische Abkommen zustande kam, im Herbst 1912, Sir Edward Grey in seinem Schreiben an Herrn Cambon ausdrücklich festgestellt hatte, daß „die Stellung und Verteilung der französischen wie der englischen Flotte in diesem Augenblick" — das heißt im November 1912 — „nicht eine solche sei, wie sie sich aus einer Verpflich-

tung zu einem Zuſammenwirken im Kriege ergeben müßte", ſo lagen die Dinge im Sommer 1914 weſentlich anders. In der Tat war nicht nur die erſte Schlachtflotte „zufällig" bei Portland verſammelt, ſondern faſt die ganze engliſche Flotte befand ſich „zufällig" in der Nordſee und die ganze franzöſiſche Flotte „zufällig" im Mittelmeer. Obſchon die Männer, die in England an der Regierung waren, den Zeitpunkt vielleicht für einen allgemeinen Krieg nicht ſo günſtig fanden, wie ein ſpäterer es ſein mochte, ſo waren ſie doch ganz entſchloſſen, nicht beiſeite zu ſtehen, ſondern die Gelegenheit zu benützen und vereint mit Rußland, Frankreich und was ſie an Bundesgenoſſen ſonſt noch finden konnten, Deutſchland wenn irgend möglich zu vernichten. Es handelte ſich für ſie nur darum, einen ſchillernden Grund zu finden, der die öffentliche Meinung in England mitreißen und für den Krieg gewinnen konnte. Ihre Politik war im Grunde nur eine Fortſetzung der alten engliſchen Politik, den jeweils ſtärkſten Staat auf dem europäiſchen Feſtland mit Hilfe von Bundesgenoſſen auf dem Feſtland niederzukämpfen. Sie wußten, daß ſie auf eine Partei im Lande zählen konnten, die gleich ihnen dachte „Germaniam esse delendam". Unter ſich hielten ſie mit ihren wahren Abſichten nicht zurück, und wer die glatte und vorſichtige Sprache des diplomatiſchen Verkehrs zu leſen verſteht, weiß, was es bedeutete, wenn Sir G. Buchanan am 24. Juli in Petersburg erklärte, „direkte britiſche Intereſſen ſeien in Serbien nicht auf dem Spiel, ein Krieg um dieſes Landes willen würde von der öffentlichen Mei-

nung in England nie gebilligt werden"; oder wenn Sir Edward Grey am 27. Juli dem russischen Botschafter in London sagte, „der Eindruck, daß England in jedem Falle beiseite stehen werde, sei ja schon infolge der der ersten Schlachtflotte erteilten Befehle unmöglich", obschon er natürlich hinzufügte, „daß diese Anspielung jedoch nicht so aufgefaßt werden dürfe, als ob sie irgend mehr als das Versprechen einer diplomatischen Aktion bedeutete". Mehr zu versprechen war einem englischen Minister nicht möglich, aber es war ihm unbenommen, nachher viel mehr zu tun, als er versprach, und schon jetzt unbenommen, sehr viel mehr anzudeuten. Der stellvertretende französische Minister des Äußern, Herr Bienvenu-Martin, verstand dies auch vollkommen, und sprach „seine Dankbarkeit für dieses Versprechen aus; er erkenne sehr wohl, daß es der Regierung Seiner Majestät unmöglich sei, sich in einer Frage mit Rußland solidarisch zu erklären, die Österreich und Serbien betreffe, und in ihrer gegenwärtigen Phase England in keiner Weise berühre" (Blaubuch Nr. 6, 47, 62). Das war am 28. Als Sir Edward Grey am folgenden Tage seine Haltung dem französischen Botschafter erklärte, antwortete auch Herr Paul Cambon, „er verstehe, es handle sich um eine Balkanstreitigkeit; und auch in einem Kampf um die Vorherrschaft zwischen Germanen und Slaven würde England sich nicht berufen fühlen, einzugreifen; sollten indessen andere Fragen aufgerollt, Deutschland und Frankreich ins Spiel gezogen werden, so daß die Vorherrschaft in Europa das Endziel werden könnte, dann würde die

englische Regierung entscheiden, was sie zu tun hätte." „Herr Cambon", bemerkt Sir Edward Grey weiter, „schien auf diese Mitteilung vollkommen vorbereitet und machte keine Bemerkung darüber." Cambon stellte jedoch für alle Fälle fest, daß „Frankreich verpflichtet sei, Rußland zu helfen, wenn es angegriffen würde" (Sir Edward Grey an Sir F. Bertie, Blaubuch Nr. 87).

Am 31. Juli gab Sir Edward Grey der französischen Regierung nochmals durch seinen Botschafter eine beruhigende Versicherung, die zwar mit den Worten begann: „Niemand hat bei uns das Gefühl, daß soweit der Streitfall sich bisher entwickelt hat, englische Verträge oder Verpflichtungen ins Spiel gezogen sind..." denen aber sofort die bedeutsame Erklärung folgte: „Die deutsche Regierung erwartet nicht, daß wir neutral bleiben werden." — „Wir können uns nicht unbedingt verpflichten, an einem Kriege teilzunehmen", sagte er weiter; als jedoch der französische Botschafter die englische Regierung dringend bat, sich diese Erklärung nochmals zu überlegen, da fügte er diesen Worten die nicht minder bedeutsame Erläuterung hinzu: „Wir würden uns nicht rechtfertigen können, wenn wir uns in diesem Augenblick verpflichteten, einzugreifen, aber wir werden die Sachlage sicherlich sogleich nochmals in Erwägung ziehen, sowie sie eine neue Wendung genommen hat." Und am gleichen Tage tat er die noch deutlichere Äußerung: „Eine neue Wendung könnte die Sachlage ändern und Regierung und Parlament zur Ansicht bringen, daß ein Eingreifen gerechtfertigt sei" (Blaubuch Nr. 116, 119).

Die Worte „in ihrer gegenwärtigen Phase", „soweit der Streitfall sich bisher entwickelt hat", „im gegenwärtigen Augenblick", „eine neue Wendung könnte die Sachlage ändern" und ähnliche kehren in jeder Note wieder, und gerade auf diese Worte kam es an. Sie wurden auch auf der andern Seite vollkommen verstanden. Durch solche bedingte Äußerungen und Zusagen fühlte der Staatssekretär sich einerseits vollkommen gedeckt und erweckte doch in dem Hörer die bedeutsamsten Hoffnungen. Sir Edward Grey besaß in hohem Grade die Kunst, sehr viel zu sagen, während er gar nichts zu sagen schien. Sein Eiertanz zwischen schwerwiegenden Versprechungen an die Adresse Rußlands und Frankreichs und unverbindlichen Erklärungen im Namen Englands war in seiner Art eine glänzende Leistung.

Er hatte kein Versprechen gegeben, das englische Volk war durch keinerlei Abkommen gebunden, und dennoch mußten die Bundesgenossen wissen, daß sie auf England zählen konnten. Mit dem ehrlichsten Gesicht der Welt und mit vielen guten Worten hatte er nach allen Seiten den Frieden vermittelt, während er zugleich den furchtbarsten Krieg vorbereitete und gerade durch sein Verhalten unvermeidlich machte. Er hatte zu jedermann mit dem Munde Wahrheit gesprochen, und dabei doch sein eigenes Land und die weite Welt betrogen. Selbst der deutschen Regierung hatte er im geeigneten Augenblick eine höfliche und freundschaftliche Warnung zukommen lassen: sie konnte, sie sollte wenigstens, sich nicht beklagen können (s. Blaubuch Nr. 85 und 89).

Er wartete eben auf die „neue Wendung“ und er wußte, daß sie nicht ausbleiben würde. Im Grunde trug er sie seit zwei Jahren bereits in der Tasche, und am 31. Juli 1914 zog er sie hervor und hielt sie dem Deutschen Reich, mehr noch dem eigenen Parlament triumphierend entgegen.

Er fragte bei der französischen wie bei der deutschen Regierung in zwei gleichlautenden Telegrammen an, ob „sie sich verpflichten wollten, die belgische Neutralität zu achten, so lange sie durch keine andere Macht verletzt würde“.

Die französische Regierung machte ein tugendhaftes Gesicht und antwortete, nichts sei ihr heiliger als Belgiens Neutralität.

Die deutsche Regierung lehnte es ab, sich augenblicklich zu erklären, weil sie damit ihre militärischen Pläne preisgegeben hätte — sie wünschte vorerst durch ihren Botschafter in England, den Fürsten Lichnowski, zu erfahren, ob, wenn Deutschland das Versprechen geben würde, die belgische Neutralität nicht zu verletzen, auch England sich verpflichten würde, neutral zu bleiben.

Sir Edward Grey antwortete, das könne er noch nicht sagen, er glaube nicht, daß er auf diese eine Bedingung hin das Versprechen geben könne, neutral zu bleiben.

Zwei Tage vorher hatte der deutsche Reichskanzler sich erboten, falls England neutral bleibe, im Falle eines deutschen Sieges kein französisches Gebiet zu fordern. Darauf hatte Sir Edward Grey entrüstet geantwortet, daß „es eine Schmach für Eng-

land wäre, auf Kosten Frankreichs solch einen Handel mit Deutschland zu schließen, eine Schmach, von der der gute Name des Landes niemals wieder reinzuwaschen wäre". Darauf wurde das weitere Angebot gemacht, die deutsche Flotte auf jeden Angriff der französischen Küste im Kanal verzichten zu lassen, aber auch dies wurde als ungenügend zurückgewiesen.

Nun drang der Botschafter in den Staatssekretär, er möge seine Bedingungen selbst formulieren, wobei er es als nicht unmöglich hinstellte, daß nicht nur die Integrität Frankreichs, sondern auch die seiner Kolonien verbürgt werden könnte.

So in die Enge getrieben, erklärte der Staatssekretär, er müsse jedes Versprechen, unter solchen Bedingungen neutral zu bleiben, endgültig ablehnen; er könne nur sagen: „Wir müssen uns die Freiheit unserer Entschließungen wahren." („We must keep our hands free." Blaubuch Nr. 123.)

Hier ist wohl die Frage gestattet: Ja, unter welchen Bedingungen hätte Sir Edward Grey sich demnach überhaupt verpflichtet, neutral zu bleiben?

Vielleicht gibt es, soweit die englische Politik in Frage kommt, im ganzen Blaubuch kein wichtigeres Dokument als dieses Telegramm. Es ist als Beweisstück um so unschätzbarer, als es von Sir Edward Grey selbst herrührt, so daß er hier nicht sagen kann, er wäre mißverstanden worden oder der Inhalt des Gesprächs sei unrichtig wiedergegeben.

Sein Entschluß war längst gefaßt. England wollte am Kriege gegen Deutschland teilnehmen; es fehlte nur noch das sittliche Mäntelchen, der bühnengerechte

Vorwand für die Zuschauerschaft. Wenn wir hierfür noch eines weiteren Beweises bedürften, so wäre er in dem bereits auf Seite 65 erwähnten Schreiben des belgischen Vertreters zu Petersburg, Herrn von l'Escaille, vom 30. Juli gegeben, in dem es heißt: „Sir George Buchanan habe zwar anfangs gesagt, England wolle sich nicht in einen Zwist hineinziehen lassen, aber jetzt habe die russische Regierung die Versicherung, daß England Frankreich helfen wird." „L'Angleterre a commencé par donner à entendre qu'elle ne voulait pas se laisser entraîner dans un conflit. Sir George Buchanan le disait ouvertement. Aujourdhui on est fermement convaincu à St. Petersbourg, on a même l'assurance, que l'Angleterre soutiendra la France. Cet appui est d'un poids énorme et n'a pas peu contribué à donner la haute main au parti de la guerre." Wörtlich sagt es der belgische Geschäftsträger: „Die englische Unterstützung hat nicht wenig dazu beigetragen der Kriegspartei in Rußland die Oberhand zu geben."

Die scheinbar überflüssige Frage, ob Deutschland und Frankreich sich verpflichten wollten, die belgische Neutralität zu achten — doppelt überflüssig, weil Sir Edward Grey im voraus wußte, wie die Antworten lauten würden, und weil diese Antworten, wie immer sie lauteten, auf seine Haltung keinen Einfluß haben konnten — diese Frage sowohl, wie seine wiederholte Forderung einer bestimmten Erklärung von deutscher Seite, werden erst verständlich, wenn man bedenkt, daß, wie gleichgültig die Antwort für seine eigenen

Entſchlüſſe ſein mochte, er ſie dennoch dringend brauchte, um die öffentliche Meinung in England wie im Ausland aufregen zu können. Er ſagte es dem Fürſten Lichnowski ganz offen: „Unſere Haltung hier wird in hohem Grade von der öffentlichen Meinung beſtimmt und die Frage der belgiſchen Neutralität müßte die öffentliche Meinung in dieſem Lande in hohem Grade intereſſieren.“ Im Geſpräch mit dem Botſchafter mußten dieſe zweideutigen Worte den Eindruck machen, als wünſche er das deutſche Verſprechen, um die öffentliche Meinung in England zu beruhigen, während er in der Tat das Gegenteil wünſchte. Er wäre ſehr in Verlegenheit geraten, wenn Deutſchland wider alles Erwarten die verlangte Erklärung abgegeben, und ſich zur Achtung der belgiſchen Neutralität verpflichtet hätte. Er wußte indeſſen, daß dies völlig unmöglich war und daß er ſeines Spieles ſicher ſein konnte.

Um die Frage der belgiſchen Neutralität richtig verſtehen und beurteilen zu können, muß man die militäriſche und politiſche Situation Deutſchlands und Belgiens im Auge behalten. Und da die deutſche Auffaſſung als parteiiſch gelten könnte, ſo möge das Urteil eines Engländers in der Frage gehört werden. Einer der bekannteſten engliſchen Militärſchriftſteller, Mr. Hilaire Belloc, veröffentlichte im Mai 1912 im „London Magazine“ einen Aufſatz, den er „In case of war“, „Im Falle des Krieges“ nannte[1]). Er

[1]) Eine deutſche Überſetzung des Aufſatzes iſt im Militärwochenblatt in den letzten Heften des September 1914 erſchienen, deſſen Schriftleitung mir die engliſche Urſchrift liebenswürdigerweiſe zur Verfügung ſtellte.

führt darin aus, daß — wie schon auf Seite 19 dieser Schrift gesagt worden —, die eigenartige Lage der deutschen Westgrenze für Frankreich eine äußerst günstige ist, da die Vogesen gleichsam einen natürlichen Schutzwall bilden; hinter ihnen liegt die gewaltige Festungskette von Verdun bis Belfort, an der die deutsche Offensive zerschellen oder doch nur unter schrecklichen Opfern und mit verhängnisvollem Zeitverlust durchbrechen könnte. Der gegenwärtige Krieg hat genugsam bewiesen, wie sehr der englische Autor mit dieser Behauptung recht hatte. Ein deutscher Angriff auf Frankreich bot geringe Aussichten: Deutschland hingegen liegt französischen Einfällen gegenüber offen da. Bei weitem weniger gut geschützt ist die Grenze Frankreichs gegen Belgien. Hier liegen keine Festungen von besonderem Wert, noch schwere natürliche Hindernisse. Hier allein könnte ein deutscher Einfall mit Erfolg versucht werden. Zum Glück liegt das neutrale Belgien zwischen beiden Ländern, und, was wichtiger erscheint, das neutrale Belgien ist gerade an seiner deutschen Grenze durch mächtige Befestigungen gesichert. Mr. Belloc sagt — auf S. 283 — wörtlich: „Die strategische Grenze Frankreichs fällt im Norden nicht mit seiner politischen Grenze zusammen", und — auf S. 286 — „die tatsächliche strategische Grenze Frankreichs ist die Maas".

Bei dieser Lage der Dinge wird Deutschland natürlich den Versuch machen müssen, Frankreich durch Belgien auf dem Wege über Belgien anzugreifen. „Wir wollen es zum Ausgangspunkt unserer Be-

trachtung machen", sagt Mr. Belloc auf S. 284/85 „daß die Deutschen die Maas bei Lüttich übersetzen wollen und müssen".

Minder wichtig scheint uns, daß Mr. Belloc weiter ausführt, daß es „sich kläglich verrechnen hieße", wenn man die Einnahme und Besetzung einer Festung wie Lüttich für „die Sache weniger Stunden oder auch Tage" halten wollte: „alle Berechnungen, die die Erstürmung der Befestigungen von Lüttich zur Voraussetzung haben, sind Berechnungen, die zur sicheren Niederlage führen müssen." Unwichtig auch die Maßnahmen, die England nach Mr. Bellocs Meinung treffen müßte, um Belgien gegen Deutschland beizustehen, sowie seine Anschauung, daß, „solange Deutschland nicht die Seeherrschaft erworben, Antwerpen der Stützpunkt einer ins Unbegrenzte zu vermehrenden Truppenmacht werden könnte."

Für uns ist nur wichtig, daß der englische Sachverständige erklärt, Deutschland habe keine andere Wahl, als durch Belgien zu marschieren, um Frankreich anzugreifen. Nebenhin läßt er wohl die Bemerkung fallen, daß dies nicht zu befürchten stünde, „wenn die Berliner Regierung die Heiligkeit der Verträge achten würde", und daß „solch ein Vorgehen abscheulich und verräterisch wäre", und macht damit gleichsam eine flüchtige Verbeugung vor der Moral mit jener in der Politik gebräuchlichen Heuchelei, deren wesentlicher Inhalt sich in dem Satz zusammenfassen läßt: „Wenn ich für mein Land Unrecht tue, so ist es herrlich, tust du aber Unrecht für deines, so ist es abscheulicher Vertragsbruch." Im ganzen interessiert

ihn die Heiligkeit der Verträge nicht sonderlich: zwei Zeilen sind in dem ganzen Aufsatz der moralischen und viele Seiten der militärischen Seite der Frage gewidmet.

Deutschland hatte in der Tat keine andere Wahl. Auf der einen Seite bedrohte Rußland mit seinen Riesenheeren eine ungeschützte Grenze, auf der anderen konnte Frankreich, gegen einen Angriff geschützt, den Krieg mit Leichtigkeit in deutsches Gebiet tragen. Deutschland war verloren, wenn es einen Augenblick zögerte, den Weg einzuschlagen, den der englische Autor ihm zwei Jahre vorher als einzig möglichen gewiesen hatte.

Man stelle sich nur vor, wie der General, der Minister in England empfangen worden wäre, der im gleichen Fall erklärt hätte: „England hätte siegen, ich hätte mein Vaterland retten können, wenn ich mich entschlossen hätte, durch neutrales Gebiet zu marschieren; aber man hat mir stets gesagt, dies dürfe nicht sein; ich weiß, daß meine Landsleute auf dem Gebiet der Moral unerbittlich sind; sie würden mir nie verzeihen, wenn ich sie durch eine vertragswidrige Handlung gerettet hätte." Man sieht es im Geist, wie Sir Edward Grey dem Mann auf die Schulter geklopft, wie man ihn im Triumph als sittlichen Helden durch die Straßen Londons getragen hätte.

Frankreich, dem die Lage der Dinge den größten Vorteil bot, dem die belgische Neutralität Armeen und Festungen ersparte, hatte leicht versprechen, daß es sie achten würde. Wie aber, wenn die französische Heeresleitung im Verlauf des Krieges gut befunden

hätte, das Versprechen nicht zu halten? Wer bürgte Deutschland dafür, daß wenn es selbst das belgische Gebiet unbesetzt ließ, nicht im gelegenen Zeitpunkt eine französische Armee durchmarschieren, der deutschen in die rechte Flanke fallen würde, während diese die französischen Festungen bedrohte? Sollte die Loyalität der französischen Regierung die einzige und hinreichende Bürgschaft sein? Oder war vielleicht England bereit, ihr sofort den Krieg zu erklären, wenn sie ihr Versprechen nicht hielt? Und wie wenn gar beide Nachbarn im Norden sich nicht daran gehalten hätten, Frankreich und England, das sich ja durchaus nicht verpflichten wollte, neutral zu bleiben? Wir haben ja im Verlauf des Krieges gesehen, wie England die griechische, die chilenische, die Neutralität des Suezkanals achtete, wie sehr es seinerseits überhaupt „die Heiligkeit der Verträge" wahrte.

Die Frage ist bereits von einem Mitglied des englischen Parlaments, Mr. Ponsonby, beantwortet worden: von den dreizehn Fragen, die er in der „Nation" veröffentlichte, lautet die vierte: „Würden wir Frankreich den Krieg erklärt haben, wenn es im Interesse seiner eigenen Sicherheit es notwendig gefunden hätte, eine französische Armee die belgische Grenze überschreiten zu lassen?" — Antwort: „Nein!"

Seither ist noch eine andere unerwartete Antwort auf diese Frage erfolgt. Die Welt weiß, daß, als Herr von Bethmann Hollweg am 4. August im Reichstag erklärte, daß wir nicht anders könnten, daß wir — wie Herr Belloc längst aufs klarste be-

wieſen — gezwungen waren, durch Belgien zu marſchieren, England ſofort den Krieg erklärte. Die Welt weiß auch, daß die deutſchen Heere — dies ſehr gegen Herrn Bellocs Vorausſicht — die belgiſchen Feſtungen in wenigen Tagen ſtürmten und faſt ganz Belgien beſetzen. Im Kriegsminiſterium zu Brüſſel wurden höchſt intereſſante Akten gefunden, darunter ein Bericht des belgiſchen Generalſtabschefs General Ducarme vom 10. April 1906 an den Kriegsminiſter, in dem der General über eine Unterredung mit dem britiſchen Militärattaché Oberſtleutnant Barnardiſton berichtet. Sie hatten über eine Landung britiſcher Truppen in Belgien im Fall eines deutſchen Angriffs geſprochen. Alles war in dem Bericht erwogen und abgemacht: die Truppenſtärke — es ſollten 100000 Mann ſein, die Waffengattungen, der Landungsplatz — für den Dünkirchen in Ausſicht genommen war, weil Antwerpen mehr Zeit beanſpruchen würde, — die Eiſenbahnlinien, auf denen die weitere Überführung der Truppen erfolgen ſollte, die Zeit, die der ganze Plan zur Ausführung erfordern würde. Weiter iſt darin abgemacht, daß Generalſtabskarten für die engliſchen Offiziere anzufertigen ſind, Abbildungen belgiſcher Uniformen ſowie Überſetzungen beſtimmter belgiſcher Inſtruktionen; jedem engliſchen Korps ſollten belgiſche Stabsoffiziere zugewieſen werden. In einer Fußnote zu dem Bericht wird bemerkt, der engliſche General Grierſon habe General Ducarme mitgeteilt, daß auch 150000 Mann gelandet werden könnten. Natürlich fehlt auch hier nicht die wohlbekannte Formel, daß „die engliſche Regierung durch dieſe Ab-

machungen nicht gebunden sein sollte", und auf dem Rand steht geschrieben: „L'entrée des Anglais ne se ferait qu'après la violation de notre neutralité par l'Allemagne."

Ein paar Jahre später indessen fand eine neue Besprechung zwischen dem englischen Militärattaché und dem belgischen General Jungbluth statt, über die wiederum Bericht erstattet wurde. Dieser neue Bericht weist als Datum nur den 23. April aus, das Jahr ist nicht angegeben, aber nach dem Inhalt ist zu schließen, daß die Besprechung im Jahre 1911 oder 1912 stattgefunden haben muß. Der Bericht selbst rührt vom Grafen van der Straten im belgischen Ministerium des Äußern her. Darnach würde England „während der letzten Ereignisse", wie Oberst Bridges dem General Jungbluth mitteilte, 160000 Mann gelandet haben, und als der belgische General bemerkte, daß hierzu wohl erst die Zustimmung der belgischen Regierung erforderlich gewesen wäre, erwiderte der englische Offizier, daß er dies wohl wüßte, daß aber angesichts der Tatsache, daß Belgien nicht imstande wäre, einem deutschen Angriff allein die Spitze zu bieten, England seine Truppen in jedem Falle gelandet hätte[1]).

In den Taschen getöteter oder gefangener englischer Offiziere wurden denn auch nicht nur genaue Karten

[1]) Man vergleiche den Text des deutschen Ultimatums, das Herr v. Below-Saleske am 2. August 1914 in Brüssel überreichte: „Die Kaiserliche Regierung fürchtet, daß Belgien trotz den besten Absichten nicht imstande sein dürfte, einen Durchmarsch französischer Truppen zu verhindern ... Deutschland ist durch die Handlungen seiner Gegner gezwungen, belgisches Gebiet zu verletzen."

von Belgien gefunden, sondern auch umfangreiche militärische Informationen, die Belgien betrafen, in englischer Übersetzung gefunden, die nur von den belgischen Militärbehörden in langer Arbeit vorbereitet und ausgeliefert worden sein konnten. Auf jedem Exemplar standen die Worte „Property of the Crown", „Staatseigentum", gedruckt, sowie Weisungen an den Inhaber, die ihn zu strengem Geheimnis verpflichteten.

Man fand noch mehr: einer der Sekretäre der englischen Gesandtschaft in Brüssel, Mr. Grant Watson, war dort zurückgeblieben und wurde von den deutschen Truppen verhaftet. In seinem Besitz wurden geheime Mitteilungen über die belgische Mobilisierung gefunden sowie über die Verteidigungsmaßregeln und den Stand der Vorräte in Antwerpen, datiert vom 27. Mai 1913, und auch ein Stück Papier, auf dem handschriftlich geschrieben stand:

„Renseignements:

1. Les officiers français ont reçu ordre de rejoindre dès le 27. après-midi;
2. Le même jour, le chef de gare de Feignies a reçu ordre de concentrer vers Maubeuge tous les wagons fermés disponibles, en vue de transports de troupes.

Communiqué par la brigade de gendarmerie de Frameries."[1])

[1]) Alle diese Dokumente sind im Auftrag der deutschen Regierung vervielfältigt und die Faksimiles den Regierungen der neutralen Staaten mitgeteilt worden.

Feignies ist eine Eisenbahnstation in Frankreich, die 3 km von der belgischen Grenze entfernt liegt, Frameries eine Station der gleichen Strecke auf belgischem Gebiet und etwa 10 km von der Grenze gelegen. Wohin sollten diese französischen Truppen, für die bereits am 27. Juli 1914, also sechs Tage vor der Überreichung des deutschen Ultimatums, die Wagen auf der Linie nach Belgien bereitgestellt wurden, denn von Maubeuge aus gehen? Und wieso besaß der englische Gesandtschaftssekretär die Informationen belgischer Gendarmerieposten über französische Mobilisierungsmaßregeln? Mr. Grant Watson hatte die Papiere bei seiner Verhaftung noch rasch zu vernichten gesucht: in dem Augenblick wurden sie beschlagnahmt.

Nach alledem haben wir ein volles Recht zur Frage: Kann ein Staat noch als neutral gelten, der mit der einen Seite einen Militärvertrag schließt und nicht mit der anderen zugleich?

Ist ein Staat neutral, der einem Nachbar den Durchmarsch durch sein Gebiet bereitwillig gestattet, dem andern aber den Krieg zu erklären entschlossen ist, wenn er den Durchmarsch versuchen sollte?

Ist ein Staat neutral, der der einen Seite Karten und Mitteilungen über seine sorgfältigst gehüteten militärischen Geheimnisse liefert und der andern nicht?[1])

[1]) Die belgische Regierung war gewarnt worden. Ihr Gesandter in Berlin, Baron Greindl, hatte ihr die Folgen einseitiger Abmachungen mit der Triple-Entente vorgehalten und die Vorschläge des Oberst Barnardiston als „ebenso naiv wie perfid" bezeichnet. In voller

Man nehme an, die Sache wäre umgekehrt gewesen: die belgische Regierung hätte all diese Abmachungen mit Deutschland getroffen, sie hätte, wie es noch vor wenigen Jahrzehnten in der Tat der Fall gewesen war, französische Pläne, und zwar nicht nur den Durchmarsch fürchten müssen; man weiß, wie gerne Napoleon III. Belgien genommen hätte. Glaubt irgend jemand wirklich, daß England und Frankreich einverstanden gewesen und freudig erklärt hätten: „Sobald ihr hinzufügt, das alles geschehe nur um der Neutralität willen und nur um künftigen Verletzungen vorzubeugen, dann waren euere Besprechungen, wie detailliert sie sein und den Einmarsch deutscher Truppen vorbereiten mochten, ganz in Ordnung und im Einklang mit den internationalen Verträgen." Glaubt man wirklich, daß die englische und französische Regierung dies zugeben würden? Wenn nun noch die belgische Regierung überdies durch die deutsche zu starken militärischen Rüstungen gedrängt worden wäre, was hätten die englische und die französische wohl zu dem allen gesagt? Daß dies geschehen ist — nur in umgekehrter Weise, durch England und Frankreich — das ist durch den unverdächtigsten aller Zeugen, den belgischen Abgeordneten Louis de Brouckère

Kenntnis alles Vorangegangenen wagte der belgische Minister des Äußern, Herr Davignon, in einer Note an den deutschen Gesandten v. Below-Saleske vom 3. August 1914 (Belgisches Graubuch Nr. 22) zu erklären: „Belgien ist all seinen internationalen Verpflichtungen stets getreu gewesen; es hat seine Pflicht im Geist unparteilicher Loyalität erfüllt", und er wiederholte diese Worte in einer Note an alle belgischen Vertreter im Ausland am 5. August (Graubuch Nr. 44).

festgestellt worden, der in der „Neuen Zeit" im Juli 1914 wörtlich schrieb:

„Schon wenige Tage nach den Wahlen (von 1912) gab man den dringenden Vorstellungen Frankreichs, Englands und zweifellos auch Rußlands nach, und Herr de Brocqueville brachte einen Gesetzentwurf ein, der die allgemeine Wehrpflicht einführte"... „Unsere Feldarmee ist nach dem Befehl der Triple-Entente, die sich zur Beschützerin unserer Besitzungen aufgeworfen hat, auf die Stärke von 150000 Mann gebracht worden"... „Morgen wird uns vielleicht England, das nur bei sich den Militärdienst als lästig ansieht, wieder zur Erfüllung unserer Verpflichtungen auffordern"... „Wir müssen nach den Befehlen der Triple-Entente tanzen, tanzen bis zum Tode!"

Klarer könnte kaum gesagt werden, auf welcher Seite und in welchem Dienste die belgische Regierung rüstete. Und mit tragischer Voraussicht des kommenden Geschicks!

Man beachte und vereine alle Elemente: das Land war durch seine Lage eine Aufmarschsicherung für Frankreich und England, seine Festungen verteidigten ihre Grenze; es bildete einen Teil ihrer strategischen Berechnungen; seine Regierung hatte mit beiden Abmachungen getroffen, diese seine strategische Lage zu ihren Gunsten noch zu stärken, Abmachungen, die unbedingt und einseitig gegen Deutschland gerichtet waren (denn Abmachungen gegen einen etwaigen englischen oder französischen Durchmarsch waren nicht getroffen worden); es hatte auf den Wunsch dieser beiden Länder außerordentliche, ebenso einseitig gegen

Deutschland gerichtete Rüstungen vorgenommen; die Sympathien der Bevölkerung und der Presse waren auf französischer Seite — ja was sollte und konnte denn gegen das Wesen und den Geist der belgischen Neutralität eigentlich noch mehr geschehen?

Die deutsche Regierung, könnte jemand einwenden, wird dadurch nicht gerechtfertigt, denn wenn sie auch ähnliche Machenschaften ahnen mochte, so hatte sie doch am 4. August noch keinen vollen Beweis dafür in Händen.

Aber die englische Regierung hatte den Beweis in Händen, daß Belgien nicht mehr neutral war, und spielte ihre Komödie trotzdem weiter! Das, was sie der deutschen Regierung zum Vorwurf machte und wofür sie ihr den Krieg erklärte, hatte sie selbst zu tun sich längst entschlossen und dies auch erklärt.

Deutschland gedachte weder belgisches Gebiet an sich zu reißen, noch Belgiens Unabhängigkeit anzutasten: zweimal bot es dem Lande den Frieden und Ersatz allen Schadens nach dem Kriege an: es begehrte nichts weiter als den Durchmarsch, also genau das, was England mit oder ohne Zustimmung der belgischen Regierung tun zu wollen erklärt hatte. Die deutsche wie die englische Forderung waren, wie auf Seite 146 gezeigt worden, fast wörtlich gleichlautend gewesen.

Wäre die belgische Regierung neutral gewesen, so hätte sie offenbar beide annehmen oder beide mit gleicher Entrüstung zurückweisen müssen, hätte die deutsche Regierung ebenso dringend um Hilfe angehen müssen, wie später die englische. Aber Belgien

war schon seit langem Frankreichs und Englands heimlicher Bundesgenosse.

Wäre die englische Regierung ehrlich gewesen, so hätte sie jeden andern Vorwand zur Kriegserklärung nehmen müssen, nur diesen nicht.

Man höre Mr. Asquith im englischen Parlament am 6. August 1914: „Was bedeutet der deutsche Vorschlag wirklich? Nur das möchte ich das Haus fragen. Ich tue dies nicht, um die Leidenschaften zu entflammen, am wenigsten mit der Absicht, die Empfindungen gegen Deutschland aufzustacheln (‚O Bürger, strebt' ich Herz und Mut in euch — Zur Wut und zur Empörung zu entflammen — So tät ich Brutus und auch Cassius unrecht — Die ihr als ehrenwerte Männer kennt!') ich tue dies lediglich, um die Haltung der englischen Regierung in dieser Sache zu rechtfertigen und klarzulegen. Was bedeutete dieser Vorschlag? Er bedeutete erstens dies: wir sollten hinter dem Rücken Frankreichs — denn ihm wurde der Vorschlag ja gar nicht mitgeteilt — Deutschland volle Freiheit geben, im Fall eines siegreichen Krieges die gesamten außereuropäischen Herrschaftsgebiete und Besitzungen Frankreichs zu annektieren. Was bedeutete der Vorschlag hinsichtlich Belgiens? Was hätten wir antworten sollen, als Belgien in diesen letzten Tagen den rührenden Ruf an uns richtete, unsere feierliche Bürgschaftspflicht für seine Neutralität zu erfüllen? Was hätten wir auf den belgischen Hilferuf antworten sollen? Wir hätten sagen müssen, daß wir ohne sein Wissen unsere Verpflichtung, unser gegebenes Wort an die Macht

verſchachert hatten, die es bedrohten. Das Haus und auch das Land hat in den letzten Stunden ſicherlich den ſo pathetiſchen Hilferuf geleſen, den der König von Belgien an uns gerichtet hat, und ich beneide den Mann nicht, der dieſen Hilferuf mit ungerührtem Herzen leſen kann. Belgier kämpfen, Belgier fallen. In welcher Lage wäre Großbritannien heute dieſem Schauſpiel gegenüber, wenn es jenen ſchändlichen Vorſchlag angenommen hätte? Ja, und was ſollten wir dafür erhalten? Ein Verſprechen, nichts weiter; ein Verſprechen, daß Deutſchland in beſtimmten Fällen dies oder jenes tun würde; ein Verſprechen, notabene — es tut mir leid, dies ſagen zu müſſen, aber es muß aufgezeichnet werden, — das eine Macht gibt, die im ſelben Atem erklärt, einen Vertrag nicht einhalten zu wollen, und uns einlädt, das gleiche zu tun. Ich kann nur ſagen, wenn wir geſchwankt oder gezaudert hätten, hätten wir uns als Regierung mit Unehre bedeckt und die Intereſſen des Landes, die uns anvertraut ſind, verraten."

Schön und pathetiſch mögen dieſe Worte in den Ohren von Hörern geklungen haben, die nicht ahnten, welche Komödie ihnen vorgeſpielt wurde, die von den vorangegangenen Abmachungen nichts wußten, noch ahnten, welche Komödie in den beiden Telegrammen Sir Edward Greys von ihrer Regierung geſpielt und nun im Parlament weitergeſpielt wurde.

Wir aber, die wir die Komödie kennen, und hören, wie Mr. Asquith ſeinen Abſcheu davor erklärte, hinter dem Rücken einer befreundeten Macht Abmachungen zu treffen, wie er das deutſche Anerbieten, Frankreichs eu-

ropäisches Gebiet auch im Fall eines Sieges zu schonen, als die „Forderung, Frankreichs Kolonien zu annektieren" darstellte, die wir ihn von dem „rührenden Hilferuf des belgischen Königs" reden hören und wissen, daß dies alles ein abgekartetes Spiel war, daß sein Militärattaché erklärt hatte, England würde in Belgien sofort einmarschieren, wenn der „Hilferuf" nicht erfolgte, wie sollen wir solch ein Vorgehen bezeichnen?

Die viel getadelte Erklärung des deutschen Kanzlers vom 4. August mag im Augenblick unpolitisch gewesen sein; aber sie wird für alle Zukunft ein Denkmal deutscher Geradheit bleiben. Herrn Asquiths Erklärung war ohne Zweifel als schauspielerische Leistung bedeutender, und viel besser geeignet, nahe und ferne Zuhörer hinters Licht zu führen; aber die Geschichte bringt Klarheit, und man wird in Zukunft wissen, auf wen man sich verlassen kann.

Erst in den letzten Worten Mr. Asquiths, in denen er sagt, daß nicht nur die Ehre, sondern auch der Vorteil seines Landes die Teilnahme Englands am Kriege erforderte, und erst in der zweiten Hälfte dieser Erklärung, bricht ein Schimmer von Wahrheit aus seinen Worten.

„Ehre und Vorteil" haben nach Mr. Asquith Englands Haltung bedingt. In dieser Doppelfirma ist der eine Partner „Ehre" eine höchst unmaßgebliche Persönlichkeit von guter Erscheinung, die das Haus vertreten darf, so oft der andere Partner dies unbedenklich findet, die aber sogleich verstummen muß und nicht ein Wort mitsprechen darf, wenn ihre

Anschauungen und Forderungen nicht mit denen des vollkommen herzlosen Geschäftsmanns übereinstimmen, der der wahre Chef des Hauses ist und sich die Geschäftsleitung allein und ausschließlich vorbehalten hat.

In wieviel Verträgen hat die großbritannische Regierung seit dem Jahre 1878 die Integrität der Türkei gewährleistet und zu schirmen sich verpflichtet? Aber trotz so vielen feierlichen Versprechungen fühlte sie sich 1912 nicht verpflichtet, ihr „verpfändetes Wort" zu halten, sondern lieferte „eine befreundete Macht" an Rußland und den Balkanbund aus. Damals kam die „Ehre" Englands offenbar nicht in Frage, noch schauderte die Regierung des Herrn Asquith damals davor zurück, „Verpflichtungen hinter dem Rücken einer befreundeten Macht zu verschachern".

Im Jahr 1914 hingegen fuhr Mr. Pecksniff-Asquith fort: „Wenn man mich fragt, wofür wir kämpfen, so antworte ich in zwei Sätzen: erstens um eine feierliche internationale Vertragspflicht zu erfüllen, eine Verpflichtung, die, wenn sie ähnlich im Privatleben von zwei Personen eingegangen würde, nicht nur als eine gesetzliche, sondern als eine Ehrenpflicht erscheinen müßte, die kein Mensch, der sich selbst achtet, zu erfüllen weigern dürfte. Zweitens, sage ich, kämpfen wir für ein Prinzip, das in diesen Tagen, in denen die bloße Kraft, die materielle Kraft bisweilen als der entscheidende Faktor in der Entwicklung der Menschheit scheint[1]), wir kämpfen für das Prinzip, daß die kleinen Nationalitäten nicht gegen Treu und Glauben

[1]) Hier fehlen offenbar ein paar Worte in der offiziellen Wiedergabe der Rede.

von der Willkür eines übermächtigen Großstaates niedergetreten werden." So der leitende Minister des britischen Weltreichs, das mit seiner Übermacht zahllose kleinere Nationalitäten niedertritt, die zähneknirschend in ihrer Ohnmacht zum Widerstande, sein Joch ertragen. Als er so sprach, vergaß Herr Asquith Ägypten, vergaß er des an Rußland ausgelieferten und von diesem mit grausamer Brutalität niedergetretenen Persiens, vergaß er der afrikanischen Republiken. Waren sie nicht alle kleine Völker, die durch die Willkür eines übermächtigen Großstaates niedergetreten wurden? Warum, wenn es England um das Prinzip zu tun war, kämpfte es niemals für niedergetretene Länder wie Polen und Finnland?

Die ganze Welt weiß, oder könnte wissen, warum England am Kriege gegen Deutschland teilnimmt und „wofür es kämpft".

In der Zeit von 1901 bis 1911 stieg der deutsche Handel von 7,3 Milliarden auf 17,6 Milliarden von Mark, das heißt, er wuchs um mehr als 10 Milliarden oder um 141 Prozent.

In demselben Zeitraum stieg der englische Handel von 12,7 auf 21,1 Milliarden, das heißt, er wuchs um 8,4 Milliarden oder um 66 Prozent.

Daraus ergab sich, daß der deutsche Handel, wenn man ihn weiter in Frieden sich entwickeln ließ, in gegebener Zeit dem englischen Handel nicht nur relativ, sondern auch absolut überlegen werden mußte.

In der Zeit von 1897 bis 1911 wuchs die deutsche Handelsflotte von 3 256 000 auf 7 884 000 Registertonnen, das heißt um 192 Prozent; während die eng-

lische Handelsflotte im selben Zeitraum von 22507000 auf 33864000 Registertonnen wuchs, das heißt um 59 Prozent.

Im Zeitraum von 1897 bis 1911 stieg der perzentuelle Anteil der deutschen Handelsflotte an der Welthandelsflotte von 6,5 auf 9,9 Prozent, das heißt um 3 Prozent, während der perzentuelle Anteil der englischen Handelsflotte von 54,3 auf 47,4 Prozent sank, das heißt um 7 Prozent abnahm.

In diesen und in einer Reihe ähnlicher Ziffern sind die Gründe für den Krieg zu suchen, den England jetzt gegen Deutschland führt. Über diese Gründe sprach Herr Asquith kein Wort. Sie sind seither von englischen Staatsmännern wie von der englischen Presse mit erbaulicher Offenheit zugestanden worden[1]).

Nun ist es offenbar erlaubt, einen kaufmännischen Konkurrenten mit allen kaufmännischen Mitteln, also vor allem durch eigene Leistungen zu bekämpfen, ja vielleicht ihn zugrunde zu richten; aber es ist nicht erlaubt, ihn sich vom Halse zu schaffen, dadurch, daß man sein Haus ansteckt oder ihn totschlägt, und besonders niederträchtig wird es immer scheinen, wenn man den Anschlag auf sein Leben „durch einen hinterlistigen Überfall versucht, während er gerade mit zwei Angreifern um sein Leben ringt". Dies hat England getan und darin liegt die Ursache des Hasses gegen

[1]) In einer Reihe von Aufsätzen über „Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland und England", die im „Engineer" vom 28. August bis 25. September erschien, heißt es: „Das Ziel des Krieges muß die methodische Zerstörung aller großen industriellen Einrichtungen in den deutschen Provinzen sein, die von den verbündeten Truppen besetzt werden."

England, den es früher in Deutschland nicht gegeben hat. Die Deutschen können und müssen sich sagen: Während wir für unser Land, für unsere Heimat und um unser Dasein kämpfen, griff England, dessen Frieden niemand bedrohte, um seines Handels, um seines Geldes willen uns an. Wir wußten, daß wir gegen ungeheure Übermacht um den höchsten Preis ringen müssen — für England ist die Frage, ob Krieg oder Frieden, eine solche des Geschäfts in seinem gewöhnlichsten Sinne gewesen.

Und so erscheint die sittliche Entrüstung englischer Staatsmänner bei der Erklärung eines Krieges, der in Wirklichkeit ein reiner Handelskrieg ist, als eine widerliche und häßliche Maske. Bei den Worten, die Herr Asquith in derselben Rede zu sprechen wagte: „Ich glaube nicht, daß jemals ein Volk einen größeren Kampf mit reinerem Gewissen und mit einer stärkeren Überzeugung begonnen hat, daß es keinen Angriffskrieg führt, daß es nicht einmal für seinen selbstischen Vorteil kämpft, sondern daß es für Grundsätze kämpft, deren Erhaltung für die Zivilisation Lebensbedingung ist" — vor solchen Worten wird man starr und sagt sich, daß die Jesuiten doch nur Stümper in ihrer Kunst waren.

Nicht nur die Berechnung in der englischen Politik, nicht nur die Heuchelei derer, die sie machten, erregte so bitteren Haß: es ist noch ein Grund vorhanden. Kein Land wurde so bewundert wie England. Seit der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts galt es für den Hort aller politischen Freiheit. Viele unter uns, von einem äußeren Stil des Lebens getäuscht,

und, um gerecht zu sein, auch durch die Tatsache, daß wir sehr viele großdenkende und hochstehende Engländer kannten, glaubten an eine höhere englische Kultur. Es ist aber nichts so bitter, als sich in einem Ideal zu irren, und mehr als der Feind wird der Freund gehaßt, der unsern Glauben an ihn getäuscht hat.

Wir können Frankreich vergeben, obwohl es sich und uns bitteres und sinnloses Unrecht zufügt, denn wir können seinen Haß doch wenigstens verstehen. Und wir wissen aus zu vielen Zeugnissen, daß die große friedliebende Masse des Volkes durch eine schändliche Presse und durch leichtfertige Staatsmänner irregeführt ward und wird. Wir können es begreifen, daß ein Barbarenreich, das sich bereits den Herrn Europas glaubte, wütend darüber, eine hochorganisierte kleinere Macht im Wege zu finden, sich auf diese Macht stürzt, um sie zu vernichten. Aber wir können einem Volke wie dem englischen nicht vergeben, mit dem wir nie einen Krieg, nie einen ernsten Streit hatten, wenn es jetzt den Vernichtern zu Hilfe kommt und uns in den Rücken fällt.

Wir wissen, daß eine Versammlung hervorragender Engländer in den letzten Tagen des Juli einen Krieg gegen Deutschland für „einen Krieg gegen die Zivilisation" erklärte. Wir wissen, daß England das einzige Land war, in dem drei Minister ihre Ämter niederlegten, weil sie die Verantwortung für diesen Krieg nicht übernehmen wollten. Aber was hilft dies? Wir sehen auch, daß diese Männer auf die Politik ihres Landes keinen Einfluß gewinnen konnten.

Die Tatsache bleibt: wir kämpfen für die Erhaltung dessen, was wir vollbracht haben. England kämpft, das zu zerstören, was wir vollbracht haben. Sein Krieg ist seinem Wesen nach ein Vernichtungskrieg und als solcher kulturfeindlich.

Und die Folgen fallen schwer auf England und auf die ganze Welt.

## Anhang

## Deutschland und die belgische Neutralität

Aus der Veröffentlichung der im vorhergehenden Kapitel mitgeteilten belgischen Dokumente ist der deutschen Regierung, und mit der üblichen Verallgemeinerung, Deutschland ein neuer besonderer Vorwurf gemacht worden.

Männer wie Karl Spitteler haben geschrieben: erst ist Belgien vergewaltigt, dann verleumdet worden.

Ja, hätte denn irgendeine Regierung anders gehandelt und die gefundenen Dokumente nicht veröffentlicht, die ihre Haltung vollends rechtfertigten? Nachdem erst das englische Volk, dann die halbe Welt durch die außerordentlich geschickte Komödie getäuscht worden, die von der englischen und belgischen Regierung, von der ersteren im eigenen Parlament, gespielt worden, sollte die deutsche Regierung schweigen und die Komödie nicht aufdecken, sobald sie die Beweisstücke in Händen hatte? Dem Dreiverband wäre dies allerdings angenehmer gewesen. Darum wird jetzt der Versuch gemacht, den Wert der Funde zu entkräften und die Welt weiter zu täuschen. So hat

Professor Emile Waxweiler ein Buch unter dem Titel „La Belgique neutre et loyale“ veröffentlicht, das auch ins Deutsche übersetzt worden ist. Die Absicht des belgischen Verfassers mag eine schöne sein, aber diese Absicht ist in sich verfehlt und der Titel seines Buches irreführend. Es handelt sich nicht um das belgische Land und das belgische Volk, die man bedauern muß, die ins Verderben gerissen wurden: mit diesen irreführenden Abstrakten, „Frankreich“, „Belgien“, „England“, die wir der Kürze wegen verwenden, wird viel Unheil und sinnloser Haß gestiftet. Von der belgischen und der englischen Regierung, auch von der französischen, wurde die verhängnisvolle Komödie gespielt, die sich am belgischen Volke tragisch gerächt hat. Es ist immer so gewesen, „Delirant reges, plectuntur Achivi!“ Mögen die Völker, die in diesen furchtbaren Krieg hineingerissen wurden, mit ihren Regierungen abrechnen. Belgien ist nicht verleumdet; sondern die belgische Regierung ist, mit Recht, angeklagt worden.

Waxweilers Buch enthält viel Worte, obwohl der wesentlichen Fragen nur wenige sind. Er beruft sich zunächst im ersten Kapitel „Jusqu'au 2 Août 1914 à 7 heures du soir“, das eine Vorgeschichte des Kriegsausbruches, enthält, — in der alles sorgfältig ausgelassen ist, was die belgische Regierung kompromittieren könnte, — auf wiederholte Erklärungen der deutschen Regierung, die belgische Neutralität zu achten. Er führt diese Erklärungen unterstrichen an; er will offenbar andeuten, Deutschland habe sein Versprechen nicht gehalten, habe böse Absichten unter guten Worten

verborgen. Das ist ein billiges Mittel zur Irreführung der Leser. Diese Erklärungen, im Frieden gefordert und im Frieden gegeben, konnten selbstverständlich gar nicht anders lauten. Was hätte denn die deutsche Regierung, über eine ungewisse Zukunft befragt, anderes sagen sollen? Sir Edward Grey hat das Bestehen von Abmachungen geleugnet, die er selbst später vorgelegt hat, die belgische Regierung hat aller Wahrheit entgegen in einem Rundschreiben behauptet, die Pflichten der Neutralität erfüllt zu haben: da wurden Tatsachen geleugnet, die bereits bestanden. Die deutsche Regierung wurde um Absichten gefragt, die sich täglich nach der Lage ändern konnten und mußten. Welche andere Absicht sollte sie im Frieden haben und äußern, als die denkbar freundlichste? Jede andere Antwort wäre heilloser Unsinn gewesen. Daß die Absichten Deutschlands die freundlichsten waren und ohne den Eintritt einer militärischen Zwangslage auch geblieben wären, das wird schon dadurch bewiesen, daß die Haltung Deutschlands gegen Belgien — sehr im Gegensatz zu der Frankreichs — durch fünfundsiebenzig Jahre eine völlig korrekte und friedliche war.

Dagegen wendet Herr Waxweiler in seinem zweiten Kapitel „Etre ou ne pas être" ein: Nein, die deutschen Absichten bestanden bereits: „La violation était préméditée." Die militärischen Pläne für den Einmarsch in Belgien lagen längst fertig. Ja, lagen denn die englischen Pläne für den Einmarsch nicht gleichfalls längst fertig, und hat die englische Regierung nicht dennoch die gleiche Erklärung abgegeben? Warum

läßt diese „violation préméditée“ den Autor vollkommen kühl?

Darauf würde Herr Warweiler erwidern — und er tut dies auch an anderer Stelle —: „Der englische Einmarsch war nur für den Fall der Verletzung durch Deutschland geplant und entworfen.“ Aber auch die deutschen Pläne waren nur für bestimmte Fälle ausgearbeitet worden! Von einem furchtbaren, fast doppelt überlegenen Bunde bedroht, mußte die deutsche Heeresleitung alle Möglichkeiten fremden Angriffs wie alle Möglichkeiten eigener Gegenmaßregeln ins Auge fassen und vorbereiten. Wären die Dinge anders gekommen, wäre nur zum Beispiel England neutral geblieben, so wären diese Pläne nie ausgeführt worden. Aber England wollte eben nicht neutral bleiben, sondern gleichfalls in Belgien einmarschieren. Der wesentliche Unterschied war, daß England gewiß war, bei seinem Einmarsch in Belgien einen Bundesgenossen zu finden, während Deutschland einen Feind fand.

Um die belgische Neutralität und ihren Bruch richtig zu beurteilen, muß man nicht nur die militärische Situation in Betracht ziehen, wie sie bereits im vorhergehenden Abschnitt von berufener englischer Seite geschildert worden, sondern auch die politische Vorgeschichte Belgiens, seine Lage zwischen den europäischen Reichen.

Von jeher ist das belgische Gebiet das Schlachtfeld und der Zankapfel der Völker gewesen. Frankreich begehrte diesen Teil der Niederlande seit langem. Man kann zugeben, daß Frankreich ein großes historisches Interesse daran hatte, Belgien zu besitzen, und

eine Zeitlang auch einen formalen Anspruch darauf. Paris liegt der Grenze zu nahe, ist Angriffen eines eindringenden Feindes allezeit ausgesetzt; der Besitz der belgischen Vorlande würde das ändern. Da ihre Sprache und Kultur wesentlich französisch ist, so schien die Einverleibung nicht unnatürlich, obwohl die Belgier selbst nichts davon wissen wollten. Frankreich hat denn auch seit dem 17. Jahrhundert erbittert um den Besitz der damals spanischen, später österreichischen Niederlande gekämpft. Im Jahre 1659, kurz vor der Waffenruhe, die zum Pyrenäischen Frieden führte, wäre es beinahe in den Besitz Brüssels gekommen, hätte nicht schlechtes Wetter die Wege für die siegreiche Armee Turennes ungangbar gemacht. Im Pyrenäischen Frieden wurde dann durch die geheime sogenannte Lyonnesche Klausel Belgien an Frankreich für den Fall abgetreten, daß die Mitgift der Infantin Maria Theresia, die zur Besiegelung des Friedens mit Ludwig XIV. vermählt wurde, nicht ausbezahlt würde. Die Mitgift ist tatsächlich nie bezahlt worden. Aber die Versuche Ludwigs, sich Belgiens zu bemächtigen, scheiterten an den Koalitionen, die England wider ihn zustande brachte. Wiederum hätte die Angliederung Belgiens an Frankreich ein Jahrhundert später zustande kommen können, wenn Napoleon sich mit seinen ersten Eroberungen begnügt und nicht im imperialistischen Wahnsinn sein unhaltbares Weltreich errichtet hätte. Belgien kam an Holland, von dem es sich mit französischer Hilfe in den Jahren 1830 bis 1833 wieder trennte. Versuche der französischen Diplomatie, Belgien mit Frankreich zu vereinigen,

blieben wiederum vergeblich. Im Jahre 1839 wurde die von den fünf Großmächten garantierte permanente Neutralität Belgiens geschaffen, mit deren formaler Seite Waxweiler sich in seinem dritten Kapitel „La Neutralité belge devant l'Europe" beschäftigt. Diese Neutralität wurde wesentlich zugunsten des Staates geschaffen, der die Einverleibung Belgiens in Frankreich durch Jahrhunderte zu verhindern gewußt hatte, zugunsten Englands, und sie richtete sich wesentlich gegen Frankreich, das damals noch übermächtig in Europa schien. In der Tat hatte Frankreich seine Pläne auf Belgien so wenig aufgegeben, daß es 1867 einen neuen Versuch machte und Napoleon III. Bismarck den berühmten Vorschlag tat, Frankreich sollte Belgien, Preußen Holland nehmen. Dieser Bruch der permanenten Neutralität wurde von Frankreich kaltblütig mitten im Frieden versucht, nicht in Not und Gefahr, wie jetzt von Deutschland, das den bloßen Durchmarsch begehrte. Internationale Verträge sind eben nie und von keinem Lande länger gehalten worden, als das Interesse und die Machtlage es gestatteten, am wenigsten aber von den Mächten des Dreiverbandes. Mitten im Frieden erklärte Gortschakow am 31. Oktober 1870, daß „Rußland sich an die Bestimmungen des Pariser Vertrages nicht länger gebunden fühlte". Mit offenem Bezug auf die belgische Neutralität sagte Gladstone im selben Jahre: „Ich kann nicht der Lehre derjenigen beipflichten, daß die einfache Tatsache des Garantievertrags alle Teile binde, und ohne Rücksicht auf die besondere Lage, in der ein Teil sich befinden mag, wenn der Augenblick,

nach dem Garantievertrag zu handeln, eintritt. Die großen Autoritäten auf dem Gebiet äußerer Politik, Lord Aberdeen und Lord Palmerston, haben, soviel ich weiß, niemals diese strenge, und wenn ich so sagen darf, unpraktische Auffassung des Garantievertrags geteilt." Sollte man darauf nicht erwidern können: Was dem einen recht ist, muß dem andern billig sein? Warum, wenn England durch seinen ersten Minister, einen Mann von berühmter Moralität, erklärt, es erachte sich nicht für alle Fälle gebunden, sollte Deutschland für alle Fälle gebunden sein?

Damals schien die Neutralität Belgiens noch eine Schutzwehr Englands auf dem Kontinent gegen Frankreich. Als aber Deutschland ihm zu mächtig schien und Frankreich sein Bundesgenosse wurde, benützte England das Bollwerk einfach nach der andern Seite. Nun erhielt die belgische Regierung den Befehl, gegen Deutschland zu rüsten, die Maaslinie gegen Deutschland zu befestigen, während in London sofort protestiert wurde, als das gleichfalls neutrale Holland Vlissingen befestigen wollte. Belgien war die strategische Grenzsicherung der Entente geworden, die um so vorteilhafter schien, als man sie, solange die Neutralität bestand, nicht selbst zu verteidigen brauchte. Da man sich aber im eigenen Schuldbewußtsein keineswegs darauf verließ, erbot England unter platonischem Vorbehalt der belgischen Regierung seinen Schutz, der angenommen, über den die genauesten Abmachungen getroffen wurden.

Die historische wie die strategische Lage, all diese tatsächlichen Verhältnisse sind natürlich unendlich be-

deutsamer und entscheidender als die formalen Fragen, mit denen Waxweiler sich an Stelle beschäftigt. Um Formalitäten kann man immer herum finden. Man braucht nur Abmachungen zu treffen, die man schlau als „nicht bindend" bezeichnet, weil man der Genossen ohnedies sicher ist.

Wer sich auf den formalen Standpunkt stützen wollte, der könnte die ganze Scholastik Herrn Waxweilers durch die eine Tatsache hinfällig machen, daß das Deutsche Reich die Neutralität Belgiens nie garantiert hat noch garantieren konnte, weil es im Jahre 1839 noch gar nicht bestand! Nur Preußen hat im Jahre 1839 sich für die permanente Neutralität Belgiens verbürgt und den Vertrag gezeichnet. Aber auch Preußen ist längst nicht mehr gebunden, weil Bismarck im Jahre 1870 diese Garantie für den Norddeutschen Bund auf eine Anfrage der englischen Regierung zwar am 26. August 1870 erneuert hat, aber nicht mehr als permanente, sondern nur bis zum Ablauf eines Jahres nach dem Abschluß des Krieges. Wenn es also auf schriftliche Verträge ankäme, dann wäre Deutschland vollkommen gerechtfertigt; Deutschland war Belgien gegenüber in keiner anderen Lage als England gegenüber den neutralen griechischen Inseln, die es ohne weiteres besetzt hat, oder den chilenischen Gewässern, in denen es die „Dresden" beschießen ließ. Und so gut wie England hat das Deutsche Reich den Haager Beschluß, daß neutrales Gebiet unverletzlich sein soll, zu zeichnen geweigert. Die deutsche Regierung hat also keinen Vertrag verletzt und war an die permanente

Neutralität durch keinen Vertrag gebunden[1]). Aber es handelte sich nicht um Formeln, sondern um Tatsachen. Belgien war der heimliche Bundesgenosse Frankreichs und Englands — wenn auch das Volk es nicht wußte —, und die Komödien, die im vorhergehenden Kapitel geschildert wurden und die Waxweiler auf S. 77/78 ergänzt, mehren die Schuld.

Wesentlich ist im Grunde nur der IV. Teil der Schrift „Les imputations contre la loyauté de la Belgique" und auch diese nur, soweit er sich auf die bewiesenen Dokumente bezieht[2]).

Die Dokumente widerlegt Waxweiler nicht, er bestätigt sie vielmehr — soweit er überhaupt auf sie eingeht — denn er bringt dieselbe Photographie, die die Norddeutsche Allgemeine Zeitung veröffentlicht hat; er sucht sie nur als unschuldig hinzustellen, und er stützt sich auf eine fehlerhafte Übersetzung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung, in der der Ausdruck „notre conversation" durch „unser Abkommen" wiedergegeben ist... Damit scheint die deutsche Fälschung für triumphierende Gegner bewiesen! Aber auf dem Aktenumschlag stand „Conventions Anglo-Belges". Ja viel mehr als das, in dem Bericht bezeichnet der General die englischen und belgischen Truppen als „forces alliées", als Verbündete. Von einer Reihe wichtiger Fragen wird im Bericht gemeldet, daß

[1]) Siehe die Ausführungen des Professors John Burgess im 1. Heft der „Vital Issue", New-York.

[2]) Die verschiedenen Zeitungsnachrichten, mit deren Widerlegung Waxweiler sich ausführlich beschäftigt, habe ich nicht angeführt, weil bloße Zeitungsnachrichten für mich keine Quellen sind: ich kann sie enig nachprüfen wie Waxweilers Gegenausführungen.

sie „règlées“ oder „arrêtées“ das heißt „erledigt“ oder „abgemacht“ sind. Da darf man billig fragen: Wo hören für einen loyalen und neutralen Belgier die „Besprechungen“ auf und wo fangen die „Abmachungen“ an? Aber wenn dies gar nicht wäre, so kann es in diesem Fall gar nichts Gleichgültigeres geben, als welcher Name dem Kinde verliehen wurde! Auch die „Agreements“ zwischen Sir Edward Grey und Herrn Cambon wurden als nicht „bindend“ bezeichnet, während sie in der Tat die tiefsten Wünsche beider Regierungen enthielten und darum bindender als ein formelles Bündnis waren. Tatsächlich fühlte Sir Edward Grey sich gebunden und handelte danach, und kein ernster englischer Politiker hat ihm seine formelle Freiheit geglaubt. Mit den Worten: „Wir entdeckten, daß wir die Hände nicht frei hatten“, begründete Trevelyan seinen Austritt aus dem Kabinett. Genau so brachten die „Besprechungen“ des englischen Militärattachés mit dem belgischen Generalstabschef die bestimmten Absichten der englischen wie der belgischen Regierung zum Ausdruck.

Die Einwendung, die sich auf einen Übersetzungsfehler stützt, der lange nachher begangen wurde und überdies in diesem Fall bedeutungslos ist, erscheint kläglich. Man betrachte nur die Ausdrucksweise des belgischen Generals: „J'ai insisté une dernière fois et aussi énergiquement que possible sur la nécessité de hâter encore les transports maritimes, de façon que les troupes anglaises fussent près de nous entre le 11e et le 12e jours; les résultats les plus heureux les plus favorables peuvent être

obtenus par une action convergente et simultanée des forces alliées.“ „Ich bestand nochmals so energisch als möglich auf der Notwendigkeit, die Seetransporte derart zu beschleunigen, daß die englischen Truppen am 11. oder 12. Tag bei uns sein könnten; die glücklichsten und günstigsten Resultate können durch eine konvergente und gleichzeitige Aktion der verbündeten Heere erzielt werden.“

Zum Gegenbeweise, zum Beweise der loyalen Haltung der belgischen Regierung erzählt Warweiler, daß eine belgische Generalstabsreise an der flandrischen Küste unternommen worden sei, um Maßnahmen gegen eine angenommene englische Landung zu studieren! Und er fragt, ob England darin den Beweis für ein Einverständnis mit Deutschland hätte sehen können. Gewiß nicht! Darin liegt ja die Schuld der belgischen Regierung! Die Nationalität einer imaginären Flotte ist schwer festzustellen. Die Truppen, deren Landung, deren Transport — unter Beistellung belgischer Offiziere als Führer, — deren Verpflegung und Verwendung der Oberst Barnardiston mit dem General Ducarme „besprach“, waren nicht imaginärer Natur. Darin, daß Belgien mit England militärische Aktionen gegen Deutschland „besprach“, während es sich England gegenüber mit einer fragwürdigen „Studienreise“ begnügte, liegt ja eben der Bruch der Neutralität.

Darum warnte der belgische Gesandte, Baron Greindl, seine Regierung vor den „Forderungen dieser zweifelhaften Beschützer“ und vor den Eröffnungen Barnardistons, die er mit klaren Worten als

„ebenso perfid wie naiv" bezeichnet. Darum schrieb er wörtlich: „Es ist dringend geboten, einen Schlachtplan für die belgische Armee auch für diesen Fall (eines englischen Einmarsches) fest aufzustellen; sowohl im Interesse unserer militärischen Verteidigung als auch für die Orientierung unserer äußeren Politik, falls ein Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen sollte." „Il est absolument indispensable d'arrêter à l'avance le plan de campagne que suivrait l'armée belge dans cette hypothèse; aussi bien dans l'intérêt de notre défense militaire que pour la direction de notre politique extérieure dans le cas où la guerre éclaterait entre l'Allemagne et la France." Warum folgte die belgische Regierung dem Rate nicht? Wenn nicht damals, so hatte sie im August 1913 Anlaß dazu, als Lord Roberts von einer englischen Landung in Flandern sprach, und zwar nur zum Zweck eines Krieges mit Deutschland, nicht zum Schutz der belgischen Neutralität. Warum traf sie damals nicht sofort Abmachungen mit Deutschland?

Aber um den Bericht des Barons Greindl windet sich Herr Waxweiler mit allerlei unklaren Redensarten herum auf S. 181 und hütet sich sehr, ihn seinen Lesern zu zitieren.

Die Erklärung des Verhaltens der belgischen Regierung ist einfach: sie durfte mit Deutschland keine Abmachungen treffen, wie es eine loyale Neutralität verlangt, auch wenn sie es gewollt hätte. Denn wie Louis de Brouckère schrieb: „Die Triple-Entente hatte sich zur Beschützerin ihrer Besitzungen aufgeworfen...

Belgien mußte zur Pfeife Frankreichs und Englands tanzen, tanzen bis zum Tode!"

Was schreibt Professor Waxweiler auf Seite 59 seines Werks? „Aussitôt qu'un état se place ou se laisse placer sous la protection d'un autre, aussitôt qu'il accepte ou ne refuse pas l'action systématique de l'autorité ou de l'influence d'un autre dans quelque domaine qu'elles se manifestent, il cesse de réunir les éléments essentiels de la neutralité."

Damit hat er die ganze Frage entschieden und seine Ausführungen selbst widerlegt.

Den weiteren vorgeworfenen Neutralitätsbruch der darin lag, daß die Engländer sich im Besitz genauer Karten und Instruktionen befanden, weist Waxweiler mit der einfachen Erklärung zurück: warum soll die englische Regierung nicht auch ihre Spione im Land gehabt haben wie die deutsche? Diese Frage ist zwar kein Gegenbeweis, aber man könnte schließlich die Möglichkeit zugeben, wenn nur nicht jene harmlosen Besprechungen des belgischen Generalstabschefs mit dem englischen Militärattaché den verwünschten Absatz enthielten: „D'autres questions secondaires furent également règlées, notamment en ce qui regarde les officiers intermédiaires, les gendarmes, les cartes, les albums des uniformes, les tirés à part, traduits en anglais, de certains règlements belges." Zu deutsch: „Andere Fragen zweiten Ranges wurden gleichfalls erledigt, vornehmlich was die vermittelnden Offiziere, die Übersetzer, die Gendarmen, die Karten, die Albums der Uniformen, ins Englische übersetzte Separatabdrücke gewisser belgische Reglements

usw. betraf." Und damit wir über den Sinn des Wortes „erledigt" „règlées" nicht im Zweifel bleiben können, folgt die Bemerkung, daß über eine andere Frage, die die Presse betraf, nichts „abgemacht", „arrêté", wurde. Daß die Engländer sich in die Schwierigkeiten und Unkosten der Spionage gestürzt hätten, nachdem die Lieferung der Karten und Instruktionen ohnedies mit dem belgischen Generalstabschef abgemacht war, das glaube der Teufel Herrn Waxweiler! Der Schein ist zu sehr gegen ihn.

Wir wissen schließlich auch aus einer Mitteilung Herrn von Bissings im Aprilheft der „Süddeutschen Monatshefte", daß eine ahnungslose englische Dame am 30. Juli 1914 an deutsche Bekannte schrieb: „Mein Sohn hat uns heute verlassen, um sich zu Sir J. French's Stab nach Belgien zu begeben" — am 30. Juli, fünf Tage vor dem deutschen Einmarsch!

Nein! Herrn Waxweilers Mühe ist vergeblich!

Auch wir fühlen für das arme, schöne Land, das nach der Pfeife der Triple-Entente tanzen mußte bis zum Tode: aber die unkluge und unloyale Regierung, die diesen Todestanz verschuldete, ist nicht zu retten.

Dies könnte uns ja gleichgültig sein, läge nicht die Bedeutung der Frage an anderer Stelle:

Am 4. August gab Deutschland zu, daß es formell ein Unrecht begehe und unter dem Zwang der Not über neutrales belgisches Gebiet marschieren müßte.

Am selben Tage führte die englische Regierung, die die gleiche Absicht hatte, mit Hilfe der belgischen und französischen Regierung jene ungeheuerliche Komödie auf, durch die die öffentliche Meinung in Eng-

land selbst wie in der ganzen Welt getäuscht und gegen Deutschland aufgehetzt wurde.

Und weil diese Komödie der Ausgangspunkt der Welthetze gegen Deutschland gewesen ist, muß jeder Versuch, sie zu beschönigen, ernst zurückgewiesen werden.

## Fünftes Kapitel

# Der Krieg
# Legenden und Tatsachen

Das Beste — und das Schlimmste zugleich —, was man von den leitenden Staatsmännern des Dreiverbands wie der kleineren Mächte, die ihren Weisungen gehorchten und sich dem Bunde anschlossen, sagen kann, ist, daß sie nicht wußten, was sie taten. Sie unterschätzten unsere militärische wie unsere finanzielle Kraft, sie ahnten nichts von den sittlichen Gewalten, die sie gegen sich entfesselten. Engländer wie Franzosen verließen sich auf die ungeheure Macht des russischen Reiches und dachten an Reiterschwärme, die schon allein zerstörend über den kleinen Erdfleck hinfegen würden, der das Deutsche Reich auf der Landkarte darstellt. Sie bedachten nicht, daß immer und überall die Organisation, die Vollkommenheit der Konstruktion entscheidend ist, im toten Stoff wie im lebendigen Bau eines Staates. Der kleinste Browning ist eine viel vollkommnere und gefährlichere Waffe als eine noch so riesige Keule. Rußland überschätzte wie immer die eigene Kraft und die Seemacht Englands. Alle hatten sie keine Ahnung von den wirklichen Zu-

ständen in Deutschland und Österreich, sie rechneten auf innere Wirren, auf einen Aufstand der Sozialdemokraten im Deutschen Reich wie der Slawen in Österreich. Ihre Unwissenheit war so ungeheuerlich, daß sie sogar an einen möglichen Abfall der süddeutschen Staaten vom Reiche glaubten![1])

Hierfür mögen ihre eigenen Landsleute sie zur Verantwortung ziehen. Wir werden den August 1914 nicht vergessen. Wir werden nicht vergessen, wie das ganze Volk verwandelt und von einem Geiste beseelt ward, wie die Menschen ihre kleinen Sorgen und Vorteile vergaßen und all ihre Kraft, ihr Gut, ihr Leben und das Leben ihrer Meistgeliebten einer gemeinsamen großen Sache willig darbrachten. Im Jahre 1864, während des amerikanischen Bürgerkrieges, schrieb Emerson, der friedliebendste der Menschen, an Thomas Carlyle: „In Zukunft werde ich allezeit den Krieg achten. Der Aufwand an Menschenleben, die traurige Zerstörung, der bittere Verlust an Zeit und an Genuß, alles wird überzahlt durch ewige Werte... Die Krise von 1860 und dieser Krieg sind ein Gedicht." So wird auch der deutsche Krieg von 1914 einst als ein großes Heldengedicht erscheinen, und nur eines stimmt traurig: daß die menschliche Natur eines so furchtbaren Anlasses bedarf, damit ein Volk seine Gemeinsamkeit entdecke, daß sich niemals solche Begeisterung, solche Opferfreudigkeit für die schöneren Ziele und Aufgaben der Menschheit

[1]) Der französische Botschafter in Wien, Herr Dumaine, äußerte diese Hoffnung tatsächlich in einer Note vom 22. Juli 1914 (Gelbbuch Nr. 18).

im Frieden finden wollen. Was der Krieg für uns bedeutet, wird sehr davon abhängen, wie viel von diesem Geiste für die Zeit nach dem Kriege bleiben wird.

Wie der Krieg seither verlief, das wissen alle, und darüber braucht hier nichts gesagt zu werden, wohl aber über einige auffallende Erscheinungen, die seinen Verlauf begleiteten. Daran, daß in fast allen neutralen Ländern die Volksstimmung überwiegend unseren Gegnern sich zuneigte, sind wir gewiß zum Teil selbst schuld, sowohl durch verfehltes Verhalten einzelner wie durch bestimmte Vorgänge in Deutschland, die dem Ausland überdies in schlimmer Verzerrung erschienen. Die Richtung der inneren Politik in Deutschland, mehr noch vielleicht die schroffen Formen, in der diese Richtung zum Ausdruck kam, hat uns in demokratischen Ländern die Volksstimmung entfremdet und unseren Feinden möglich gemacht, die Welt mit der Lüge zu erregen, daß sie für die Zukunft und die Freiheit der Völker kämpften.

Aber wie sehr wir selbst durch persönliche oder politische Fehler an dieser Haltung fremder Völker schuld sein mögen — und es wäre verkehrt sich darüber täuschen zu wollen, — diese Schuld ist in jedem Fall eine geringe im Vergleich zur Wirkung der ungeheuerlichen Lügen, mit denen gegen Deutschland gekämpft und jene Volksstimmung erregt wurde. Von der belgischen Neutralität und ihrer Verletzung ging man aus. Viele, die gerecht sein wollten, nahmen darum gegen Deutschland Partei. Unnütz, von den Menschen zu verlangen, daß sie eine nicht einfache Lage überdenken, daß sie im Bilde der Realität sein sollen.

Von einigen Schlagworten aus orientieren sich Gebildete und Ungebildete, Gerechte und Ungerechte in ihrer politischen Meinung. Die Menge ist überall unwissend, und was ihr fern ist, ist ihr fremd. Wer ihr zuerst etwas Bestimmtes sagt, der findet Glauben, besonders wenn er mit sittlicher Entrüstung zu sprechen vorgibt und so dem Hörer die angenehme Rolle des sittlichen Richters zuweist; und sitzt der erste Eindruck einmal fest, dann ist er schwer wieder auszurotten. Die deutschen Kabel waren durchschnitten; und gerade in der Zeit der ersten großen Erfolge wurden phantastische Siege des Dreiverbands und phantastische Niederlagen der deutschen und österreichischen Heere in alle Welt hinausgeschrien. Dies war ärgerlich, aber zuletzt war es doch besser, daß wir siegten und die Gegner erlogene Siege erfanden, als wenn das Gegenteil der Fall gewesen wäre. Dann aber folgte eine Flut noch peinlicherer Lügen, und obschon die meisten „groß und breit wie Berge, offenbar und handgreiflich" erschienen, so waren die Nachkommen Sir John Falstaffs und Pistols — in Stellung als Zeitungsschreiber und als Staatsmänner — nicht minder groß in ihrer Erzeugung und Verbreitung. Und sie fanden Glauben. Den Zeitungslesern der ganzen Welt standen die Haare zu Berge, wenn sie von den Greueln lasen, die deutsche Soldaten an unschuldigen Männern, Frauen und Kindern in Belgien und Frankreich verübt hätten. Wir wissen, daß diese Greuel gehässige Erfindungen sind, die eine feindlich gesinnte Presse verbreitete, um im eigenen Land den Haß zu steigern und dem sieg-

reichen Gegner in den neutralen Ländern neue Feinde zu schaffen.

Der Krieg hat Schauer und Schrecken genug, und Unschuldige, auch Frauen und Kinder, müssen in den betroffenen Gebieten Furchtbares leiden. Aber wir wissen auch, daß in keinem Heer die Manneszucht so groß und verläßlich ist, wie im deutschen, wir wissen, daß dem deutschen Volk die fanatische Grausamkeit überhaupt fremd ist, die wir in so vielen anderen Völkern so oft auflodern sehen. Das können wir ohne Überhebung und ohne Pharisäertum sagen. Fünf amerikanische Berichterstatter — die Herren Roger Lewis, von der „Associated Press" Irving S. Cobb von der „Saturday Evening Post" und „Philadelphia Public Ledger"; Harry Hansen, James O'Donnell Bennett und John T. Mc Cutcheon, Korrespondenten von Chicagoer Blättern, — die mit den deutschen Truppen gerade in den Orten gewesen waren, in denen jene Greuel verübt sein sollten, haben auf ihre Ehre erklärt, daß nicht ein einziger Fall wahr sei. Diese Erklärung sowie der schöne offene Brief, den Herr O'Donnell Bennett an Conan Doyle darüber gerichtet, haben denn auch wenigstens in Amerika ihre Wirkung nicht verfehlt.

Wir wollen selbst hier und jetzt nicht ungerecht sein. Wir glauben keineswegs, daß Herr Vandervelde, als er in Amerika Vorträge über die „Deutschen Greueltaten" hielt, bewußt die Unwahrheit sagte. Aber seine Zeugen sind falsch. Jeder Richter, jeder Anwalt weiß, wie unverläßlich die Zeugenaussagen über aufregende und überraschende Ereignisse selbst in ruhigen Zeiten

sind. Nun denke man belgische Bauern, erregte Frauen, über die plötzlich die Schrecken des Krieges hereinbrachen, Frauen, die Straßenkämpfe, die von Geschossen getötete und verstümmelte Menschen gesehen, die aus brennenden Häusern flüchten mußten — was für Tagträume ihre fieberisch erregten Hirne für wirkliche Erlebnisse halten, wieviel sie glauben mögen selbst gesehen zu haben, wovon sie in der Tat nur erzählen gehört. Unter den sechs Mitgliedern der belgischen Untersuchungskommission, deren Protokolle Herr Vandervelde zur Grundlage seiner Anklagen machte, befand sich kein Richter, kein einziger Mann, der in der Aufnahme und Prüfung von Zeugenaussagen Erfahrung hatte; nicht einer gehörte einem neutralen Staat an. Der einzige Ausländer in der Kommission war Mr. Hertslet, der Sohn des englischen Generalkonsuls in Antwerpen: das heißt, alle Richter waren Partei.

Wo immer die erwähnten Amerikaner nachforschten, erfuhren sie von den belgischen — nicht etwa von den deutschen! — Behörden, daß sich nichts dergleichen in der Gegend ereignet hatte. Wo sie selbst belgische Flüchtlinge verhörten, wußten die zwar alle von Greueltaten zu erzählen, aber immer nur vom Hörensagen, nie hatte ein Flüchtling selbst eine Greueltat gesehen!

Daß belgische Zivilpersonen hingerichtet, belgische Dörfer und Teile von Städten zerstört werden mußten, das hat sicherlich niemand mehr bedauert als die deutsche Heeresleitung. Es gibt Leute, denen die Untaten der Franktireurs entschuldbar erschienen. Leidenschaft und mißverstandene Vaterlandsliebe mag

vieles entschuldigen, aber wieviel mehr muß dann die furchtbare Zwangslage der verantwortlichen deutschen Heerführer die Wiedervergeltung entschuldigen!

Man braucht nicht erst an die internationalen Abmachungen über die Frage, wer als Kriegführender anzuerkennen sei, zu erinnern, noch etwa daran, daß ein französischer Offizier, Graf d'Haussonville, schrieb, die Franktireurs von 1870, seine Landsleute, seien keine Soldaten, sondern Mörder — wörtlich „des assassins" — gewesen. Man muß die Frage von einem viel wichtigeren Gesichtspunkt betrachten. Die Kriege, wie wir sehen, hören nicht auf und werden sobald nicht aufhören, aber die Kriegführung kann menschlicher werden und ist menschlicher geworden. Vielleicht der größte Fortschritt der Menschheit, soweit es sich um Krieg und Kriegführung handelt, ist bis jetzt der Grundsatz gewesen, daß ein moderner Krieg lediglich ein Krieg zwischen Soldaten ist, daß die organisierte Heeresmacht eines Staates die des andern zu vernichten trachtet, während bürgerliche Personen und ihre Habe soweit es möglich ist geschont werden, jedenfalls nie absichtlich gekränkt werden dürfen. Noch bis spät ins achtzehnte Jahrhundert hinein war das Volk des feindlichen Landes mit Leib und Gut eine Beute der Habgier wie der erbarmungslosen Grausamkeit der Soldheere. Wo immer eine Armee oder einzelne Truppenteile durchzogen, da wurde jeder wertvolle Gegenstand geraubt, Frauen vergewaltigt, Männer, die den geringsten Widerstand wagten, niedergehauen, und allenthalben wurden Männer wie Weiber gefol-

tert, um sie zur Preisgabe verborgener Schätze zu zwingen. Dies war es, was die Kriege früherer Jahrhunderte so viel fürchterlicher und verderblicher machte, als die unserer Zeit, obgleich die Zahl der Kämpfer eine so viel kleinere war. Eine Schar von 5000 Mann wütete und verwüstete in jenen Zeiten mehr als heute eine Armee von 500000 Mann, wenn es nicht gerade Russen sein sollten. Man braucht nur irgendeine Chronik, ein Tagebuch, einen Bericht aus früheren Kriegen zu öffnen, oder einen Blick auf Callots furchtbare Radierungen „Les misères de la guerre" zu werfen.

Jedem aber ist klar, daß dieser Fortschritt an eine Bedingung geknüpft ist: an die Bedingung, daß die bürgerlichen Personen sich ihrerseits aller kriegerischen Handlungen enthalten. Diese Bedingung ist unabweislich. Die Soldaten wissen, daß sie vor Angriffen, Überfällen und Hinterhalten feindlicher Soldaten auf der Hut sein müssen. Von den Bürgern besetzter Länderstrecken besorgen sie keine Gefahr. Sobald friedliche Bürger, die über unerhörte Gewalttat klagen würden, wenn man ihnen etwas antun wollte, plötzlich aus den Fenstern und hinter Hecken hervor auf sie schießen, oder sie erdolchen, während sie friedlich und vertrauensvoll in den Betten der Häuser schlafen, wie sollen sich die durchmarschierenden oder operierenden Truppen vor denen, die sie eben vorher friedlich in den Feldern arbeiten oder in den Häusern bei Tische sitzen sahen, wie sollen sie sich anders vor ihnen schützen, als indem sie Geisel nehmen, die erschossen werden, sobald feindselige Handlungen begangen wer-

den, oder durch andere unerbittliche Maßnahmen, durch die die Leute im Ort oder wenigstens im nächsten Ort von ähnlichen Taten abgeschreckt werden? Der verantwortliche Führer, der für die Sicherheit der Truppen, der Etappenlinien, der Posten sorgen muß, der weiß, daß der Ausgang wichtigster Operationen davon abhängen kann, wird sich nicht anders helfen können, als daß er jede Person erschießen läßt, die mit den Waffen in der Hand ergriffen wird, oder die Häuser niederbrennen läßt, aus denen die Schüsse fielen. Das ist in solcher Lage anders nicht zu verlangen, das haben alle Heere und Heerführer im gleichen Fall getan, die Franzosen in Spanien, die Engländer in Südafrika, die Italiener in Lybien, die Armeen des amerikanischen Nordens in den Südstaaten.

Die Schuld wird immer auf das Volk fallen und auf die Regierung, die dem Volk nicht die entsprechenden Weisungen gab.

So trifft an allem, was in Belgien geschah, die belgische Regierung die Schuld — und all das Geschrei über Barbarei, ja alles Barbarische, was wirklich geschah, hat seine Ursache lediglich in der Wut, die unsere Gegner darüber empfinden, daß wir ihnen zuvorkamen und das taten, was sie tun wollten, nämlich Belgien besetzten.

Der Krieg ist immer schrecklich. Wo Millionen im Felde stehen, gibt es ohne Zweifel auch Brutale und Böse unter ihnen. Das kann nicht anders sein. Die Leidenschaften sind im Kriege erregt, die Gelegenheiten furchtbar. Es wird vorgekommen sein, daß deutsche Soldaten, durch die beständigen verräterischen

Überfälle aufs äußerste gereizt, mehr noch dadurch, daß verwundete Offiziere und Soldaten, die man hatte zurücklassen müssen, schrecklich verstümmelt aufgefunden wurden, es wird vorgekommen sein, daß sie schuldige Gefangene nicht milde angefaßt und behandelt haben. Aber überall nahmen sich die Soldaten, trotz ihrer Erbitterung und soweit die Verwirrung und das Gewühl der Kämpfe es zuließ, die Mühe, zwischen Unschuldigen und Schuldigen zu unterscheiden: überall fanden die nachfolgenden Truppen an Tore und Mauern der Häuser geschrieben: „Brave Leute, schonen!"

Der Fall, der am meisten Aufsehen erregt hat und über den am meisten gelogen worden, ist der von Löwen[1]). Falsche Nachrichten von einer deutschen Niederlage waren in die Stadt gedrungen, und durchziehende deutsche Truppen wurden plötzlich des Nachts aus allen Häusern beschossen. Dies geschah durch zwei Nächte hindurch, bis nach wiederholten vergeblichen Warnungen der deutsche Kommandant das Viertel um den Bahnhof, in dem der Angriff stattgefunden, beschießen ließ. Und selbst da ging man, da es sich ja wesentlich um Einschüchterung handelte, möglichst schonend vor, indem zumeist auf schon zerstörte Häuser geschossen wurde. Ein Sechstel der Stadt wurde zerstört. Der Vizerektor der Universität Löwen, Pater Coenrats und andere Geistliche haben seither öffentlich erklärt, daß die Deutschen nicht anders vorgehen konnten, daß sie das schöne alte

[1]) Die Darstellung im Text beruht auf Mitteilungen, die von Amerikanern und Belgiern herrühren.

Rathaus der Stadt mit großer Aufopferung und Mühe retteten, obwohl die wahnsinnigen Einwohner auch dabei fortwährend auf sie schossen; P. Coenrats selbst wurde von einem deutschen Stabsarzt gerettet, der dabei sein Leben aufs Spiel setzte.

Auch in Deutschland waren Gerüchte genug verbreitet; von Mund zu Mund gingen Erzählungen von belgischer, von englischer und französischer Grausamkeit[1]), aber unsere Presse scheint doch etwas weniger leichtfertig und unsere Leser nicht ganz so leichtgläubig zu sein als in andern Ländern. Wohl haben russische Truppen in Teilen von Ostpreußen und von Galizien furchtbar gehaust — Knaben wurden durch den rechten Arm geschossen, um sie unfähig zu späterem Kriegsdienst zu machen, Frauen wurden vergewaltigt, Männer gefoltert, Häuser und Gehöfte zwecklos niedergebrannt. Aber alle Zeugen erklärten gewissenhaft, daß zwischen dem Vorgehen der regulären Regimenter, die sich meist ordentlich benahmen, und dem der Kosaken und ähnlicher Horden ein großer Unterschied war. Diese benahmen sich, wie sie es im eigenen Lande gewohnt sind, wo sie zu den fürchterlichen Straferpeditionen verwendet werden, durch die die russische Regierung freie Regungen im eigenen Lande unterdrückt und bei denen ihnen jede Teufelei gestattet wird. Man konnte nicht von ihnen erwarten, daß sie sich bei uns

[1]) Vieles ist erzählt worden, was wir vorläufig nicht glauben wollen. Auch bei uns mag die Entrüstung übertrieben haben. Aber ich weiß von Fällen, die leider wahr sind. Wir wissen ja auch, was sich in Frankreich in Orchies ereignet hat und andere schlimme Taten dieses aufgeregten Volkes.

besser aufführen würden. Der Unterschied ist eben der, daß es in der deutschen Armee keine Horden von Wilden gibt und daß eine eiserne Manneszucht solche Verbrechen einfach unmöglich macht.

Die ganze Unwissenheit fern lebender Ausländer gehörte dazu, an all diese schauerlichen Märchen zu glauben; in Frankreich aber, wo das ganze friedliebende Volk ursprünglich vom Kriege nichts wissen wollte, da läßt eine gewissenlose Regierung die Verleumdungen in jeder gehässigen Form aufrechterhalten und weiterverbreiten, um Leidenschaften des Hasses aufzustacheln, die sonst erlöschen würden. Und immer finden sich Schreiber, Zeichner, Drucker, die mit den erfundenen Greueln schamlos Geschäfte machen[1]).

Trauriger noch ist es, wenn ein Mann wie Emile Verhaeren in diesen törichten und verlogenen Chor einstimmt! Dichter sind ihren Eindrücken mehr hingegeben als andere Menschen, und ihr Urteil steht nicht immer auf einer Höhe mit ihrer Begabung. Aber ein Mann wie Verhaeren hat die Pflicht zu prüfen und

[1]) In welcher Art dies geschieht, kann man aus dem Buch des Schweizers G. W. Zimmerli entnehmen: „Durch Frankreich und Deutschland während des Kriegs", das in Berlin im Verlag Karl Curtius erschienen ist; besser noch aus folgendem: ein französischer Gelehrter, Herr Joseph Bédier, gab Tagebuchblätter deutscher Soldaten unter dem Titel „Les crimes allemands d'après des témoignages allemands" heraus, die der Welt die Wahrheit zu beweisen schienen, bis Prof. M. Kuttner in seiner Schrift „Deutsche Verbrechen?" (Velhagen & Klasing, Leipzig) an den faksimilierten Dokumenten des Herrn Bédier zeigte, daß sie Fälschungen sind, in einem fehlerhaften Deutsch, und zwar mit jenen spezifischen Fehlern geschrieben, die nur ein Franzose macht!

darf seine Kunst nicht durch verleumderische Verse beflecken. Es ist traurig zu sehen, daß auch er nur ein geistiges Atom ist, das den Strömungen der ihn umgebenden Masse keinen Widerstand zu leisten vermag, und zum Werkzeug in der Hand bewußter und unbewußter Fälscher wird. Um so erfreulicher scheint es, daß ein so bedeutender belgischer Dichter wie Styn Streuwels, der nicht fern vom Schauplatz in Paris und London dichtete, wie Verhaeren, sondern in Belgien blieb, offen bekannte, daß er von den deutschen Offizieren und Soldaten nur Gutes zu sagen wüßte.

In der Tat sind deutsche und österreichische bürgerliche Personen, ja Frauen und Kinder in Belgien und Frankreich furchtbar mißhandelt worden. Auch in England, zum mindesten in seinen Kolonien, scheint Schlimmes vorgegangen zu sein. Wir können noch nicht alle Meldungen nachprüfen, aber manches, das in Frankreich geschah, weiß ich aus besonderen persönlichen Quellen; die Plünderungen und Ausschreitungen in England im Frühling 1915 hat die Regierung amtlich zugegeben. Bei uns ist ähnliches, Gott sei Dank, nicht vorgekommen. Französische und englische Läden sind nirgends geplündert worden, und selbst zur Einrichtung der Konzentrationslager hat man sich in Deutschland erst im November, und nur als zu einer Vergeltungsmaßregel entschlossen; in Österreich hat man ganz darauf verzichtet. Und als in den ersten Tagen des August in einzelnen deutschen Städten, in der ersten Kriegserregung die Furcht vor Spionen zu Torheiten und Ausschreitungen führte, da erließ der Polizeidirektor von Stuttgart jene denk-

würdige Erklärung, in der es heißt: „Schutzleute, sagt den Bewohnern eurer einst verständigen Stadt, daß nur Feiglinge überall Spione wittern!“

Diese überheftige, fieberische Angst vor Spionen ist bereits ein Zeichen, daß den Engländern jene Haltung, jene kühle Ruhe, durch die sie sich einst hervortaten, verloren gegangen ist, als der Krieg einen für sie so unerwarteten Verlauf nahm. Nicht irgendein dunkler Unbekannter, sondern H. G. Wells riet in einem Brief in der „Times“ zur allgemeinen Volksbewaffnung und zur Ermordung der Deutschen, wenn diese landen sollten. Die Lord-Lieutenants der einzelnen Grafschaften waren vernünftiger, und haben, ihrer Verantwortlichkeit bewußt, die Bevölkerung vor solchem Wahnsinn gewarnt.

Am merkwürdigsten scheint mir in solchen und ähnlichen Äußerungen hervorragender und unbekannter Personen der Mangel an sittlicher Logik: würden denn die Engländer nicht in Deutschland landen, wenn sie könnten? Sind nicht Franzosen wie Russen tatsächlich in deutsches Gebiet eingedrungen, wenn auch nicht sehr weit oder nicht auf lange? Dennoch hat sich nirgend in Deutschland eine Stimme erhoben, die den Bandenkrieg und heimtückisches Gemetzel empfohlen oder nur gewünscht hätte. Das würde ja auch nur zu den gleichen traurigen und entsetzlichen Folgen geführt haben wie in Belgien. Auf welcher Seite ist die Haltung die überlegener Ruhe? Von welcher tönen Stimmen, die zur alten Barbarei zurückführen wollen?

Eine andere billige und zweckbewußte Verleumdung war, daß die deutschen Heere mutwillig und ehr-

furchtlos Denkmale der Kunst zerstörten. Wüstes Pressegeschrei, Kundgebungen, eigene Druckschriften sind insbesondere wegen der Domkirche von Reims aufgeboten worden. Wir wissen, und neutrale wie feindliche Zeugen bestätigen es, daß die deutschen Offiziere ihr Bestes taten, oft unter Gefahr, um bedrohte Kunstwerke zu retten. Wir können auch darauf verweisen, daß in unsern Kriegen wie in unsern Revolutionszeiten niemals Kunstdenkmale absichtlich zerstört worden sind, wie es von den Franzosen in der Revolution von 1789 wie in der von 1871 geschah. Wir können daran erinnern, daß dreimal im vergangenen Jahrhundert die deutschen Armeen Paris eingenommen, und dennoch nicht ein Bild aus dem Louvre in unsre Museen verschleppt worden ist, während die Franzosen, wo immer sie auf ihren Feldzügen hinkamen, aus Italien, Deutschland, Ägypten, China, Flandern Kunstwerke ohne Zahl raubten, um ihre Sammlungen und Plätze zu bereichern. Man lese in Hénaux' Geschichte von Lüttich die bittere Klage des Verfassers über die verlorenen Kunstschätze, die von den Franzosen aus seiner Vaterstadt geraubt wurden, als sie im Jahre 1795 als Befreier einzogen. Und waren es nicht Franzosen, die im Jahre 1849 Rom bombardierten und herrlichste Gebäude in Trümmer schossen? Und England? Ist Byrons „Fluch der Minerva" vergessen und die Verse:

„Wo Türken-, Gotensturm vorüberbrauste,
Der Brite doch als schlimmster Räuber hauste!"

Aber all dies gehört der Vergangenheit an, und auch die Zeugnisse der Gegenwart sind nicht so wich-

tig, wie die klare Erwägung, daß ein Volk, das seine Kathedralen geschont wissen will, die Städte, in denen sie liegen, nicht befestigen noch besetzen und verteidigen, noch weniger Beobachtungsposten auf ihren Türmen aufstellen darf. Der General, der um ein Denkmal, ein Gemälde, einen Bau zu schonen, die Eroberung einer Stadt oder den Ausgang eines Kampfes zweifelhaft werden ließe oder auch nur seine Truppen gefährden würde, der müßte vor ein Kriegsgericht gestellt werden, und würde auch in jedem Lande, sei es Frankreich, England, Italien vor ein Kriegsgericht kommen. Und das wissen alle, die über den Dom von Reims und die Zerstörung belgischer Kirchen und Rathäuser geschrieben und geschrien haben, oder müßten es wissen. Diese Zerstörung ist bittres Unheil wie der Krieg überhaupt, und von ihm nicht zu trennen. Haben belgische und englische Truppen nicht belgische Städte mit ihren Kirchen aus Kriegsnotwendigkeit beschossen? Ist das Beschießen von Kunstwerken nur dann Barbarei, wenn die Deutschen es tun? Fühlen, die so schreiben, keinen Augenblick ihre unbewußte Heuchelei? — wofern es keine bewußte ist!

Kein Mensch kann die Kunst mehr lieben als ich, aber wenn ich daran denke, wie jetzt auf allen Seiten junge, gesunde Menschen, schöne vollendete Geschöpfe und so manches Genie darunter, die herrlichsten Kunstwerke Gottes, zu Tausenden fallen und dahingerafft werden — und ich beklage die nicht weniger innig, die in den französischen, in den englischen Reihen fallen —, wenn ich denke, wieviel Liebesbande, das Höchste und Heiligste an Menschen-

gütern, das wir besitzen, grausam und für immer zerrissen werden, dann fasse ich es nicht, wie jemand von einem Rubensschen Gemälde, von dem Steinschnitzwerk einer Kirche sprechen kann, und ich kann darin nur einen Mangel an wahrer Erkenntnis oder an wahrer Menschlichkeit sehen.

Es liegt eben in diesem Wahnsinn, der die Welt ergriffen zu haben scheint, ein gut Teil Methode. Es ist im zweiten Kapitel dieser Studie gezeigt, wie noch lange vor der serbischen Krise, vor dem Ausbruch des Weltkrieges, die Schuld an den schweren Kriegsrüstungen, die in ganz Europa gemacht wurden, auf Deutschland geschoben wurde und das Publikum der neutralen Staaten daran gewöhnt wurde, das deutsche Volk als ein kriegerisches anzusehen, das alle Welt bedrohte, wiewohl die Geschichte des Reichs das Gegenteil bewies. Es ist nicht zu erwarten, daß die Zeitungsleser, die unter dem Eindruck gut geschriebener Aufsätze dies alles glaubten, geschichtskundig genug wären, sich der Wirkung so vieler Artikel zu entziehen, ja daß sie nur kritisch genug wären, den offenkundigen Widerspruch der Tatsachen zu entdecken. Der gewöhnliche Zeitungsleser will gar nicht denken: er liest die Zeitung ja eben, um fertige Gedanken eingeflößt zu bekommen.

Ebenso wurde dann, als die Krise kam, und während der Verhandlungen nach dem Ausbruch des Krieges, in den Blau-, Gelb-, Orange- und Graubüchern, die Verantwortung wiederum durch gewandte Entstellung der Tatsachen auf Deutschland gewälzt. Der Verleumdungsfeldzug, der dann einsetzte, war ledig-

lich eine Fortsetzung des schon vor dem Kriege angewandten Systems mit dem einzigen Unterschied, daß die Erfindungen nun greller und gehässiger wurden.

Eben weil vernünftige Engländer vor dem Krieg in einer Versammlung in London erklärt hatten, ein Krieg gegen Deutschland würde ein „Krieg gegen die Zivilisation" sein, darum mußte diesen Leuten, die sonst mit dem alten politischen Mut der Engländer der Regierung entgegengetreten wären, durch gewissenlose Pressefügen der Wahn beigebracht werden, der Krieg gegen Deutschland sei ein „Krieg für die Zivilisation". Und sie glaubten es zuletzt. Und die Presse der andern Länder und ihr Publikum nahm die Phrase gierig und womöglich noch kritikloser auf.

Und so wurde Fiktion auf Fiktion, Fabel auf Fabel gehäuft, bis sich aus allen zusammen ein phantastisches Schreckbild erhob, und obschon die Erscheinung früher oder später zerflattern muß, wird die Welt doch eine Zeitlang davon erschreckt und abgestoßen, ohne zu ahnen, daß sie nur von einer geschickten Regie getäuscht wird. Das deutsche Volk hat nichts mit der verzerrten Karikatur gemein, die seine Feinde von ihm entwerfen; es hat sicherlich seine Fehler wie seine Vorzüge; aber zu seinen Vorzügen gehört der, daß es ein besonders friedliebendes Volk ist; und es hat dies dadurch bewiesen, daß es durch dreiundvierzig Jahre den Frieden bewahrte. Einen deutschen Imperialismus hat es bisher nicht gegeben. Die Schriften einzelner Schwärmer, kriegsbegeisterte Bücher, die von Generalen außer

Dienst verfaßt sind, beweisen da nichts[1]). Auch nicht die Tatsache, daß es Leute in Deutschland gab, die, wie früher gesagt worden, den Krieg, den sie als unvermeidlich ansahen, herbeiwünschten. In jedem Lande Europas hat es eine Kriegspartei gegeben, viel mächtigere Parteien als im Deutschen Reich. Man mag den Krieg überhaupt verurteilen, aber wenn Offiziere den Krieg nicht liebten, wären sie nicht geeignet, Offizier zu sein. In Deutschland gibt es ja nicht einmal eine Irredenta. Wollte man in Deutschland italienische politische Logik anwenden, wie viele Nachbarn müßte Deutschland längst bekriegt haben!

Niemals hat ein verantwortlicher Staatsmann Worte gesprochen wie Sir Charles Dilke, als er sagte: „Die Welt wird immer rascher englisch." Es ist ja auch nicht bei den Worten geblieben. England hat ein Weltreich, ein Imperium, das sich über zwei Kontinente fast vollständig erstreckt und alle andern mit Besitzungen und einem Netz von Flottenfestungen umspannt. Rußland hat so viele seiner Nachbarn verschlungen, als es vermochte und greift gierig nach allen, die noch übrig sind. Frankreich hat zweimal, unter Ludwig XIV. und wieder unter Napoleon, bewiesen, wie unersättlich nach Eroberungen es ist. Wo sind die deutschen Eroberungen: Schleswig-Holstein, das fast vollständig, Elsaß-Lothringen, das in seinem Grunde deutsch ist, und beides Gebiete, die es nur zu-

[1]) Schon oft ist betont worden, daß das Buch des Generals von Bernhardi, das im Ausland immer wieder zitiert wird, nirgend so wenig gekannt und verbreitet ist wie in Deutschland. Und selbst Bernhardi sagt in einer seiner Schriften: „An eine Eroberungspolitik ist selbstverständlich nicht zu denken; sie würde dem Geist der Zeit und unserm Vorteil widersprechen."

rückerobert hat, die durch ein halbes Jahrtausend ihm gehört hatten. Und wenn imperialistische Nachbarn Deutschland jetzt, da sie es rüsten sahen, imperialistischer Wünsche bezichtigten, so sprach daraus nur das eigene schlechte Gewissen. Es war, als ob drei Männer die durch wiederholte Einbrüche reich geworden, einen Mann, der in ihrer Mitte lebt, der Polizei anzeigen, weil er sich eben dieser Nachbarschaft wegen, einen Browning anschafft und sich im Schießen übt.

Der ganze Feldzug gegen Deutschland wird in allen Ländern, in Italien, Amerika, Skandinavien mit Schlagworten geführt, die sich bei genauerer Prüfung als inhaltlos erweisen oder im Widerspruch mit den Tatsachen sind. Bernard Shaw behauptet, die Engländer kämpften, um das deutsche Volk vom Joch des Militarismus zu befreien; er behauptet, man liebte die Deutschen früherer Zeit, als sie noch das Volk der Denker waren, und seine Landsleute würden kämpfen, bis sie die frühere goldne Zeit bei uns wiederhergestellt haben würden, — und es scheint, daß es in England und in vielen anderen Ländern naive Leute gibt, die ehrlich glauben, daß dieser Kampf gegen den Militarismus die Unterströmung des großen Krieges sei.

Wenn wir solches lesen, könnten wir in der Tat über den Idealismus auf den Britischen Inseln staunen, der so weit geht, daß diese vortrefflichen Menschen den größten Krieg, den sie je geführt, nur deshalb begannen, um uns glücklicher zu machen. Wir haben so viel Güte wirklich nicht verdient noch begehrt. Wie, wenn wir dem trefflichen Arzt, der uns von Kopf-

schmerzen heilen möchte, indem er uns den Hals abzuschneiden versucht, folgende Antwort geben würden: „Auch wir kämpfen nur für euer Glück, wir kämpfen, um in England die guten alten Sitten wiederherzustellen aus der gesunden Zeit, da es noch das ‚fröhliche alte England' war, bevor Handelsgeist und Geldsucht das Land befleckten, als es noch nicht durch die Ausbeutung ferner Länder reich geworden war und jene Heuchelei noch nicht kannte, deren Ansteckung selbst Bernard Shaw, der so viel dagegen geschrieben, nicht zu entgehen vermocht." Oder aber er glaubt, was er schrieb, dann ist er naiver, als er ahnt.

Wir glauben gerne, daß die Landsleute Bernard Shaws dem neuen Reich das alte Deutschland vorziehen würden, das keine Kriegsschiffe, keinen Handel, kein Geld und keine politische Macht hatte, sondern in eine große Zahl kleiner Tyrannenstaaten zerfiel, deren Fürsten ihre Untertanen an den König von England verkauften, als er die Freiheit der Amerikaner unterdrücken wollte.

Bei der vollkommenen historischen Unbildung, mit der all diese Herren schreiben, ahnen sie nicht, daß diese Zeit eine Zeit viel schlimmerer Tyrannei, eine Zeit vollkommener Rechtlosigkeit der Völker und eines viel bösartigeren Militarismus war als die unsere. Sie wissen nicht, daß die Denker und Dichter von damals das Reich ersehnten und vorbereiteten. Ist es nicht seltsame Anmaßung, wenn ein fremder Autor, der von unserer Geschichte keine Ahnung hat, der unsere Gegenwart nicht versteht, der nicht einmal unsere Sprache kennt, dem also jeder Schlüssel zu unserem Wesen

versagt ist, uns darüber belehren will, wie wir sind und wie wir sein sollten?

Der deutsche Militarismus! das ist das große Wort, das von allen im Munde geführt und uns entgegengeschleudert wird, die gewohnt sind, Phrasen zu gebrauchen, ohne einen Augenblick über ihren Sinn und die tatsächlichen Verhältnisse nachzudenken, weil sie wissen, das Schlagwort wird seine Wirkung auf gedankenlose Leser nicht verfehlen.

Ich will die Frage des Kriegs an sich hier nicht untersuchen, nicht die Frage aufwerfen, ob ein waffenloses und unkriegerisches Geschlecht ein wünschenswertes Ziel der Entwickelung bedeute. Bisher hat die Natur jedes Volk entarten und verderben lassen, das seine kriegerische Tüchtigkeit verlor. Vielleicht wird es einmal anders, vielleicht wird der Wille zur Kraft den Zwang ersetzen. Aber in dieser Schrift werden nicht künftige Ideale erwogen, sondern gegenwärtige Wirklichkeiten kritisch untersucht.

Und da wollen wir sogleich noch einmal feststellen, daß an dieser Waffenrüstung der Völker das deutsche Volk nicht die Schuld trägt. Noch einmal aufs nachdrücklichste darauf verweisen, daß der europäische Militarismus eine ganz und gar französische Erfindung ist. Die mustergültige, grundlegende Organisation der modernen stehenden Armee wurde von den beiden Kriegsministern Ludwigs XIV., Le Tellier und Louvois, geschaffen und in den anderen Ländern nachgeahmt: darum sind fast alle militärischen Ausdrücke und Rangtitel in allen Sprachen französisch, die meisten in ihrer Form beinahe völlig unverändert, wie

die Worte Armee, Korps, Division, Brigade, Regiment, Bataillon, Kompagnie, und ebenso die Titel vom General bis zum Leutnant; die Worte Offizier selbst wie Militär und Militarismus sind französisch. Diese Organisation, die in der ersten imperialistischen Epoche Frankreichs geschaffen worden, in der Zeit, da Frankreich zum ersten Male seine Nachbarstaaten überfiel und zu verschlingen suchte, wurde in der zweiten imperialistischen Epoche von Carnot und Bonaparte weiter entwickelt, die das ganze französische Volk mobilisierten. Erst bedeutend später wurde es von Preußen übernommen und vervollkommnet. Ein amerikanischer Offizier hat im „Army and Navy Journal" vom 2. Oktober dargelegt, daß der deutsche Militarismus sich von den „Militarismen" der andern europäischen Länder durch nichts unterscheide als dadurch, daß er mehr leistet. Es ist vielmehr klar, daß der französische Militarismus, der bei einer Bevölkerung, die um 25 Millionen Köpfe geringer ist, eine größere Armee aufstellt, als die des Deutschen Reichs, eine viel drückendere Last für Land und Volk sein muß, als der deutsche Militarismus es ist. Und wer, der kein Lügner ist, will bestreiten, daß der russische Militarismus weit brutaler, weit ungeheuerlicher als der deutsche ist? Mögen denn diejenigen, die in den andern Ländern vom deutschen Militarismus schreiben und schwatzen, wenn es ihnen ernst ist, zunächst daran gehen, ihre Freunde, Russen und Franzosen, von ihrem viel schwereren Militarismus zu befreien!

Der deutsche Militarismus hat zweifellos seine Fehler, wie jede menschliche und historische Er-

scheinung, es mag darin unerwünschte, einer Änderung bedürftige Einrichtungen geben, es mögen sich im Zusammenhang mit ihm höchst anfechtbare Sätze oder Anschauungen ausgebildet haben — der Grundsatz, auf dem er in letzter Linie beruht, daß jeder gesunde und kräftige Mann in den Waffen geübt sein muß, um sein Vaterland, wenn nötig, gegen einen feindlichen Angriff zu verteidigen, ist ein sittlicher Grundsatz, und jedenfalls ist das System gegenüber den alten früheren fürchterlichen Militärgebräuchen, vor allem gegenüber den früheren Aushebungssystemen ein sehr bedeutsamer Fortschritt im demokratischen Sinn gewesen. Die allgemeine Wehrpflicht mag drückender und kostspieliger sein als die Erhaltung einer kleinen stehenden Armee geworbener Soldaten, aber jedes Land in der gleichen Lage wie das Deutsche Reich, das mit offenen Grenzen an allen Seiten den Angriffen mächtiger und kriegerischer Nachbarvölker ausgesetzt ist, würde ihn unvermeidlich einführen müssen.

Wie kommt es, wenn der deutsche Militarismus für uns so drückend ist, daß dennoch alle Männer, die Waffen tragen konnten, jeden Standes vom Edelmann bis zum Arbeiter, sich freiwillig und begeistert ihm darboten: 1200000 freiwillig sich in den ersten zwei Wochen meldeten! Dies waren Neulinge, aber eine weitere halbe Million, die ihn bereits gut kannte, suchte auf allen Wegen, mit gefährlicher List, trotz drohender Gefangenschaft aus allen Weltteilen zurückzukehren, das Joch, dem sie so leicht entgehen konnten, wieder auf sich zu nehmen.

Wenn diese oft wiederholte Behauptung, der Krieg werde gegen den deutschen Militarismus geführt, nicht die hohlste Phrase wäre, wenn einige durch die Phrase Irregeführte sie mit Aufrichtigkeit nachsprechen, so könnten unsere Gegner wahrlich kein verkehrteres Mittel zur Erreichung ihres vorgeblichen schönen Ziels gewählt haben. Denn selbst jene unter uns, die, sei es aus wirtschaftlichen, sei es aus politischen Gründen, die wachsenden Rüstungen bekämpft haben, haben erkennen müssen, daß sie im Unrecht waren, daß die Regierung die Gefahren der Lage besser erkannte, und so haben die angeblichen Feinde des Militarismus nicht nur erreicht, daß die meisten von uns die Notwendigkeit der Maßnahmen einsehen, die wir erst bekämpften, mehr, daß es uns um jedes Regiment leid tut, das nicht aufgestellt, um jedes Schiff, das nicht rechtzeitig gebaut wurde. Und Mr. Shaw und seine Gesinnungsgenossen haben mit ihren guten Absichten um so weniger Glück, als sie nicht nur bei uns dies erreicht haben, sondern auch in England seit dem Kriege die Zahl der Anhänger des verhaßten Systems täglich zunimmt! Anstatt, wie sie angeblich wollten, uns vom Joch zu befreien, sind sie dank der wunderbaren Weisheit ihrer Politik nahe daran, es sich selber aufzuerlegen. Denn auch das ist höchst wunderbar: bei uns, in Deutschland und Österreich, wo der Zwang herrscht, kommen alle freiwillig; in England, wo es nur freiwilligen Dienst gibt, wird nach dem Zwang geschrien!

So viel über den „deutschen" Militarismus. Es gibt indessen eine noch größere Lüge, die durch die

Welt posaunt wird. Das ist die Fiktion, daß der Krieg des Dreiverbandes und seiner Anhänger gegen die Zentralmächte ein Kampf für die Freiheit und Demokratie wäre. Ein Krieg im Bunde mit Rußland geführt, ein Krieg, der, wenn er siegreich enden könnte, die Folge haben müßte, daß in Polen, Finnland, in der Ukraine, ja in Rußland selbst, jede Hoffnung auf Freiheit schwinden müßte, dafür aber blühende deutsche Provinzen russischer Willkür, russischer Korruption und Sklaverei verfallen müßten, — das ein Krieg für Freiheit und Demokratie! Man staunt, daß solche groteske Lügen überhaupt gesprochen werden können; man staunt noch viel mehr, daß sich wirklich in Europa und Amerika Menschen finden, die diese größte aller politischen Absurditäten glauben und nachsprechen! Engländer und Franzosen müssen sich gewaltsam darüber täuschen, um nicht vor sich selbst in Schmach über den Verrat an ihren besten Überlieferungen zu vergehen. Anfangs war es übrigens anders, und in England wenigstens schämte man sich des ungeheuerlichen Bundes; viele Stimmen erhoben sich warnend, während andere, ihr Gewissen zu betäuben, die Hoffnung aussprachen, der Einfluß guter Gesellschaft werde Rußland zu einem freiheitlichen Lande machen. Leider wissen wir aus verläßlichen Quellen, daß Ukrainier, Juden, Finnländer, ja alle radikalen Russen selbst schlimmer als je bedrückt und verfolgt werden, daß ihre einzige Hoffnung die Niederlage des Dreiverbandes ist. Umgekehrt scheint schlechte Gesellschaft gute Sitten zu verderben, und England hat die Pogroms gelernt.

In all jenen Ländern betet man für unseren Sieg. Es ist die Hoffnung der Menschheit, daß der russische Despotismus in diesem Kriege endlich erliegt und niedergetretene Millionen sich erheben können. So wird die Kraft, die das Böse wollte, wieder einmal das Gute geschafft haben. Wenn wir es nicht sähen, wir könnten es nicht glauben, daß die Demokraten Italiens und Amerikas dies nicht erkennen, daß sie nicht sehen, daß England und Frankreich durch dieses Bündnis und durch diesen Krieg die Sache der Freiheit und der Völker um anderer falscher Vorteile willen verraten haben. Die übliche Unkenntnis unseres Landes, seiner Einrichtungen und politischen Zustände dürfte der wesentliche Grund so verkehrter Ansichten sein. Man kann hier und da aus den Artikeln ausländischer Blätter entnehmen, welches wüste Zerrbild deutscher Zustände diese betörten Demokraten im Kopfe haben. Daß der Deutsche Reichstag und ebenso der österreichische Reichsrat auf Grund des allgemeinen gleichen und direkten Wahlrechts gewählt wird, daß in diesem Reichstag die größte und bestorganisierte sozialdemokratische Partei der Erde ihre Vertretung findet, und daß diese Partei sich in diesem Kriege der Regierung angeschlossen hat, müßte ihnen bereits beweisen, daß es nicht so schlimm um die Freiheit in Deutschland steht. Und all dies ist erst mit der Gründung des neuen Reiches gekommen, während das alte zersplitterte „friedliche" Deutschland, das man im Ausland gerne preist, aus fast durchweg absolut regierten Einzelstaaten bestand, in der die Bundesregierung das ihre tat, jede freie Regung zu unterdrücken und zu ver-

folgen. Die Zeit, die seit der politischen Wiedergeburt Deutschlands vergangen ist, ist eine kurze, darum, wie aus den besonderen Umständen, unter denen die Gründung des Reichs sich vollzog, Tatsachen unserer Geschichte, die hier zu erörtern zu weitläufig wäre, sind die demokratischen Einrichtungen in Deutschland nicht so weit entwickelt, wie in manchen anderen Ländern. Wir meinen aber, die eifrigen Demokraten dieser Länder könnten und sollten die Weiterentwickelung unserer Einrichtungen ruhig uns selber überlassen. Wir haben uns ja auch in ihre innere Politik nicht eingemengt, und wenn sie sich durch einen sittlichen Imperativ verpflichtet fühlen, für die Freiheit in anderen Ländern einzutreten, so mögen sie dies in Finnland und Polen, in Rußland selbst tun, wo es so viel nötiger ist. Die Tatsache, daß Deutschland unter dem gegenwärtigen System sich zu dem dichtest bevölkerten und machtvollsten Staat auf dem Festland entwickelt hat, während gleichzeitig seine wissenschaftlichen Leistungen, der öffentliche Unterricht, unvergleichlich und unerreicht sind, Ackerbau, Handel und Industrie, die soziale Fürsorgegesetzgebung vorbildlich geworden sind, in Kunst und Stil unendlicher Fortschritt möglich wurde, das alles beweist, daß dies System nicht so schlecht gewesen sein kann. Wir wissen sehr gut, daß demokratische Institutionen noch nicht das Heil des Volks bedeuten müssen, daß es Pseudodemokratien gibt, und daß die Deutschen ihre Verwaltung, ihre Justiz, selbst wenn sie mit vielem unzufrieden sind, nicht gegen die der meisten demokratischen Völker eintauschen würden. Dieser Krieg hat überdies be-

wiesen, daß die deutsche konservative Regierung sich als gewissenhafter und tüchtiger erwiesen und eine ehrlichere Politik gemacht hat als die anderer Länder; er hat gezeigt, welcher verderblichen Politik demokratische Regierungen fähig sind, und wie „freie" Völker von ihren Regierungen und ihrer Presse belogen werden.

Wir wollen uns nicht darüber täuschen, daß dieses System, mehr noch, wie schon bedeutet, besondere Fehler und Schroffheiten des Systems die Abneigung gegen Deutschland genährt und den Wahn, Deutschland bedrohe die Welt mit rückschrittlichen Einrichtungen, gezeitigt haben. Aber das Gegengewicht hat der Krieg selbst geschaffen, ein Krieg, demokratisch wie keiner je vor ihm; da er das ganze Volk vom Kaiser bis zum geringsten Arbeiter geeinigt hat und Männer aller Stände in vollkommener Kameradschaft und mit gleicher Begeisterung in den Reihen fechten. Dieses Band, das die Feinde Deutschlands um das deutsche Volk geschmiedet haben, kann nicht wieder zerrissen werden. Die Furcht, daß der Sieg Deutschlands den demokratischen Einrichtungen in irgendeinem Teile der Welt gefährlich werden könnte, ist vollkommen unsinnig.

All die Redensarten und Schlagworte von deutscher Kriegslust und deutschem Angriffskrieg, von deutschem Militarismus und von einem Kampf für oder gegen die Demokratie, die jetzt in der ganzen Welt wiederholt werden, sind Legenden und Fiktionen, die eine verfehlte Politik decken sollen, deren Schmach ihre Urheber zu treffen beginnt, — es sind nicht eben unge-

schickte Erfindungen, die Meinung der Völker zu täuschen, ihre Sympathien zu erschleichen.

Was bleibt übrig, und wo stehen wir in diesem wahnsinnigen Krieg, in dem die Völker Europas einander zugunsten der Bewohner fremder Weltteile und fremder Rassen morden, und vernichten, was unersetzlich ist? Dieser Krieg ist so wenig ein Rassenkrieg, als er ein Kampf um irgendwelche Prinzipien ist! Was Herr Cambon von einem Kampf zwischen Germanentum und Slawentum sagte ist wieder nur Fiktion und Phrase. Fünfundzwanzig Millionen Slawen kämpfen auf deutscher Seite, weitere vierzig Millionen Polen, Bulgaren, Ukrainier wünschen mehr oder minder Deutschlands und Österreichs Sieg, jedenfalls nicht den Rußlands. Die Zahl der Slawen, die für uns sind, ist mindestens ebenso groß als die jener, die gegen uns sind.

Es ist kein Krieg der Völker. Das französische, das englische, das russische Volk wünschten ebensowenig gegen uns zu kämpfen, als das deutsche oder österreichische Volk gegen sie zu kämpfen wünschte. Es ist ein Krieg, den der Neid, der Ehrgeiz und das Geschäftsinteresse einer Minderzahl hervorgerufen haben, einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Personen, die sich und die anderen betrogen. Das Interesse, die Eitelkeit einiger weniger französischer Politiker, die das verhängnisvolle Bündnis mit Rußland geschlossen und die törichten Illusionen, die sie in einer größeren Zahl ihrer Landsleute zu wecken wußten, stürzten das unglückliche Land in einen Krieg, den der wüste und erbarmungslose Ehrgeiz russischer Groß-

fürsten und ihrer Kreaturen hervorgerufen hat. Nur unverantwortliche Personen, wie die russischen Gewalthaber, denen im Kampf gegen das eigene Volk längst jedes menschliche Erbarmen geschwunden ist, konnten leichten Herzens einen so fürchterlichen Krieg entfesseln. Kein verantwortlicher Staatsmann würde es je gewagt haben. Dann war Frankreich gezwungen teilzunehmen, und da es nicht anders konnte, suchte es einen sittlichen Trost in der Selbsttäuschung, daß der Augenblick der großen Abrechnung gekommen sei, und daß es auszöge, im Bunde mit den Kosaken, geknechteten Völkern die Freiheit zu bringen. Das redet sich Gustave Hervé noch heute ein mit der ganzen glücklichen Unkenntnis der Franzosen! Und hunderttausendfache Wiederholung hat den Wahn und die Worte so fest gewurzelt, daß in Italien der gleiche Trug mit Erfolg durchgeführt werden konnte.

England, das ja die ganze Deutschland einkreisende Politik geleitet hatte, ging nach kurzem Zögern mit, weil es die Gelegenheit für seine geschäftlichen und politischen Interessen günstig sah. Seine Staatsmänner hielten die Sache für leicht; Sir Edward Grey lebte tatsächlich in dem Wahn, daß England wenig oder nichts dabei riskieren würde! Er sagte wörtlich im Unterhaus am 3. August: „Mit unsrer mächtigen Flotte, die wir für genügend stark halten dürfen, unsern Handel, unsere Küsten und unsere Interessen zu schützen, werden wir, falls wir in den Krieg verwickelt werden, nicht viel mehr leiden, als wenn wir abseits vom Kriege bleiben." Worte die wert sind, neben denen vom „leichten Herzen" des französischen Mini-

sterpräsidenten im Jahre 1870, Emile Olivier, in der Geschichte verzeichnet zu bleiben.

Wenn die Führung der diplomatischen Geschäfte eine Sache der Intrige und einer gewissen niedrigen Schlauheit wäre, dann hat es nie eine diplomatische Kunst gegeben gleich der des Dreiverbandes. Wenn die Staatskunst jedoch eine hohe Weisheit ist, wenn sie die intuitive Voraussicht der Schicksale einer Nation, die klare Erkenntnis der Ziele und Wege bedeutet, dann hat es nie schlechtere Staatsmänner als die Leiter der auswärtigen Politik in England, Rußland und Frankreich gegeben. Sie handelten wie gewisse schlaue Kaufleute, die sich auf „Geschäfte" verstehen, aber keine wirkliche Übersicht über ihre Verbindlichkeiten, ihren Kredit, ja nicht einmal eine sichere Bilanz ihres Vermögens und ihrer Mittel aufstellen können. Alle ihre Berechnungen haben sich als falsch erwiesen, fast alle ihre Pläne und Hoffnungen sind bisher gescheitert und werden scheitern. Sie gaben vor, Belgien und Serbien retten zu wollen, und haben beide in ihr Verderben geführt. Sie hofften Deutschland zu vernichten, und es erhebt sich mächtiger, geeinter als je zuvor. Rußland ist im Zusammenbrechen und geht, Gott weiß, welchen Schicksalen entgegen. Und wenn das arme Frankreich sich von seinem Blutverlust erholen sollte, die ungeheuren Summen, die es seinem asiatischen Bundesgenossen vorgestreckt, wird es nie wieder sehen.

Und England? Ein guter Teil seines Glanzes ist bereits verloren. Die mächtige Flotte hat weder seine Küsten noch seinen Handel zu schützen vermocht, und

wo sie angriff, scheiterte sie kläglich, die wenigen Fälle ausgenommen, wo es ihr gelang, in unverhältnismäßiger Übermacht aufzutreten. Noch ist die Erschütterung des Weltreichs eine geringe, noch kracht es nicht überlaut — aber dem Scharfblickenden zeigen sich jene kleinen Risse und Fugen, die dem Einsturz vorangehen. Von der Politik Eduards VII. und Sir Edward Greys gilt wenn von einer das Wort Napoleons: „C'est plus qu'un crime, c'est une faute!"

Sie brachen mit der Politik Lord Beaconsfields, der in Rußland den Feind sah, und richteten sie gegen Deutschland. Damit verloren sie den Orient und die Mohammedaner für immer. Wir wissen noch nicht, wie die Kämpfe in Ägypten ausgehen werden, aber wir wissen was die Bedrohung Ägyptens und des Kanals für England bedeutet. Wir wissen noch nicht, was die Folgen des Krieges für Indien sein werden, wir wissen nur, und die Engländer wissen es, daß Gefahr für sie besteht, wie sie vielleicht nie zuvor bestand. Eines ist in jedem Fall verloren: die frühere unbestrittene Herrschaft zur See. Denn das ist klar: entweder wird England Frieden schließen müssen, oder es werden noch Seeschlachten kommen, in denen seine Flotte dank ihrer ungeheuren Übermacht vielleicht siegreich sein wird, aber jedenfalls wird sie dies nur unter den schwersten Verlusten sein. Die unvermeidliche Folge muß sein, daß zum mindesten die Vereinigten Staaten in naher Zukunft eine ebenso starke Flotte haben werden wie England. Schon ist in Washington ein ähnlicher Beschluß gefaßt worden: bei Amerikas Reichtum und Größe und Bevölkerung kann England

auf die Dauer nicht wetteifern, wenn es den ungeheuren Vorsprung, den es jetzt hat, einmal verloren haben wird. Und dabei setzen wir noch einen für England siegreichen Ausgang des Krieges voraus, an den wir nicht glauben.

All dies erscheint als die unvermeidliche Folge einer historischen Entwickelung. Englands Anspruch auf die Beherrschung der Meere war auf die Tatsache gegründet, daß es die größte Flotte besaß; und es bewies die Notwendigkeit und das Recht, die größte Flotte der Erde zu halten, in einem wunderbaren logischen Zirkel damit, daß es die Meere beherrschen müsse um seines Handels und seiner Kolonien willen. Dies war so lange möglich, als die andern Staaten noch nicht ihre volle Entwickelung erreicht und weder einen nennenswerten Seehandel noch eine Seemacht hatten. Aber keinem Land kann das Recht auf natürliche Entwickelung und die Ausdehnung seines Handels bestritten, keines von der Erweiterung seiner Flotte und seines Einflußgebietes ausgeschlossen werden. Es ist weder dem einzelnen noch einem ganzen Volke gestattet, die eigene Größe zu mehren, indem man andere vernichtet und Nebenbuhler nicht aufkommen läßt: die rechtmäßige Entfaltung des einzelnen wie der Völker ist nur durch Vermehrung der eigenen Leistungen möglich. Dieser Weg schien den Engländern in letzter Zeit zu beschwerlich, und sie zogen den andern gewaltsamen vor.

Bei jedem Fortschritt, den Deutschland in dieser Richtung machte, legte England ihm Schwierigkeiten in den Weg. Seit dem Tage, an dem Lord Pal-

merston erklärte, er werde eine preußische Flagge auf den Meeren nie anerkennen, hat England den Deutschen den Erwerb jeder Kolonie, jeder Kohlenstation, jedes Hafens in entfernten Breiten streitig gemacht. In Marokko, wo Deutschland die gleichen Handelsinteressen und sicherlich die gleichen Rechte besaß wie Frankreich, überdies aber die größere Neigung des Sultans und der Einwohner des Landes, verlegte England ihm den Weg, und Lloyd-George drohte geradezu mit dem Krieg, der schon damals ausgebrochen wäre, wenn Deutschland nicht noch einmal Geduld gehabt und friedlich nachgegeben hätte.

Indem sie so handelten, setzten die englischen Staatsmänner in der Tat die altüberlieferte Politik fort, den jeweils stärksten Staat auf dem Festland niederzukämpfen und das sogenannte europäische Gleichgewicht aufrechtzuerhalten. Unfähig zur Erkenntnis, daß neue Zeiten eine veränderte Staatskunst erfordern, folgten sie sklavisch der Überlieferung und sahen nicht, daß sie nicht nur nicht mehr anwendbar war, weil zu viele andere Mächte bereits zu sehr erstarkt waren, um einem Lande auf die Dauer die Weltherrschaft zu überlassen, sondern erkannten auch nicht, daß die Kulturvölker Europas heute gemeinsame Interessen haben, für die alle einstehen müssen. Sachlich und sittlich war die englische Politik gleich verfehlt. Aber der Genius war nicht da, der dies erkannt hätte. Um des bedrohten Handels und um des verletzten Stolzes willen verrieten England und Frankreich die Sache der Freiheit und der Demokratie, indem sie für Rußland eintraten und kämpften, verrieten sie die Sache

Europas und der weißen Rasse, indem sie Mongolen und Neger gegen uns aufriefen. Nie noch ist in der Geschichte ein solcher Verrat an den besten eigenen Traditionen, an den hohen Grundsätzen der eigenen Geschichte begangen worden, wie der Verrat, des die englischen und französischen Staatsmänner sich in diesem Kriege schuldig gemacht haben.

Wer kann die Folgen wieder gutmachen? Wer all das kostbare Blut ersetzen und sühnen, das auf allen Seiten vergossen wird? Was sollen wir tun, um, wenn der Friede wiederhergestellt sein wird, den vermehrten Haß der Völker gegeneinander zu dämpfen, der des Krieges häßlichste und schädlichste Frucht sein wird?

Aber wir sehen bereits, daß der Wille zum Bösen tatsächlich Gutes schafft. Wenn dank der Hilfe Frankreichs und Englands Rußland gesiegt hätte, wenn die Herrschaft der Knute über große Teile Deutschlands und Österreichs ausgedehnt worden und für die Bedrückten in Rußland selbst alle Hoffnung hätte schwinden müssen, dann würden wir in der Tat an der inhärenten Gerechtigkeit in der Weltgeschichte verzweifeln. Aber schauerlich, wie das Schauspiel ist, der Zusammenbruch des schuldbelasteten Reichs in Meeren von Blut, ist die gerechte Sühne und das unvermeidliche Ende einer langen Ära von Tyrannei und Schande.

Noch eine andere historische Betrachtung drängt sich auf: im sechzehnten Jahrhundert war Spanien in Europa allmächtig; im Verein mit den niederländischen Provinzen beherrschte es die fremden Erdteile und die Meere. Im siebzehnten Jahrhundert führte Frank-

reich einen Krieg gegen drei Fronten so wie Deutschland und Österreich jetzt und errang die Vorherrschaft. In den Kriegen des achtzehnten Jahrhunderts gewann England sie ihm ab. In der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts kam Deutschland empor, und England begann für sein Weltreich zu fürchten. Darum hat es zusammen mit seinen Bundesgenossen Deutschland diesen Krieg aufgezwungen: wir kämpfen nun an drei Fronten wie Frankreich damals, und wenn wir siegreich bleiben, wie wir es werden und müssen, dann wird sich das Blatt abermals gewendet haben, und die Zeit deutschen Vorrangs wird begonnen haben. Dies erscheint als der notwendige geschichtliche Verlauf der Dinge. Sir Edward Grey aber wird dann ein für alle Zeiten berühmter Mann sein als der Totengräber des Weltreichs, das er durch den Bund mit Rußland zu stärken suchte.

Wir aber wollen hoffen, daß das deutsche Volk die so gewonnene Macht nicht mißbrauchen wird, wie dies seine Vorgänger getan; und die vierundvierzig Friedensjahre, die trotz deutscher Kriegsmacht hinter uns liegen, mögen uns eine Gewähr dafür sein.

Denn das ist die Lehre, die die furchtbaren Ereignisse dieses Krieges uns geben: es ist nicht länger gestattet, die Macht eines Volkes oder einer Dynastie durch die Methoden der Konquistadoren zu schützen oder aufrechtzuerhalten. Es ist Zeit zu erkennen, daß die wahren Interessen der Kulturvölker gemeinsame Interessen sind, und daß all jene Interessen, die unvereinbar scheinen, nicht die der Völker sind, sondern

sich stets als die kleiner selbstsüchtiger Gruppen erweisen.

Was ist unmöglich? Durch Jahrhunderte ist jeder einzelne der heute geeinten Staaten Europas ein Kriegslager gewesen, in dem jede Stadt und jeder Bezirk in haßvoller Fehde lag. Durch Jahrhunderte haben die einzelnen Teile Deutschlands einander fürchterlicher bekämpft und gehaßt, als es heute Deutschland und Frankreich oder Deutschland und England tun — noch vor fünfzig Jahren sang Gottfried Keller:

„Ewig muß deutsche Zerrissenheit sein!"

Und sie ist nicht ewig gewesen.

Trotz Krieg und Haß und Neid muß diese Erkenntnis Boden gewinnen. Im Interesse der weißen Rasse und ihrer Kultur, und all der materiellen und geistigen Schätze, die sie erzeugt und angehäuft hat, ja im Interesse der Kultur aller Völker der Erde muß schließlich irgendein Bund der vorgeschrittensten Völker zum mindesten zunächst in Europa entstehen. Aus der Katastrophe, die ihn unmöglich zu machen scheint, aus ihr heraus muß er geboren werden, wenn nicht Europa zugunsten Asiens abdanken will durch fürchterliche Selbstschwächung und Selbstzerfleischung.

Auch das deutsche Volk wird aus den Erfahrungen des Krieges lernen und bedenken müssen, daß die Waffen zwar zu schützen bestimmt sind: daß aber die wahre Stellung Deutschlands von seiner inneren Entwickelung, von dem Maß des Vertrauens abhängen wird, das es einzuflößen vermag, von dem Maß der Rechte und Vorteile,

die es all denen, die in irgendeiner Weise zu ihm gehören, bieten wird.

Es wird eine schwere Arbeit sein, nach einer solchen Flut von Verleumdungen dieses Vertrauen wiederherzustellen, aber es wird möglich sein und es muß möglich sein. Und weil diese Verleumdungen von den amtlichen Veröffentlichungen des Dreiverbandes ihren Ausgang nahmen, und weil nur durch die Zerstörung dieses Weltwahns eine Entspannung zwischen den aufgeregten Völkern herbeigeführt werden kann, darum ist dieses Buch geschrieben worden.

Ordensburg Sonth
Bibliothek

Georg Müller Verlag München

Alles, was wir vom Kriege wissen wollen,

enthält in klarer und allgemein verständlicher Form

# Der Krieg

Wirtschaftliches, Technisches, Statistisches

Über 200 Seiten. Geh. M. 2.—, geb. M. 3.—

Der Krieg ist, wenn man so sagen darf, der große Mobilisator aller Dinge; Organisator und Reformator zugleich: in einer Nacht verändert er das Antlitz der Erde, reißt er die mannigfachen Formen des Daseins aus ihren Bahnen und zwingt sie in neue Wege. Tausend Fragen drängen sich jetzt dem überraschten Laien auf, die hier in diesem Buche nun beantwortet werden. Es unterrichtet uns über die Stärke der neuen Heere, über Verpflegung und Munition, über die einzelnen Nationen und ihre Kampfesweise, über die verschiedenen Festungsarten, die modernen Kriegsmittel im Vergleich mit denen der früheren Kriege. Es werden ferner behandelt die Kosten des Weltkrieges, moderne Kriegshygiene, Feldpost, Kriegsgefangene, Kriegsorden, dann die in letzter Zeit so außerordentlich entwickelten neuen Waffen, wie Mine, Torpedo, Luftschiff, ferner Eisenbahn und Auto, Funkentelegraphie und so weiter. Und in einem Schlußkapitel des Buches wird das Tempo eines modernen Krieges und die so außerordentlich wichtige Frage der Volksernährung behandelt. Die Ausführungen kommen zu dem Schluß, daß

Deutschland auch in diesem Kriege vorbildlich wirkt.

Georg Müller Verlag München

Oskar A. H. Schmitz

# Das wirkliche Deutschland

## Die Wiedergeburt durch den Krieg

Geh. M. 4.—, geb. M. 5.50, Luxusausgabe M. 10.—

In einem früheren Buch (Das Land der Wirklichkeit, Französische Gesellschaftsprobleme) hat der Verfasser die Scheinkultur des vorauguſtlichen Deutschlands unwirklich genannt. Mit derselben Entschiedenheit zeigt er in dem neuen Werk das durch den Krieg plötzlich wirklich gewordene Deutschland. Alles, was uns im geistigen und politischen Leben trennte, waren unwirkliche Schlagworte, die in der deutschen Seele keine Wurzel gefaßt hatten und die durch den Krieg plötzlich alle Bedeutung verloren haben. Wenn sich Deutsche z. B. darüber streiten, ob sie demokratisch oder aristokratisch, konservativ oder liberal sind, so kann es zu keinem wirklichen Verständnis kommen, da diese fremdländischen Begriffe auf das deutsche Fühlen nicht passen. Der Deutsche ist entweder nichts von alledem oder beides zusammen. In dem ersten Teil des Buches zeigt der Verfasser die deutsche Wiedergeburt an zahlreichen Beispielen und bringt zum Ausdruck, was im Deutschtum wirklich, einheitlich immer war und jetzt glücklicherweise wieder ist. In einem mittleren Teil werden die alten Irrtümer

der vorauguſtlichen Scheinkultur in ihre Urſachen und Wirkungen von dem Verfaſſer zergliedert, der bekanntlich auf literariſchem und künſtleriſchem Gebiet ebenſo zu Hauſe iſt wie auf politiſchem. Der letzte Teil beſchäftigt ſich vorwiegend mit den Richtlinien unſerer inneren Politik, zeigt die bisherigen Irrtümer und gibt Wege für eine neue Zukunft an. Der Verfaſſer findet Wege des Fortſchritts im deutſchen Weſen ſelbſt, das ein Jahrhundert lang getrübt war und nicht mehr mit ſich ſelber einig werden konnte, weil es eben die ihm durchaus fremden Fortſchrittsgedanken der weſtlichen Länder ſich zu eigen machen wollte und nicht verdauen konnte. Dadurch waren viele, ja die meiſten unſerer unerfreulichen inneren Kämpfe Streitereien um des Kaiſers Bart. Der ſogenannte moderne Menſch war bis jetzt ein engliſch-amerikaniſcher Allerweltsmenſch. Nie war Deutſchlands Kultur auf größerem Irrweg als in den letzten Jahrzehnten, wo es in dieſem Sinn modern zu ſein ſtrebte. Der neue Menſch der Zukunft wird aus dem deutſchen Weſen geſchaffen werden. Das Buch dürfte die wertvollſte Hilfe bieten für Klärung unſerer ganzen inneren Streitfragen, denn es weiſt nach, daß die Fragen überhaupt falſch geſtellt ſind und in dem Augenblick für uns Deutſche ihre Schwierigkeit verlieren, wo wir aus unſerem eigenen Bedürfnis heraus Fragen ſtellen. Mit den alten Schlagworten gemeſſen, wird man dies Buch bald radikal, bald reaktionär nennen. Das aber teilt es mit allem, was in Deutſchland bisher ſtark geweſen iſt. Selbſt Friedrich der Große und Bismarck mußten ſich dieſe Vorwürfe gefallen laſſen, die aber darum nicht trafen, weil dieſe Worte auf ausländiſches, nicht auf deutſches Fühlen gemünzt ſind.

Von **Karl Federn** erschienen
im Verlag von Georg Müller in München:

Essays zur vergleichenden Literaturgeschichte 1904

Der Prozeß Bonmartini-Murri. 3. Auflage 1907, ital. Ausg. Bari 1908, franz. Ausg. Paris 1910

Die Memoiren des Chevalier von Gramont 1910

Schriften und Briefe des Herrn von St. Evremond 1912

Hundert Novellen. Band 1 und 2. 3. Auflage 1913

Im Erscheinen:

Das Neue Leben des Dante Alighieri

Die Geschichte des Cardinal Mazarin

---

Im Verlag von Alfred Kröner in Leipzig:

Karl Federn

## Dante und seine Zeit

Neue Ausgabe im Erscheinen

(Engl. Ausgabe des gleichen Werkes W. Heinemann, London 1902, amerikanische Ausgabe McClure Philips & Co., New York 1902, italienische Ausgabe Soc. d'arti graf., Bergamo 1904 (vergriffen).

arl
Litik des Dreiverbandes
rieg

NOT REMOVE
FROM THIS POCKET

TORONTO LIBRARY

Von Karl
im Verlag von G

Essays zur verglei
1904
Der Prozeß Bor
1907, ital. A
Paris 1910
Die Memoiren de
1910
Schriften und L
Evremond
Hundert Novelle
1913

Im
Das Neue Leben
Die Geschichte d

Im Verlag von L

K

**Dante u**

Neue Ausg

(Engl. Ausgabe des g
London 1902, amer
Philips & Co., New
gabe Soc. d'arti graf

D
511
F37

Federn, Karl
Die Politik des Dreiverbandes
und der Krieg

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
30 13 27 05 07 004 9